

ARBEITSHEFTE AUS DEM OTTO-STAMMER-ZENTRUM

NR. 9 (NEU)

Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik

von

Richard Stöss

Berlin, Januar 2008

Die "Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum" stehen (bis auf Nr. 3) im Internet als Downloads (PDF) zur Verfügung:

<http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/arbeitshefte.htm>.

Impressum:

Prof. Dr. Richard Stöss

Freie Universität Berlin

Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften

Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Otto-Stammer-Zentrum (Arbeitsstelle für Empirische Politische Soziologie)

Ihnestr. 26, 14195 Berlin

Tel.: (030) 838-54959; Fax: (030) 838-54960

Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/people/stoess/>

E-Mail: rstoess@zedat.fu-berlin.de

Inhalt

Vorwort.....	5
1. Problemstellung.....	7
2. Literatur und Forschungsfragen	12
a) Allgemeines	12
b) Fromm: German Workers 1929	15
c) Jahoda u.a.: Die Arbeitslosen von Marienthal	20
d) Lipset: Der Autoritarismus der Arbeiterklasse.....	21
e) Jaerisch: Sind Arbeiter autoritär?.....	23
f) Kritik an der "Autoritären Persönlichkeit"	25
g) Autoritarismus und Rechtsextremismus	27
h) Gibt es einen linken Autoritarismus?	28
i) Erzeugt autoritäre Herrschaft autoritäre Persönlichkeiten?	29
k) Worin besteht das Gegenteil des autoritären Charakters?	30
3. Schlussfolgerungen	33
4. Empirische Analysen	38
a) Bemühungen um die Messung von sozialistischen Einstellungen.....	38
b) Zum Zusammenhang von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen.....	45
c) Zum Zusammenhang von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen und autoritären Persönlichkeitsmerkmalen	46
d) Zu den Ursachen von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen	49
e) Zur Bedeutung des Links-Rechts-Schemas	51
f) Schnittmengen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik	52
g) Schnittmengen von Demokratie und Kapitalismuskritik	57
5. Ergebnis und Diskussion	59
Literatur.....	65
Anhang.....	72

Vorwort

"Auch die Schnauze voll vom Kapitalismus?! Dann mach mit und werde aktiv..." stand unlängst auf einem großen Spruchband, das Neonazis bei einer Demonstration trugen. Dass es sich dabei um eine rechtsextreme Parole handelt, war allenfalls aus der Unterzeile "*Mit uns gegen Raubtierkapitalismus und Kommunismus*" zu entnehmen.

Dass rechtsextreme Organisationen seit einiger Zeit mit der sozialen Frage auf Stimmenfang gehen und um Mitglieder und Sympathisanten werben, ist bekannt. Mit ihrem Engagement gegen die Agenda 2010 und vor allem gegen Hartz IV verschärfte sich die Gegnerschaft insbesondere der Neonazis zum Kapitalismus ("*Freie Menschen statt freie Märkte. Kapitalismus abschaffen - Jetzt!*"). Wenn auch selten in der Öffentlichkeit von "Nationalsozialismus" die Rede ist (eher schon von "nationalem Sozialismus" oder von "national und sozial"), sind die Verbindungslinien zur NS-Ideologie doch unübersehbar. Die jüngsten Wahlerfolge der NPD sind jedenfalls weithin auf ihre völkisch-nationalistische und zugleich "sozialistische" Agitation gegen soziale Missstände zurückzuführen. Dabei kommt ihr entgegen, dass kapitalismuskritische Haltungen in der Bevölkerung weit verbreitet sind und das Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit und sozialer Sicherheit wächst.

Dass sich der Rechtsextremismus bemüht, die Bevölkerung mit der Verheißung eines "deutschen Sozialismus" bzw. eines "Volkssozialismus" zu ködern, ist nicht neu. Das tut er, seit dem er existiert. In der Nachkriegszeit gab sich der Rechtsextremismus - allerdings mit einigen wichtigen Ausnahmen (z.B. SRP) - eher mittelständisch-besitzbürgerlich. Erst nach der deutschen Einheit entdeckte er - zunächst in den neuen Bundesländern - die Zugkraft von Hasstiraden gegen die wirtschaftliche und soziale Ordnung der Bundesrepublik und eroberte sich damit neue Wähler vor allem aus der Unterschicht.

Anlass für unsere Beschäftigung mit diesem Thema ist allerdings nicht die Angebotsseite. Darüber wurde bereits reichlich publiziert. Der Focus ist vielmehr auf korrespondierende Veränderungen der Nachfrageseite gerichtet. Uns interessierte die Frage, ob der neuerliche Aufschwung des Rechtsextremismus womöglich darauf beruht, dass sich in Teilen der Bevölkerung angesichts des sozialen Wandels, der kulturellen, ökonomischen und politischen Globalisierung und des Systemwechsels in Ostdeutschland eine Mentalität herausgebildet hat, die durch die Verbindung von ethnozentrischen und sozialistischen Orientierungen gekennzeichnet und für entsprechende Angebote aus dem intermediären Bereich empfänglich ist. Wir wollten herausfinden, ob es sich bei dieser Mentalität um ein neuartiges Einstellungsmuster im Grenzbereich von Rechtsextremismus und Sozialismus handelt, wie weit es in der Bevölkerung verbreitet ist, ob es sich primär um ein ostdeutsches Phänomen handelt und wie es Menschen fertig bringen, zwei scheinbar so unterschiedliche Gedankenwelten in ihrem Bewusstsein zu vereinbaren.

Wenn sich der organisierte Rechtsextremismus tatsächlich auf eine neuartige, in der gegenwärtigen krisenhaften Umbruchsituation gewachsene mentale Konstellation stützen könnte, wären seine mittelfristigen Erfolgsaussichten ungleich besser, als wenn er ausschließlich von diversen Unzufriedenheiten und diffusem Protest abhängig wäre. Bei der Konzipierung der Untersuchung waren wir zuversichtlich, ein konsistentes, zugleich völkisches, nationalistisches und sozialistisches Einstellungsmuster identifizieren zu können, da wir in einer früheren Untersuchung positive Zusammenhänge von Rechtsextremismus- und Sozialismus-Statements gemessen haben. Damit glaubten wir auch die Attraktivität der neonazistischen "freien Nationalisten" bei jungen Leuten, die hegemoniale Position der NPD im rechtsextremen Lager und den Niedergang der Republikaner erklären zu können.

Unsere Erwartungen haben sich nur teilweise erfüllt. Trotz vielfältiger Anstrengungen ist es nicht gelungen, ein nationalistisch-volkssozialistisches Einstellungsmuster nachzuweisen. Die traditionelle Rechtsextremismus-Skala hat sich als nach wie vor zuverlässig erwiesen. Und was wir als Sozialismus zu messen glaubten, entpuppte sich als Kapitalismuskritik.

Wir veröffentlichen diesen Bericht dennoch, weil wir der Überzeugung sind, dass die Befunde wissenschaftlich durchaus von Bedeutung sind, selbst wenn einige Analyseschritte nicht von Erfolg gekrönt waren. So haben wir beispielsweise die Bedeutung des Autoritarismus als vermeintlich verbindendes Element von Rechtsextremismus und Sozialismus völlig überschätzt.

Immerhin können wir nachweisen, dass Kapitalismuskritik eine in der Bevölkerung weit verbreitete Protesthaltung darstellt und dass fast alle Rechtsextremisten kapitalismuskritisch eingestellt sind. Dennoch bewegen sich ihre Wahlchancen derzeit in engen Grenzen.

Eine kurze Zusammenfassung der Untersuchungsergebnisse findet sich ab Seite 59.

Berlin, im Januar 2008

Richard Stöss

1. Problemstellung

Mitte der neunziger Jahre entdeckte der bis dahin zumeist mittelständisch-besitzbürgerlich orientierte Rechtsextremismus die **soziale Frage** als Erfolg versprechendes Mobilisierungsthema. Anlass dafür waren die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Ostdeutschland und der damit verbundene Stimmungsumschwung (Stöss 2007: 115 f.). Dabei nutzt er problematische sozioökonomische und soziokulturelle Begleiterscheinungen der Globalisierung, um seine völkisch-nationalistischen Ziele zu rechtfertigen bzw. als rettendes Gegengift zu propagieren. Aus seiner Sicht bedeuten nämlich die Entgrenzung der Welt, die verstärkte Migration, die Entwertung der Nationalstaaten, der Steuerungsverlust der Politik und die kulturellen Angleichungstendenzen eine fundamentale Bedrohung von Volk und Nation:

"Die Erde wurde ihrer Territorien beraubt, ihre Völker wurden entwurzelt. Sie stellt nur noch die Gemeinsamkeit von Handelszonen, von Verkehrsstraßen, von zerfließenden Austauschnetzen dar, die den Gesetzmäßigkeiten des Managements und des Marketings unterworfen sind. Der Mensch beherrscht nicht mehr einen Raum als Territorium, weil er von überall kommt, und somit von nirgendwo... Der Mensch gehört nicht mehr einem Ort, einer Herkunft, einer Geschichte und somit einer Kultur, einem Schicksal und einer Macht an. (...) Wir rufen die Menschen Europas zur Zusammenraffung aller ihrer lebendigen Kräfte und Freiheiten gegen die Versklavung der egalitär-kaufmännischen Gesellschaftsform auf. Wir rufen alle Völker der Welt zur Wiederbelebung ihres kulturellen Erbes, ihres historischen Gedächtnisses und ihrer gemeinschaftlichen Traditionen auf, um dem universalen Völkermord des Kosmopolitismus Einhalt zu gebieten." (Krebs 1982: 33)

Der Globalisierung wird "die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft" (Gansel 2005) entgegen gestellt und eine Kampagne gegen die Globalisierung durchgeführt (Stöss 2007: 46 ff.), die nationale und soziale Probleme im völkischen Sinne miteinander verbindet¹. Insbesondere die NPD wettert gegen den "vaterlandslosen Raubkapitalismus", gegen den "entarteten Monopolkapitalismus", gegen den "menschenverachtenden und völkervernichtenden Liberalkapitalismus", der Nationalstaaten und -kulturen zerstöre, um die "Weltdiktatur des großen Geldes" zu errichten (s. auch Schwab 2002). In einer Erklärung des NPD-Parteivorstandes vom Dezember 2000 hieß es:

"Der beschriebene Zustand ist unerträglich, eine effiziente politische Opposition zu dessen Beseitigung unerlässlich. Da es sich dabei um eine Opposition gegen Globalisierung handelt, kann ihr politisches Modell nur die Volksgemeinschaft sein, also die sozial und kulturell begründete enge Zusammengehörigkeit und Solidarität zwischen Menschen gleicher Volkszugehörigkeit und Nation im Gegensatz zur globalen Gleichschaltung von Kulturen, Völkern und Staaten."

1 Jürgen W. Gansel (2001), NPD-MdL in Sachsen und einer der (wenigen) intellektuellen Köpfe der Partei, sah sogar Gemeinsamkeiten mit der Antiglobalisierungsbewegung: "Aus Gründen des Volksinteresses muss der deutsche Nationalismus diese genannten Positionen der [zivilgesellschaftlichen, R.St.] Anti-Globalisierungsbewegung mittragen, mit eigenem Gedankengut anreichern und die politikfähigen, volks- und kulturbejahenden Kreise unter dem Banner des sozialrevolutionären Nationalismus sammeln."

Um den angeblich heraufziehenden "Völkerfrühling" zu beschleunigen², verbreitet die NPD, "Multi-kulti bedeutet Sozialabbau", und setzt sich für "Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre", für die "Erhaltung des Sozialstaats", "gegen Sozialabbau" und für "soziale Gerechtigkeit statt Volksbe-trug" ein. Die damit verbundene **Kapitalismuskritik** kommt auch in dem Song "Die Macht des Ka-pitals" der rechtsextremen Band "Faustrecht" zum Ausdruck³:

Sie besitzen unsere Wirtschaft und kaufen unsere Seelen,
sind schon längst imstande, uns unser Land zu stehlen,
haben die Macht und Gelder, um die Richtung zu diktieren,
es sind nicht mehr Politiker, die unsere Länder führen.

Kehrr reim:

Die Macht des Kapitals ist der Feind der freien Welt,
das Schicksal aller Völker, unterjocht von ihrem Geld,
die Macht des Kapitals, so verschlagen raffiniert,
das unsere Völker knechtet, getrieben von Habgier.

Sie zerstören die Grundlagen, auf denen jedes Volk erwuchs,
schüren Hass und Zwietracht, ihre Welt ist nur Betrug,
die Völker dieser Erde erfüllen für sie nur einen Zweck,
sie schamlos auszubeuten, unser Blut ist ihr Profit.

Kehrr reim.

Sie züchten einen Menschen, der entwurzelt und naiv,
der leicht ist zu beherrschen, da sein Geist ist primitiv,
die ältesten Kulturen, die die Menschheit hervorgebracht,
werden durch Macht- und Geldgier langsam dahingerafft.

Kehrr reim.

Die Kritik am Kapitalismus verdichtet sich nicht selten zu einer strikt antikapitalistischen Position. So schrieb der ehemalige Funktionär des Deutschen Arbeitnehmer-Verbandes (DAV), Lothar Ehr-lichmann, in der "Deutschen Stimme", dem Parteiorgan der NPD:

"Aus den vorgenannten Gründen kann und darf es zum Kapitalismus aus nationaldemokratischer Sicht nur eine fundamentale Gegnerschaft geben, die keine faulen Kompromisse zulässt. Unverrückbares Ziel nationaldemokratischer Politik muss daher die restlose Überwindung und Ablösung des kapitalistischen Systems durch eine sozial- und leistungsgerechte Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung sein." (Ehrlich-mann 2000)

Im völkischen Denken bedeutet **Antikapitalismus** im wesentlichen Abwehr des Egalitarismus, um die ethnische bzw. kulturelle Verschiedenheit (Ethnopluralismus) zu bewahren. Für den Rechtsex-tremismus geht die Bedrohung Deutschlands heute nicht nur von anderen Staaten, sondern auch

2 "Kurzum: Die Globalisierung ist ein Prozess, der sowohl zur De-Nationalisierung als auch zur Re-Nationalisierung führt. Überall in der Welt werden starke nationale, soziale und identitäre Erneuerungsbewegungen der Diktatur des Globalkapitals entgegentreten." (Gansel 2005)

3 Erstmals veröffentlicht auf: Faustrecht: Klassenkampf, CD, Eigenproduktion, 2002. Quelle: Homepage der Arbeitsstelle Neonazismus an der FH Düsseldorf: [www:arbeitsstelle-neonazismus.de](http://www.arbeitsstelle-neonazismus.de).

(oft sogar hauptsächlich) vom Weltkapital⁴ und der weltweiten Migration aus. Das Kapital gilt als Ursache und Profiteur der Globalisierung, während die Arbeitnehmer als deren Opfer angesehen werden. Der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital erscheint aus dieser Perspektive als Gegensatz zwischen Nationalismus und Globalisierung.

In einigen Kreisen des Rechtsextremismus wird daher die Forderung nach einer Symbiose von Nationalismus und **Sozialismus** erhoben. So zum Beispiel 1999 von Sascha Rossmüller, damals Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten (JN) und Mitglied im Bundesvorstand der NPD, heute stellvertretender Bundesvorsitzender der Partei. Er vertritt die Auffassung, dass der Begriff "Sozialismus" nicht der Linken überlassen werden dürfe.

"Sozialismus ist wie der Nationalismus heute lediglich ein durch falsche Propaganda 'diskreditierter' Begriff, der nicht deshalb seine Berechtigung verloren hat, weil er marxistisch missbraucht wurde." (Rossmüller 1999⁵)

Roßmüller nannte konkrete Vorstellungen, wie "die sozialistische Idee im Rahmen einer wirklichen Volkswirtschaft zu verwirklichen" sei:

"Zwangsläufig wird es in einer wirklichen deutschen Volkswirtschaft notwendig sein, wesentliche Schlüsselzweige der Wirtschaft, die für das Allgemeinwohl wichtig sind, den Dschungelgesetzen des freien Marktes und somit dem Zugriff einseitiger sozialer Gruppeninteressen zu entreißen. Banken, Versicherungsgesellschaften, Bahn und Post wären zu verstaatlichen. Teilweise verstaatlicht - mit einem Anteil von 51 Prozent - würden Trusts, Aktiengesellschaften und andere anonyme Kapitalgesellschaften, die zuvor zu nationalisieren, also der Globalisierung zu entreißen und in kleinere Einheiten zu zerlegen sind."

Der Begriff "Sozialismus" findet sich zwar nicht im Parteiprogramm der NPD⁶ (auch nicht im Programm anderer rechtsextremer Parteien in Deutschland), und auch von "Verstaatlichung" ist dort nicht die Rede, aber Roßmüllers Vorstellungen sind mit dem NPD-Programm durchaus kompatibel:

"Die deutsche Wirtschaft einschließlich der in Deutschland tätigen ausländischen Unternehmen hat dem deutschen Volk, seiner materiellen Sicherung und seiner geistig-kulturellen Entwicklung zu dienen... Die NPD lehnt die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung systematisch betriebene Internationalisierung der Volkswirtschaften entschieden ab... Die NPD lehnt die Globalisierung auch deswegen ab, weil sie

4 Darauf bezieht sich die verschwörungstheoretische Literatur: z.B. Stein 2001.

5 Ähnlich auch Waldstein (1998): Die Kapitalismuskritik sei heute "intellektuell verwaist". "Die Gretchen-Frage für die politische Rechte in diesem Lande wird es sein, ob es ihr gelingt, die Positionen des Antikapitalismus aus den Traditionsbeständen der beamteten APO-Opas heraus zu brechen, um sie mit nationalen Inhalten aufzuladen. Entweder es kommen endlich die 'linken Leute von rechts', oder es kommen keine Leute von rechts."

6 Er zählt aber durchaus zur parteiamtlichen Terminologie. So schrieb der Bundesvorsitzende Voigt (2000): "Unser Sozialismus ist ... ein Sozialismus des Volkes für das Volk und nicht der eines imaginären internationalen Klassenkampfes."

unmittelbar zur Massenerwerbslosigkeit geführt hat. Die NPD fordert eine am heimischen Lebensraum der Menschen orientierte vielseitige und ausgewogene Volkswirtschaft.

Der Staat muss der Wirtschaft Rahmenrichtlinien vorgeben; falls nötig, Richtdaten setzen und durchsetzen, wenn das Gemeinwohl dies erfordert. Nicht das Volk dient der Wirtschaft, vielmehr muss die Wirtschaft dem Volke dienen... Die Führung der Volkswirtschaft ist ... Aufgabe des Staates und unterliegt dessen letzter Verantwortung."

Dass und wie der Rechtsextremismus mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen um die Mobilisierung von Anhängern bemüht ist, wird in der wissenschaftlichen Literatur ausführlich behandelt⁷. Noch mehr Beachtung findet die Frage, welche diesbezüglichen Gelegenheitsstrukturen für die beachtlichen Erfolge des "neuen" Rechtsextremismus seit den achtziger Jahren verantwortlich sind.

Konsens scheint darin zu bestehen, dass in der OECD-Welt "ab Ende der achtziger Jahre eine Art Denationalisierungsschub einsetzt" (Zürn 2001: 114), der nicht nur Souveränitäts- und Autonomieeinbußen der Nationalstaaten bedeutet, sondern auch "Kontrollverluste" (Heitmeyer 2001: 506 ff.) zwischen Politik und Ökonomie sowie politische Fragmentierungen: soziale Segregation, soziokulturelle Heterogenisierung⁸, Ausdifferenzierung intermediärer Strukturen, Regionalisierung, Separatismus etc. (Zürn 2001: 118 ff.). Unbestritten dürfte auch sein, dass diese Entwicklungen von Legitimations- und Demokratiedefiziten begleitet sind (Loch 2001). Heitmeyer (2001: 500) geht davon aus, "dass sich ein autoritärer Kapitalismus herausbildet, der vielfältige Kontrollverluste erzeugt, die auch zu Demokratieentleerungen beitragen, so dass neue autoritäre Versuchungen durch staatliche Kontroll- und Repressionspolitik wie auch rabiater Rechtspopulismus befördert werden". Und bei Zürn (2001: 134) heißt es:

"Es scheint also tatsächlich so zu sein, dass die gegenwärtigen politischen Fragmentierungsprozesse teilweise einer Entwicklung geschuldet sind, bei der sozioökonomische und soziokulturelle Veränderungen große Verunsicherungen bei den Bevölkerungen hervorrufen, ohne dass die Nationalstaaten den Bürgerinnen und Bürgern ausreichend Absicherung zu gewähren in der Lage sind."

7 Dazu nur einige Titel: Bach 2000; Greven 2006; Grumke/Klärner 2006; Kaindl 2006; Pfahl-Traugher 2004, 2006; Ptak 1999; ver.di 2006; Wiegel 2006.

8 Die mit der Globalisierung einhergehenden Entgrenzungsvorgänge erweitern zwar die Freiheitsgrade der Menschen, fördern Selbstbestimmung und Eigenverantwortlichkeit und bereichern die heimische Kultur durch neue Impulse und Erfahrungen. Sie schmälern aber auch die Souveränität der Bewohner über ihren Raum, zwingen die Einheimischen, sich mit fremden Menschen und Gewohnheiten auseinanderzusetzen, Vorurteile abzubauen und Immigranten zu integrieren. Immigration verweist aber auch auf kulturelle Verschiedenheit. Entgrenzung kann Ängste vor Fremdem erzeugen, das interne Konflikt- und Gefahrenpotenzial erhöhen und das Bedürfnis nach ethnisch homogenen Verhältnissen hervorrufen (Stöss 2004: 90 f.). Mehr noch: Wenn Nationalstaaten ihre Bürger nicht vor den negativen Folgen des Wandels schützen können, besteht die Gefahr, dass Immigranten oder andere Minoritäten für die wirtschaftlichen und sozialen Probleme verantwortlich gemacht werden.

Diese "Verunsicherungen" können in sozialer Desintegration, in Orientierungsproblemen, in Abstiegs- bzw. Zukunftsängsten oder in Gefühlen der Benachteiligung, der Macht- und Einflusslosigkeit bestehen und in politische Entfremdung münden. Und sie sind durchaus geeignet, die Ausbreitung von Rechtsextremismus zu begünstigen. Nochmals Heitmeyer (2006: 17):

"In diesen Ängsten, Einfluss- und Orientierungslosigkeiten spiegelt sich der Umstand, dass ein überwältigender Kapitalismus nicht in der Lage ist, soziale Integration zu sichern, geschweige denn soziale Kohäsion zu erzeugen, die wesentliche Voraussetzungen friedvollen Zusammenlebens in einer Gesellschaft mit ihren Mehrheiten und Minderheiten, starken und schwachen Gruppen darstellen."

Es wäre also durchaus denkbar, dass Globalisierung bzw. Denationalisierung - insbesondere unter den Bedingungen neokonservativer⁹ und neoliberaler¹⁰ Politikgestaltung - völkische, nationalistisch-protektionistische¹¹ und antikapitalistische Orientierungen in der Bevölkerung generieren bzw. verstärken und möglicherweise sogar zu einem neuen Einstellungsmuster verdichten, und zwar insbesondere bei den Schichten, die durch einen prekären sozialen Status ("Globalisierungsverlierer", "Modernisierungsverlierer", "Prekariat") gekennzeichnet sind. Diese Schichten bilden schließlich das hauptsächliche Adressatenpotenzial des Rechtsextremismus, der seine soziale Basis mittlerweile auch nicht mehr in den Mittelschichten sondern in der Unterschicht findet (Stöss 2007: 70 ff., 96 f.).

Ob Globalisierung bzw. Denationalisierung tatsächlich die Verbreitung von zugleich nationalistischen und sozialistischen Orientierungen in der Bevölkerung begünstigen und worin diese Orientierungen genau bestehen, wurde bislang jedoch wissenschaftlich kaum untersucht. **Wir werden in diesem Papier daher den Fragen nachgehen, ob sich tatsächlich im Grenzbereich von rechtsextremen und sozialistischen Einstellungen ein "völkisch-nationalistischer Sozialis-**

9 V.a. autoritäre und repressive Gewährleistung von innerer Sicherheit.

10 Deregulierung der industriellen Beziehungen, Prekarisierung von Beschäftigungsverhältnissen und Abbau sozialer Standards, Standortkonkurrenz und Verdrängungswettbewerb auf dem Arbeitsmarkt etc.

11 Zum "Standortnationalismus": Butterwegge 1998a, 1998b.- Auch Dörre/Kraemer/Speidel (2004: 111 f.) beobachten bei Arbeitnehmern eine nationale Grundhaltung, die allerdings nicht mit Wohlstandschauvinismus oder Standortnationalismus gleichzusetzen sei, "weil in ihr legitime Ansprüche auf Sicherheit, 'gute Arbeit' und 'gutes Leben' mitschwingen". Sie verwenden dafür den Terminus "reaktiver Nationalismus". Dieser berufe sich "höchst modern auf ein Verständnis des Nationalen, das soziale Ansprüche, also Bürgerrechte legitimiert". Und weiter: "Im Zentrum dieses Nationalismus steht das Bestreben, die 'Wohlstandsinsel Deutschland' vor illegitimen, 'fremden' Ansprüchen schützen zu wollen. Um den Kuchen nicht mit zu vielen teilen zu müssen, sollen die Zugänge zu dieser Insel erschwert und restriktiv kontrolliert werden. (...) Der reaktive Nationalismus des 21. Jahrhunderts sucht zentrale Elemente überkommener Sozialpartnerschaftsideologien zu konservieren. (...) Er beklagt ungerechte Verhältnisse und er besteht auf 'fairem Tausch', auf einem ausgewogenen Geben und Nehmen ('gutes Geld für gute Leistung'), das die Beziehungen von Belegschaften und Management, von Kapital und Arbeit prägen soll. Das Klassifikationssystem ändert sich jedoch, sobald die 'Wohlstandsinsel' Deutschland in Beziehung zu anderen, vermeintlich konkurrierenden Staaten gesetzt wird. In diesem Kontext werden Verteilungskämpfe zwischen 'Oben' und 'Unten' in eine Auseinandersetzung zwischen Kulturen und Nationen umgedeutet. Der reaktive Nationalismus von Lohnabhängigen ist somit eine spezifische, sozialpopulistische Antwort auf die Entgrenzung der Märkte." Dörre u.a. möchten den reaktiven Nationalismus nicht als rechtsextrem verstanden wissen. Allerdings bedürfe es "lediglich einiger Zuspitzungen", um ihn für die Botschaften des Rechtsextremismus zugänglich zu machen. Vgl. auch Dörre 2002, 2006.

mus" entwickelt (und sich womöglich zu einem neuen Einstellungsmuster verdichtet), wie weit er in der Bevölkerung verbreitet ist und welche Ursachen dafür maßgeblich sind. Unsere Untersuchung erstreckt sich also auf die Mikroebene der individuellen politischen Einstellungen.

2. Literatur und Forschungsfragen

a) Allgemeines

Das zu bearbeitende Thema ist politisch belastet und stark durch Werturteile geprägt. Entspricht es doch einer weit verbreiteten Auffassung, dass es sich beim Sozialismus geradezu um das Gegenteil von Rechtsextremismus handelt, dass Personen mit sozialistischen Einstellungen immun gegen Rechtsextremismus sind. Erste empirisch abgesicherte Anzeichen dafür, dass dies nicht zutrifft, lieferte eine Repräsentativbefragung aus dem Jahr 2000 (Stöss 2001). Sie erbrachte - allerdings auf schmaler Datengrundlage - den Nachweis, dass sogar ein positiver statistischer Zusammenhang zwischen rechtsextremen und sozialistischen Einstellungen besteht. Die Studie von Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner (2004, Kap. D: 226 ff.) erhärtete den Befund auf breiter empirischer Basis: Mit wachsenden rechtsextremen Einstellungen nehmen auch sozialistische Orientierungen zu (und umgekehrt). Nicht zufrieden stellend geklärt werden konnte die Frage, wie sich zwei scheinbar so gegensätzliche Denkmuster im Bewusstsein der Individuen miteinander verbinden. Dieses Resultat löste bei der Präsentation der Projektergebnisse Irritationen, Unverständnis und teilweise auch Protest bei denen aus, für die Sozialismus und Rechtsextremismus unvereinbare Positionen darstellen. Aus dieser Perspektive stoßen Totalitarismus- und Extremismus-Theorien auf massive Kritik, weil sie Rechtsextremismus bzw. Faschismus¹² und Sozialismus bzw. Kommunismus als gleichermaßen antidemokratische Weltanschauungen bezeichnen, zwischen denen vielerlei Gemeinsamkeiten bestünden. Für die Vertreter des Extremismus-Konzepts (z.B. Backes/Jesse 1996) dürfte unser Befund dagegen kaum überraschend sein, scheint er doch ihre Sichtweise¹³ zu bestätigen. Er lenkt zugleich Wasser auf die Mühlen des um sich greifenden Revisionismus. Durfte doch Joachim Fest sogar in der Jubiläums-TAZ fragen, ob Hitler ein Linker war. Die Frage war natürlich rein rhetorisch und höchst provokativ gemeint, da Fest Hitler bekanntlich für einen Revolutionär hält (ebenso Zitelmann 1989a, 1989b), der den Versuch unternommen habe, "eine Art dritter Position zwischen den beiden beherrschenden Mächten der Zeit, zwischen links und rechts, Ost und West zu behaupten" (Fest 1973: 1031). In dem TAZ-Artikel verstieg sich Fest zu der Behauptung, dass Hitler wie "die Sozialisten aller Schattierungen die soziale Gleich-

12 Als in historischer und ideologischer Sicht übergeordneten Begriff verwenden wir künftig nur noch Rechtsextremismus, womit alle Varianten des Faschismus, also auch der Nationalsozialismus, eingeschlossen sind. Dies gilt nur dann nicht, wenn speziell Faschismus oder Nationalsozialismus gemeint ist.

13 Kritisch: Neugebauer 2000.

schaltung" vorangetrieben und den "Begriff der klassenlosen Gesellschaft einfach durch die Vokabel 'Volksgemeinschaft' ersetzt" habe und endete schließlich mit folgendem Vorwurf:

"Aufs Ganze gesehen ist die Diskussion über den politischen Standort des Nationalsozialismus nie gründlich geführt worden. Stattdessen hat man zahlreiche Versuche unternommen, jede Verwandtschaft von Hitlerbewegung und Sozialismus zu bestreiten." (Fest 2003: 13)

Das Argument ist im Kern bekannt und wurde in der deutschen Nachkriegsgeschichte vielfach variiert. Dass sich faschistische und staatssozialistische bzw. stalinistische Regime hinsichtlich ihrer *Herrschaftsmethoden* kaum unterscheiden, ist wohl unstrittig, zumal dazu seriöse komparative Analysen vorliegen (Arendt 1962, Linz 2000). Dass sich faschistische und sozialistische bzw. kommunistische Bewegungen hinsichtlich ihrer *Ziele* gleichen, kann mit guten Argumenten bezweifelt werden. Dazu wurde angemerkt, dass es sich beim Faschismus im Kern um eine *antidemokratische*, beim Sozialismus dagegen um eine *antikapitalistische* Doktrin handele (z.B. Stöss 1983a: 159 ff.). Abgesehen von einigen besonders orthodoxen Linken, die der (schlichten) Faschismusdefinition von Dimitroff (terroristische Diktatur der besonders reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Teile des Finanzkapitals) folgten, bestand innerhalb der Linken weithin Konsens darüber, dass es sich beim Faschismus um eine spezielle Form bürgerlicher Herrschaft (Kühnl 1971) handelt, deren Funktion darin besteht, die Existenz des kapitalistischen Systems in tief greifenden Krisensituationen zu sichern, wenn liberale Herrschaftsformen versagen. Dabei hat die Linke keineswegs übersehen - sondern im Gegenteil kritisiert -, dass auch sozialistische bzw. kommunistische Parteien und Systeme antidemokratisch strukturiert sein können¹⁴. Aber dies wurde zumeist nicht als ihr Wesensmerkmal angesehen. Die Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Sozialismus als per se antidemokratische Doktrinen wurde auch deshalb abgelehnt, weil es sich dabei um eine Diskriminierung der demokratischen Linken schlechthin und um eine pauschale Abwehr von Kapitalismuskritik handele.

Im Übrigen ist die Erkenntnis nicht neu, dass durchaus Verbindungen zwischen Sozialismus und Rechtsextremismus bestehen können. Das Schrifttum über die ideengeschichtlichen und politischen Beziehungen zwischen der Rechten und der Linken¹⁵ in Deutschland, über die Verschränkung von nationaler und sozialer Frage und über die Konflikte und Kontakte zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus ist schier unübersehbar¹⁶. Während die politische Linke seit der zwei-

14 Die Ahnenreihe der Kritiker ist ellenlang. Hervorgehoben seien Rosa Luxemburg und Georg Lukás. Die einschlägigen Schriften von (Anarcho-) Syndikalisten, Linkskommunisten und Sozialdemokraten können hier nicht aufgelistet werden. Vgl. Stöss 1983a: 109 ff.

15 Zur Genese von Links und Rechts als politisches Richtungsschema s. Raschke 1998.

16 Entsprechende Beispiele ließen sich auch für Westeuropa, insbesondere für Italien und Frankreich, anführen, und auch für das postkommunistische Osteuropa: "Die tendenziell nationalistischen Kräfte Ostmitteleuropas berufen sich zwar meist eindeutig auf nationalistische Vorbilder, verbinden aber in aktuellen Fragen national übersteigerte Forderungen mit sozialistischen - vor allem antikapitalistischen - Lösungen." (Thieme 2007: 24).

ten Hälfte des 19. Jahrhunderts für Demokratie und Sozialismus und gegen den aufkommenden Rechtsextremismus kämpfte und allenfalls unter den Lassalleanern staatssozialistische Vorstellungen grassierten, bemühten sich national(istisch) gesonnene Intellektuelle, der marxistisch geprägten Arbeiterbewegung durch Sozialreformen das Wasser abzugraben. Hier sind an erster Stelle die "Kathedersozialisten" zu nennen, neben Adolph Wagner vor allem Werner Sombart, der sich 1934 mit seinem "Deutschen Sozialismus" bei den Nazis einzuschmeicheln versuchte, und Karl Eugen Dühring, der sich selbst als Begründer des Antisemitismus bezeichnete. Der christlich-sozialen Tradition verpflichtet war der preußische Hofprediger Adolf Stoecker, der mit seiner antisemitischen "Christlichsozialen (Arbeiter-)Partei" (im organisatorischen Rahmen der Deutschkonservativen) einige Wahlerfolge erzielte. Dem Kreis um Stoecker gehörte zunächst auch Friedrich Naumann an, der kurz vor der Jahrhundertwende den Nationalsozialen Verein ins Leben rief. In der Weimarer Republik war insbesondere die Gedankenwelt des nationalrevolutionären Zweigs der "Konservativen Revolution" durch die Verquickung von nationaler und sozialer Frage, von Nationalismus und Sozialismus, geprägt.

Dies alles ist hinreichend analysiert (Breuer 1999; Greiffenhagen 1977; Klemperer 1957; Lukács 1955; Mosse 1979; Singer 1970; Sontheimer 1962) und bibliographisch erfasst worden (Mohler 1972). Entsprechendes gilt für die nationalsozialistische Linke (Dupeux 1985; Kühnl 1966; Paetel 1965; Peters 1980; Schüddekopf 1972), insbesondere für den Straßer-Flügel (Kissenkoetter 1978; Moreau 1984). Nach 1945 waren Beziehungen zwischen Rechtsaußen und Linksaußen allenfalls im Nationalneutralismus (Dohse 1974; Gallus 2001) und in der Umweltschutzbewegung (Stöss 1980) zu beobachten. Auch sozialistische Vorstellungen wurden nur am Rande verfolgt: An erster Stelle ist die Sozialistische Reichspartei, SRP (Schmollinger 1984) zu nennen, weiterhin die "Freien Sozialisten" (Stöss 1984a), der Kreis um Otto Straßer¹⁷ (Stöss 1983b) - insbesondere die Unabhängige Arbeiter-Partei, UAP (Stöss 1984b) - sowie die Deutsche Gemeinschaft (DG) bzw. die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die teilweise sozialistische Ideen propagierten (Stöss 1980: 160 ff., 213 f.). Sozialistisches Gedankengut fand sich auch immer wieder bei neonazistischen Vorfeldgruppen (z.B. Gollner-Goldenfels 1972) und in der rechtsextremen Publizistik. Die Grundaussage hat sich freilich nicht verändert:

"Es ist somit eine politisch-psychologische Notwendigkeit klarzumachen, dass es nicht nur einen 'Sozialismus der Linken' ... sondern auch einen 'Sozialismus der Rechten' gibt. Mehr noch: Es gilt zu verdeutlichen, dass der gesamte Sozialismusbegriff der Linken, da nicht Ausfluss der nationalen Solidarität und somit der Lebensrichtigkeit, schon vom Ansatz her falsch ist. Es wäre ein völlig falscher Purismus, das so viele politische Gefühlsenergien tragende Wort 'Sozialismus' durch Nichtgebrauch den 'Linken' zu überlassen..." (Unger 1975: 43 f.).

17 Die 3. (gekürzte) Auflage von Straßers "Aufbau des Deutschen Sozialismus" (1. Aufl. 1931) erschien 1967 mit dem Titelzusatz "(Solidarismus)" (Straßer 1967). Siehe a. Anm. 29).

Während der Rechtsextremismus sich gegenüber einem "marxistisch missbrauchten", "klassenkämpferischen" Sozialismus abgrenzt, handelt es sich beim Rechtsextremismus aus der Sicht der Linken um "verbalen", "vormodern geprägten, antisemitisch ausgerichteten Antikapitalismus" (Ptak 1999: 109) oder um "soziale Demagogie" (Bach 2000: 233 ff.).

Die oben genannten Schriften befassen sich zumeist mit Ideologieproduktion, Ideologiekritik und Programmanalyse im *intermediären* Bereich. An verlässlichen empirischen Untersuchungen über die *Nachfrage* besteht dagegen erheblicher Mangel: **Wie schlägt sich der weltanschaulich-politische Konflikt der Makro- und Mesoebene im Bewusstsein der Menschen nieder? Unterscheiden sie strikt zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus? Oder existiert in ihrem Denken ein Grenzbereich, in dem sich rechtsextreme und sozialistische Einstellungen überschneiden oder sogar miteinander verbinden? Was konstituiert dann als mentales Drittes die Verbindung von scheinbar so unterschiedlichen Einstellungsmustern? Oder wird zwischen einem linken, marxistisch fundierten Sozialismus und einem rechten, völkisch-nationalistisch ausgerichteten Sozialismus unterschieden?**

Aus der Studie von Falter (1991) über die Wähler der NSDAP ist bekannt, dass die Nazi-Partei in erheblichem Umfang Arbeiter mobilisierte (198 ff.), aber wohl nur in bescheidenem Umfang aus dem SPD/KPD-Lager (110 ff.). Dass die Anhänger der Linksparteien in der Weimarer Republik anfällig für den Nationalsozialismus waren, ist angesichts der Ergebnisse der historischen Forschung kaum ernsthaft zu bestreiten. Diskutiert wird über die Ursachen. Während vor allem die orthodoxe Linke dafür seit ehedem die (angeblich) verfehlte Politik von SPD und Gewerkschaften verantwortlich machte¹⁸, entwickelten psychoanalytisch orientierte Marxisten (Fromm, Reich) in den Endjahren der Weimarer Republik das **Autoritarismuskonzept**. Sie glaubten, dass bestimmte Charaktermerkmale ein Individuum unabhängig von seiner Klassenlage und seiner weltanschaulichen Ausrichtung anfällig für Faschismus machen.

b) Fromm: German Workers 1929

Systematische empirische Untersuchungen über den Zusammenhang von rechtsextremen und sozialistischen Einstellungen liegen unseres Wissens nach - bis auf die erwähnten Studien (Stöss 2001; Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner 2004) - nicht vor. In unmittelbarer thematischer Nähe sind aller-

18 Dieses Argument wurde bis in die jüngste Vergangenheit vorgetragen (Deppe/Roßmann 1981; Kühnl 1982). In seiner "Massenpsychologie des Faschismus" kritisierte Wilhelm Reich 1933 diese Sichtweise als kurzschlüssig. Den wachsenden Einfluss des Nationalsozialismus erklärte er mit dem "Auseinanderfallen von Ökonomie und Ideologie" (Reich 1934: 40). Die kommunistische Führung habe übersehen, dass sich "eine Schere zwischen der Entwicklung in der ökonomischen Basis, die nach links drängte, und der Entwicklung der Ideologie breiter Schichten, die nach rechts erfolgte" aufgetan habe. "Und weil sie übersehen wurde, konnte auch die Frage nicht gestellt werden, wie ein Nationalistischerwerden der breiten Masse in der Pauperisierung möglich ist" (ebd.: 19). Reichs Antwort lautete bekanntlich: "ideologische Verbürgerlichung des Proletariats" (ebd.: 103 ff.). Sie kostete ihn seine Mitgliedschaft in der KPD.

dings die Arbeiten des Instituts für Sozialforschung ("Kritische Theorie") angesiedelt, insbesondere "Autorität und Familie" und die "Studies in Prejudice", deren fünfter Band, "The Authoritarian Personality" (Adorno/Frenkel-Brunswik/Levinson/Sanford 1950), immerhin die empirische Autoritarismusforschung begründete und bis heute anregt (Artus 2003). Diese Forschungen förderten zwar keine gemeinsame positive Varianz zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus zu Tage, aber sie lieferten **vielerlei empirische Evidenz für die Anfälligkeit der Linken, der Arbeiter, der Unterschicht für Autoritarismus bzw. Rechtsextremismus.**

Die Entstehung des Frankfurter Instituts im Jahr 1924 verdankte sich nicht zuletzt der Tatsache, dass die marxistische Theorie damals nicht erklären konnte, warum trotz der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus und des Zusammenbruchs der Monarchie die proletarische Revolution gescheitert war und die Arbeiterklasse zunehmend in das bestehende System integriert und bald auch anfällig für den Faschismus wurde. So fand die Sozialpsychologie als Bindeglied zwischen Basis und Überbau Eingang in die materialistische Theoriebildung, die sich konsequenterweise zunehmend auf empirische Untersuchungen stützte. Über die "Autoritäre Persönlichkeit" schrieben Adorno u.a. (1950: 1):

"Die Untersuchungen, über die hier berichtet wird, waren an der Hypothese orientiert, dass die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Überzeugungen eines Individuums häufig ein umfassendes und kohärentes, gleichsam durch eine 'Mentalität' oder einen 'Geist' zusammen gehaltenes Denkmuster bilden, und dass dieses Denkmuster Ausdruck verborgener Züge der individuellen Charakterstruktur ist. Im Mittelpunkt des Interesses stand das potenziell faschistische Individuum, dessen Struktur es besonders empfänglich für antidemokratische Propaganda macht."

Die erste große empirische Untersuchung des Frankfurter Instituts über die sozialen und psychologischen Einstellungen der Arbeiter und Angestellten am Ende der Weimarer Republik wurde von Erich Fromm geleitet: "German Workers 1929 - A Survey, its Methods and Results". Dazu bemerkte Fromm einleitend:

"Die Analyse ... konzentrierte sich darauf, die Beziehungen zwischen den emotionalen Antrieben eines Individuums und seinen politischen Meinungen herauszuarbeiten. Die Ergebnisse ... haben gezeigt, wie wichtig die Frage danach ist, in welchem Ausmaß die jeweiligen politischen Meinungen mit der Gesamtpersönlichkeit übereinstimmen; denn der Triumph des Nationalsozialismus enthüllte einen erschreckenden Mangel an Widerstandskraft in den deutschen Arbeiterparteien, der in scharfem Gegensatz zu deren numerischer Stärke stand, wie sich in den Wahlergebnissen und Massendemonstrationen vor 1933 gezeigt hatte." (Fromm 1980: 52 f.)

Und der Herausgeber und Übersetzer des in der US-amerikanischen Emigration verfassten Forschungsberichts, Wolfgang Bonß, fasste zusammen:

Die Studie von Fromm könne dazu beitragen, "die weitgehend geräuschlose Durchsetzung des Faschismus nach 1933 besser zu begreifen: Die nach außen getragene Verbalradikalität täuscht nämlich offensichtlich über die tatsächlichen antifaschistischen Potenziale der Arbeiterbewegung hinweg, und betrachtet man die Diskrepanz zwischen manifester Meinung und latenten Einstellungen, so scheint in vielen Fällen der linke Outlook durch tiefer liegende Persönlichkeitsbezüge neutralisiert bzw. pervertiert worden zu sein, so dass die Weimarer Linke, so Fromms entscheidende Schlussfolgerung, trotz aller Wahlerfolge schon auf Grund der Charakterstruktur ihrer Mitglieder kaum in der Lage war, den Sieg des Nationalsozialismus zu verhindern." (Bonß 1980: 38)¹⁹

Da die Studie kaum bekannt ist, aber besonders wichtige Einsichten in die hier interessierende Problematik vermittelt, werden die empirischen Befunde etwas ausführlicher dargestellt. Fromm unterschied zunächst zwischen folgenden "Haltungen":

R = radikal sozialistisch-kommunistisch;
A = autoritär-antisozialistisch;
K = kompromissbereit-reformistisch;
I = indifferent.

Diese vier Haltungen wurden auf drei Fragenkomplexe bezogen:

1. allgemeine politische Anschauungen [links - liberal - rechts];
2. Haltung zur Autorität [Freiheit, Sympathie für Unterdrückte und Schwache - begrenzte Autorität - absolute Autorität];
3. Haltung gegenüber den Mitmenschen [solidarisch - vermittelnd - darwinistisch].

Da die Haltungen bei den Befragten in unterschiedlichen Kombinationen auftraten, wurden sie zu "Syndromen" zusammengesetzt, wobei "-" "indifferent" bzw. "keine Antwort" bedeutet. Jedes Syndrom besteht aus drei Zeichen, die für die drei Fragenkomplexe die ermittelten Haltungen angeben:

R-- Befragte, die sich allgemein politisch links äußerten, aber keine klare Haltung zur Autorität und zu den Mitmenschen aufwiesen, also nicht erkennbar solidarisch und auch nicht anti-autoritär eingestellt waren.

RR- Befragte, die sich allgemein politisch links und antiautoritär äußerten.

AA- Befragte, die sich allgemein politisch rechts und zudem autoritär äußerten.

19 Dass die Untersuchung erst 1980 publiziert wurde, hatte verschiedene Gründe. Einer scheint uns besonders aufschlussreich zu sein: "Nach Erinnerung von Marcuse hielt man innerhalb des Instituts [für Sozialforschung] eine Publikation dieser Ergebnisse, unabhängig davon, ob sie nun richtig waren oder nicht, vor allem aus politischen Gründen für unklug, da sie unter Umständen den Eindruck hätten erwecken können, die deutschen Arbeiter seien trotz oder gerade wegen ihrer sozialistischen Attitüden im Kern schon immer faschistisch gewesen (Gespräch mit Marcuse 28.6.1979)." (Bonß 1980: 42, Anm. 56)

- KA- Befragte, die sich allgemein politisch liberal bzw. kompromissbereit und zugleich autoritär äußerten.
- RRR Befragte, die sich durchgängig radikal sozialistisch-kommunistisch äußerten.
- RA- Befragte, die sich allgemein politisch links und zugleich autoritär äußerten.
- KAA Befragte, die sich kompromissbereit, autoritär und darwinistisch äußerten.
- AAA Befragte, die sich durchgängig autoritär äußerten.
- A- Befragte, die sich allgemein politisch indifferent und autoritär äußerten.

Das Antwortsyndrom RRR fand sich bei zwei Prozent der Sozialdemokraten (Mitglieder und/oder Wähler), bei sieben Prozent der Linksozialisten und bei vier Prozent der Kommunisten, RR- immerhin bei fünf Prozent der Sozialdemokraten, 11 Prozent der Linksozialisten, 23 Prozent der Kommunisten und bei vier Prozent der Nichtwähler. Am größten war die Gruppe R--. Ihr gehörten 14 Prozent der Sozialdemokraten, 20 Prozent jeweils der Linksozialisten und der Kommunisten und zwei Prozent der Bürgerlichen an. "Diese Individuen waren vermutlich treue Anhänger ihrer Parteien, aber keine glühenden Kämpfer, und sie bedurften stets einer ebenso eindeutigen wie mitreißenden Führung, um nicht wieder in Passivität zu verfallen." (Fromm 1980: 247)

AAA ermittelte Fromm bei zwei Prozent der Sozialdemokraten, 14 Prozent der Bürgerlichen und bei 29 Prozent der Nationalsozialisten, AA- bei sieben Prozent der Sozialdemokraten, einem Prozent der Kommunisten, 14 Prozent der Bürgerlichen, bei 18 Prozent der Nationalsozialisten und bei 16 Prozent der Nichtwähler.

Dem Syndrom RA- (politisch radikal, persönlich autoritär) schenkte Fromm besondere Aufmerksamkeit. Es umfasste fünf Prozent der Sozialdemokraten, fünf Prozent der Kommunisten, 12 Prozent der Bürgerlichen und ein Prozent der Nichtwähler:

"Diese Kombination war für uns von besonderem Interesse, da sie einen Persönlichkeitstyp kennzeichnete, dem historisch gesehen in Deutschland eine besondere Bedeutung zugemessen war. Ihre Antworten machten deutlich, dass sie implizit oder explizit der Ansicht waren, dass revolutionäre Führer die größten Gestalten der Geschichte seien, dass der Krieg durch eine proletarische Revolution abgeschafft werden könne, dass der Kapitalismus an der Inflation Schuld sei und dass der Sozialismus zu einer Weltverbesserung führen werde. Gleichzeitig verriet jedoch ihre persönliche Haltung den Wunsch nach Unterwerfung unter einen starken Führer, aber auch das Bedürfnis, alle Schwächeren zu beherrschen." (Ebd.: 247 f.)

Im nächsten Analyseschritt suchte Fromm nach der Verbindung von radikalen und autoritären Haltungen. "Der autoritäre Charakter kann allgemein in zwei Untergruppen eingeteilt werden, nämlich in den konservativ-autoritären und in den rebellisch-autoritären Typus" (ebd.: 248). Als typisches Beispiel für den konservativ-autoritären Typus nannte Fromm das monarchistische Kleinbürgertum der wilhelminischen Ära. Es habe sich mit der Autorität, ihrem Glanz und ihren Machtsymbolen

identifiziert und daraus Sicherheit und Stärke bezogen. Sein Leben sei fest eingerichtet und wirtschaftlich zufrieden stellend gewesen. Nach dem Ersten Weltkrieg habe sich die wirtschaftliche und politische Situation des Kleinbürgertums verändert, das nun, wie auch die junge Generation, angesichts der wirtschaftlichen Notlage und der politischen Instabilität rebellisch-autoritäre Impulse entwickelte. "Je nachgiebiger und schwächer die Autorität erschien, desto mehr wuchsen Hass und Verachtung" (ebd.). Häufig seien in der Nachkriegszeit rebellisch-autoritäre Charaktertypen in linke Parteien eingetreten, weil diese gegen bestehende Autoritäten, gegen Kapitalismus und für Sozialismus kämpften. Andere Anliegen dieser Parteien, wie Freiheit, Gleichheit etc., seien für sie dagegen unbedeutend gewesen. "Auch der Nationalsozialismus öffnete Ventile für rebellische Gefühle", habe allerdings neue Autoritäten präsentiert, "deren Stärke durch ihre Brutalität unterstrichen wurde. Auf diese Weise befriedigte die neue Ideologie zwei Bedürfnisse zugleich, die rebellischen Tendenzen und die latente Sehnsucht nach einer umfassenden Unterordnung." (Ebd.: 249)

Daher teilte Fromm seine Probanden in zwei Lager auf, in R-zentrierte und in A-zentrierte Befragte, wobei er zusätzlich zwischen *eindeutigen* R- bzw. A-Kombinationen und *verschiedenen* R- bzw. A-Kombinationen differenzierte. Es stellte sich heraus, dass 40 Prozent der Linken R-zentriert und weitere 25 Prozent A-zentriert waren. Die eindeutigen R-Kombinationen machten gerade einmal 15 Prozent aus.

"Als zweifellos wichtigstes Ergebnis ist zunächst der geringe Prozentsatz von Linken festzuhalten, die mit der sozialistischen Linie sowohl im Denken als auch im Fühlen übereinstimmten. Nur von dieser mit insgesamt 15% recht kleinen Gruppe konnte in kritischen Zeiten erwartet werden, dass sie den Mut, die Opferbereitschaft und die Spontaneität aufbringen würde, die zur Führung der weniger aktiven Elemente und zur Besiegung des Gegners notwendig sind. Zwar besaßen die linken Parteien die politische Treue und die Stimmen der großen Mehrheit der Arbeiter, aber es war ihnen im Großen und Ganzen nicht gelungen, die Persönlichkeitsstruktur ihrer Mitglieder so zu verändern, dass diese in kritischen Situationen verlässlich gewesen wären." (Ebd.: 250)

Und an anderer Stelle:

Das Programm der Nationalsozialisten sprach bei vielen inkonsistenten Linken "nicht nur die Gefühle an, die das sozialistische Programm attraktiv erscheinen ließen, sondern auch jene Seite ihrer Natur, die der Sozialismus unbefriedigt gelassen und der er unbewusst widersprochen hatte. In diesen Fällen wandelten sie sich von unzuverlässigen Linken in überzeugte Nationalsozialisten" (Ebd.: 54)

Das wohl wichtigste Ergebnis der gewiss nicht repräsentativen Studie besteht in dem dennoch überzeugenden Nachweis, dass die (überwiegende?) Mehrheit der linken Arbeitnehmer gegen Ende der Weimarer Republik trotz der politisch-ideologisch hoch polarisierten Situation nicht über ein konsistentes Einstellungsmuster verfügte, dass vielmehr erhebliche Diskrepanzen zwischen politischen Orientierungen und Persönlichkeitsmerkmalen bestanden haben dürften. Autoritäre

Dispositionen bedeuteten gewiss nicht automatisch Sympathien für den Nationalsozialismus, aber sie bildeten doch Anknüpfungspunkte für die Doktrin der Nazis, und zwar prinzipiell unabhängig davon, welcher sozialen Schicht eine Person angehörte und wo sie sich im Links-Rechts-Spektrum verortete.

Für unsere Untersuchung ergeben sich folgende Einsichten:

- Die Studie legt die These nahe, **dass es autoritäre Dispositionen sind, die die Verknüpfung von linken (antikapitalistischen, sozialistischen) und rechtsextremen Denkmustern ermöglichen.**
- Wir müssen offenbar von verschiedenen Einstellungsmustern ausgehen, bei denen sich sozialistische und autoritäre/rechtsextreme Haltungen in jeweils unterschiedlichen Gewichtungen miteinander verbinden.
- Fromm ermittelte Autoritarismus im Sinne von autoritären politischen Einstellungen und schloss von diesen auf die Persönlichkeit der Befragten. Charaktermerkmale wurden nicht direkt erhoben. Autoritäre Persönlichkeitseigenschaften treten jedoch nicht notwendigerweise nur als autoritäre politische Orientierungen in Erscheinung, sie können sich auch - wie die Studie von Fromm zeigt - mit sozialistischen politischen Orientierungen verbinden. **Daher ist analytisch zwischen autoritären Persönlichkeitsmerkmalen und autoritären Einstellungen zu unterscheiden.**
- Schließlich ist der Frage nachzugehen, über welche **Erklärungskraft das Links-Rechts-Schema** im Kontext von Rechtsextremismus, Sozialismus und Autoritarismus verfügt.

c) Jahoda u.a.: Die Arbeitslosen von Marienthal

In der Marienthal-Studie geht es nicht um Autoritarismus, und die Verfasser/innen haben auch keine Individualdaten erhoben. Dennoch lassen sich aus den Ergebnissen über die Lage der Arbeiterklasse während der Weltwirtschaftskrise Schlussfolgerungen für die hier behandelte Fragestellung ziehen. Die Untersuchung wurde 1931/32 in dem 1.500 Einwohner zählenden Industriedorf Marienthal in der Nähe von Wien durchgeführt und 1933 veröffentlicht. 1929/30 brach die einst prosperierende Textilfirma, der einzige Arbeitgeber am Ort, komplett zusammen und die Gebäude und Anlagen verrotteten. Drei Viertel der (knapp 500) Familien wurden arbeitslos und lebten zu meist am Rande des Existenzminimums.

Ziel der unter anderem von der Arbeiterkammer in Wien finanziell unterstützten Studie war es, "mit den Mitteln moderner Erhebungsmethoden ein Bild von der psychologischen Situation eines arbeitslosen Ortes zu geben" (Jahoda/Lazarsfeld/Zeisel 1978: 9). Ihre Durchführung erfolgte etwa zeitgleich mit der Untersuchung von Fromm und folgte demselben Erkenntnisinteresse (obwohl

das nicht explizit dargelegt wurde), bediente sich allerdings anderer Methoden. (Lazarsfeld beriet übrigens auch die Arbeitsgruppe von Fromm.) Die Arbeiter von Marienthal waren zumeist (sozialdemokratisch-) links und streikerfahren. Damit stellte sich die Frage, wie sie diese tiefe Krise des Kapitalismus verarbeiten und ob in Folge dieser Krise das revolutionäre Potenzial anwächst, wie es die marxistische Theorie prognostizierte²⁰.

Zwei Befunde der auf einer Fülle von Daten zur sozioökonomischen Situation der 500 Familien beruhenden Studie sind hier von Bedeutung: Erstens fand keine Politisierung, sondern eine Depolitisierung der Arbeiter statt. Zweitens verarbeiteten sie die für alle gleichermaßen katastrophale Lage sehr unterschiedlich. Jahoda u.a. unterschieden vier Haltungstypen: ungebrochen, resigniert, verzweifelt und apathisch. Die größte Gruppe bildeten die resignierten Familien mit 69 Prozent, als ungebrochen erwiesen sich 23 Prozent, und die als verzweifelt oder apathisch eingestuften Familien machten acht Prozent aus. Obwohl in der Studie nicht darüber spekuliert wurde, welche der Haltungstypen besonders anfällig für den Faschismus waren, ergibt sich aus den Befunden, dass wohl nur von den Ungebrochenen, von denjenigen also, die aktiv und interessiert waren, Pläne schmiedeten und unverzagt nach Arbeit suchten, ein nennenswerter Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu erwarten war.

Anders als die Untersuchung von Fromm bemühte sich die Marienthal-Studie um den Zusammenhang von sozioökonomischen Faktoren und politischen Orientierungen. Aber auch sie gelangte zu dem Befund, dass sozioökonomische Faktoren nicht unbedingt politische Orientierungen determinieren. **Es kommt darauf an, wie problematische soziale Lagen verarbeitet werden.** Derselbe sozioökonomische Status kann unterschiedliche Haltungen und Reaktionen hervorbringen. In Krisensituationen wächst jedenfalls nicht automatisch das revolutionäre Potenzial in der Arbeiterschaft. Wahrscheinlicher sind apathische oder sogar anomische Haltungen. Das Arbeitermilieu mochte damals weithin politisch links angesiedelt gewesen sein, antifaschistisch war es deswegen noch lange nicht.

d) Lipset: Der Autoritarismus der Arbeiterklasse

Seymour Martin Lipset erklärte den "working class authoritarianism" nicht mit sozialpsychologischen sondern mit sozialstrukturellen Faktoren. Auf der Grundlage einer Fülle von empirischen Untersuchungen glaubte er den Nachweis erbringen zu können, dass Autoritarismus primär ein Unterschichtenphänomen ist:

"Die soziale Situation prädisponiert die unteren Schichten, insbesondere in ärmeren Ländern mit niedrigem Bildungsniveau, zu einem Schwarz-Weiß-Bild von der Politik. Unter sonst gleichen Umständen sind

²⁰ Diese Fragestellung wird in der Studie zwar nicht so zugespitzt formuliert, aber sie wird untersucht und schlüssig beantwortet.

sie daher eher als andere Schichten geneigt, extremistische Bewegungen zu begünstigen, die eine leichte und rasche Lösung der sozialen Frage versprechen und eine starre Richtung verfolgen." (Lipset 1962: 98)

Als Ursachen für die autoritären Dispositionen der unteren sozialen Schichten nannte Lipset "geringe Bildung, geringe Mitarbeit in politischen oder freiwilligen Organisationen irgendwelcher Art, geringe Belesenheit, isolierte Berufe, wirtschaftliche Unsicherheit und autoritäres Familienregiment" (ebd.: 105).

Lipset unterschied zwischen ökonomisch-sozialen und politischen Orientierungen und glaubte, dass den Arbeitern mehr an der Ausweitung des Sozialstaats als an der Stärkung demokratischer Rechte gelegen sei.

"Überall sind die ärmeren Schichten in wirtschaftlichen Dingen liberaler bzw. mehr linksgerichtet; sie sind für eine Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, höhere Löhne, progressive Einkommensteuer, Gewerkschaften usw. Wenn aber der Liberalismus im außerwirtschaftlichen Bereich definiert wird - d.h. als Stärkung der Grundrechte, Internationalismus usw. - ist die Korrelation umgekehrt. Die Wohlhabenderen sind liberaler, die Ärmeren intoleranter." (Ebd.: 100)

Dass die Organisationen der Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert maßgeblich zur Entwicklung und Stärkung der Demokratie beigetragen haben, übersah Lipset nicht. Damals habe allerdings ein innerer Zusammenhang zwischen dem Kampf um demokratische und um soziale Rechte bestanden. Mit der Durchsetzung demokratischer Verfassungsstaaten hätten die demokratischen Forderungen jedoch an Bedeutung verloren, mehr für die Gefolgsleute als für die Führer der Arbeiterorganisationen. Aus der Tatsache, dass die Organisationen demokratisch handelten, könne nicht auf die politischen Orientierungen ihrer Anhänger geschlossen werden. Jedenfalls korrespondierten linke Positionen in ökonomisch-sozialen Fragen nicht notwendigerweise mit demokratischen Orientierungen im politischen Bereich²¹. Möglich ist danach auch die Kombination von linken sozioökonomischen und rechten völkisch-nationalistischen Orientierungen. **So gesehen bilden Rechtsextremismus und Sozialismus keinen unvereinbaren Gegensatz.**

An dem methodischen Vorgehen von Lipset ist viel Kritik geäußert worden (Hopf 2000: 100 ff.), auf die hier nicht eingegangen werden soll. Aus heutiger Sicht handelt es sich beim Rechtsextremismus tatsächlich überwiegend um ein Unterschichtenphänomen. Für unsere Analysen ist vor allem zweierlei bedeutsam:

- Erstens wird begrifflich nicht klar, **worin der Unterschied oder die Beziehung zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus besteht**. Einerseits wird der Eindruck vermittelt, als erwachse Autoritarismus aus der sozialen Lage und begünstige die Ausbreitung von Rechtsex-

21 Dieser Gedanke findet sich bereits in der Studie von Fromm über "German Workers".

tremismus. Danach wirkt Autoritarismus gewissermaßen als "intervenierende" Variable zwischen Sozialstruktur und Rechtsextremismus und taugt folglich in empirisch-analytischer Hinsicht nicht als missing link zwischen linksgerichteten und rechtsgerichteten Denkmustern. Andererseits unterscheidet Lipset nicht immer exakt zwischen Autoritarismus und Rechtsextremismus. In beiden Fällen scheint es sich nach seiner Auffassung um rechte, gegen die Demokratie gerichtete, politische Orientierungsmuster zu handeln²², wobei Autoritarismus offenbar über eine starke soziale Komponente verfügt bzw. dazu neigt, sich mit sozialen Problemen zu verbinden.

- Zweitens legt Lipset den Schluss nahe, **dass demokratische Orientierungen Autoritarismus bzw. Rechtsextremismus entgegenwirken**. Weil für die Unterschichten sozioökonomische Belange mittlerweile eine weitaus größere Bedeutung hätten als demokratische Ziele, seien sie besonders anfällig für Autoritarismus bzw. Rechtsextremismus. Ihnen fehlt gewissermaßen die Impfung mit dem Gegengift Demokratie.

Für die empirischen Analysen ergeben sich mithin folgende Fragen:

- Ist die Unterschicht (Arbeiter, einfache Angestellte, Arbeitslose, Rentner etc.) tatsächlich autoritärer und undemokratischer disponiert als die Mittelschicht und die Oberschicht?
- Gehen Autoritarismus und Rechtsextremismus gerade bei der Unterschicht eine besonders starke Verbindung ein?
- Neigt die Unterschicht besonders zu antikapitalistischen bzw. sozialistischen Einstellungen?

e) Jaerisch: Sind Arbeiter autoritär?

Ursula Jaerisch (1975) untersuchte am Frankfurter Institut für Sozialforschung Ende der sechziger Jahre die Wirkung rechtsextremer Propaganda auf unterschiedliche Bevölkerungsschichten, insbesondere auf die Unterschicht und auf Gewerkschaftsmitglieder. Rechtsextremismus wurde mittels einer Skala gemessen, deren Items aus Propagandaslogans der NPD bestanden. Jaerisch bestätigte zunächst den Befund von Liepelt (1967: 245 ff.), dass Gewerkschaftsmitgliedschaft eine wichtige Barriere gegen die Bereitschaft, NPD zu wählen, darstellt (ebd.: 48). Und: "Je stärker die Sympathien für die NPD, desto deutlicher die Ablehnung der Gewerkschaften und der Forderungen der Lohnabhängigen" (ebd.: 51). Hinsichtlich der Zustimmung zu den NPD-Slogans erwiesen sich die unteren sozialen Schichten allerdings als besonders zugänglich für die Propaganda der Nationaldemokraten. Jaerisch unterschied daher zwischen dem Autoritarismus der Unterschichten und dem der mittleren bzw. oberen Schichten:

22 Diese Unsicherheit kennzeichnet bis heute die Forschungslandschaft (s. auch unten Abschn. 2g).

"Vorurteile richten sich nicht gegen beliebige Minoritäten. Sie sind zwar unabhängig von deren Eigenschaften, aber meist konkret bezogen aus der sozialen Lage derer, die sie hegen. Sie richten sich nicht gegen alle schwachen und fremden Gruppen schlechthin, sondern überwiegend gegen solche, die den sozialen Status wenig privilegierter Gruppen zu bedrohen und in die sonst der eigenen Gruppe vorbehalten soziale Sphäre einzudringen scheinen..."

Dass Vorurteile gegen ausländische Arbeiter zur Zeit der Untersuchung bei der privilegierten Bildungsschicht schwächer zu sein schienen als bei den unteren Schichten der Lohnabhängigen, erklärt sich aus der Tatsache, dass die ausländischen Arbeiter für die privilegierte Gruppe keine potentiellen Konkurrenten bildeten, wohl aber für die wenig qualifizierten Arbeiter, insbesondere für die älteren unter ihnen...

So lassen sich die Aversionen der Arbeiter und der unteren Gruppen der Lohnabhängigen gegen ausländische Arbeiter stringenter als die Vorurteile relativ privilegierter Mittelstandsgruppen auf Ängste zurückführen, die die Klassenlage produziert, auf die Angst vor unmittelbaren Konkurrenten, vor dem Verlust des Arbeitsplatzes oder Lohneinbußen durch Degradation im betrieblichen Lohnsystem." (Ebd.: 123, 124)

Bei den Motiven für Fremdenfeindlichkeit unterschied Jaerisch also zwischen berechtigten sozioökonomischen Ängsten der Unterschichten und psychisch bedingten Vorurteilen von Gruppen, deren sozialer Status durch Ausländer nicht bedroht ist. **Die Fremdenfeindlichkeit (bzw. der Rechtsextremismus) der Unterschicht stellt mithin eine spezifische Verarbeitungsform ihrer sozialen Lage dar.** Aus der Sicht der psychoanalytisch fundierten "Kritischen Theorie" stellte sich daher durchaus die Frage, ob Arbeiter überhaupt als autoritär zu bezeichnen sind.

Jaerisch suchte die Ursachen für den Unterschicht-Autoritarismus nicht nur im sozioökonomischen sondern auch im politischen Bereich. So ergaben ihre Analysen, dass Parteipräferenzen für die SPD und Gewerkschaftsbindungen die Aufgeschlossenheit gegenüber der NPD-Propaganda nur bedingt mindern:

"Zwar war die Zustimmungsbereitschaft zu dem gesamten Propagandaangebot bei den gewerkschaftlich Organisierten schwächer als bei denjenigen ohne gewerkschaftliche Bindungen; das traf aber weder in gleichem Ausmaß für die verschiedenen Schichten und Altersgruppen der Arbeiter zu, noch hat die Orientierung an den Gewerkschaften eine Immunisierung gegen alle Aspekte der NPD-Propaganda bewirkt." (Ebd.: 134)

Über gewerkschaftlich organisierte Arbeiter schrieb Jaerisch:

"Gewerkschaftszugehörigkeit verband sich bei über vierzigjährigen Arbeitern mit vergleichsweise geringer Anfälligkeit für regressive Propaganda, bei jüngeren Arbeitern war ein solcher Zusammenhang kaum noch festzustellen. Nur in der Gruppe der älteren Arbeiter waren unter den Gewerkschaftsmitgliedern mehr Resistente zu finden als unter den Nichtmitgliedern." (Ebd.: 137)

Dass sich gerade junge Gewerkschaftsmitglieder aus der Arbeiterschaft als wenig resistent gegen die NPD-Ideologie erwiesen, erklärte Jaerisch damit, dass gerade für diese Gruppe Gewerk-

schaftsmitgliedschaft "wenn nicht eine Routineangelegenheit, so doch häufig eine ebensolche Selbstverständlichkeit wie Kranken- und Sozialversicherung" (ebd.) sei. Dass Gewerkschaftsmitgliedschaft (schon) damals nicht gegen Rechtsextremismus immunisierte, erklärte Jaerisch mit der Entpolitisierung der Arbeiterschaft:

"Mit der Entpolitisierung der Arbeiterschaft sind die Unterschiede im politischen Denken weitgehend getilgt worden, die zwischen den Arbeitern, die kollektive Interessen und die Möglichkeit, sie zu vertreten, wahrnahmen, und denjenigen bestanden haben mochten, die sich gegenüber Klassenorganisationen ablehnend oder indifferent verhielten...

Da die Gewerkschaften zu einer Politisierung der Gesamtheit ihrer Mitglieder wenig beigetragen haben, waren konsistente politische Vorstellungen, die es den Gewerkschaftsmitgliedern ermöglicht hätten, die Skalensätze als zusammenhängende Elemente regressiver Propaganda zu durchschauen, kaum vorhanden... In ihrer gegenwärtigen Struktur prägen die Gewerkschaften die politische Öffentlichkeit nicht so weit, dass sie einen Gegenpol für die den Massen durch die verschiedenen Medien aufgedrängte antidemokratische Ideologie bilden würden." (Ebd.: 138)

Jaerisch stützt mithin partiell die sozioökonomisch begründete Unterschichtthese. Anders als Lipset sah sie im Rechtsextremismus jedoch auch eine **subjektive Verarbeitungsform von problematischen sozialen Lagen**. Ob Arbeiter Vorurteile gegen Ausländer hegen, hängt ihrer Meinung nach aber nicht nur von der Wahrnehmung des eigenen sozialen Status, sondern auch vom Politisierungsgrad (politische Bildung, politisches Interesse) jedes einzelnen Arbeiters ab. Dieser Gedanke wird im folgenden Abschnitt weiter verfolgt.

Bedeutsam ist auch ihre Kritik am sozialpsychologischen Autoritarismusbegriff des Instituts für Sozialforschung: Die Faschismus-Skala der "Autoritären Persönlichkeit" sei im Grunde genommen mit Blick auf die bürgerlichen Mittelschichten konzipiert worden und eigene sich nicht für die Messung von Autoritarismus bei der Unterschicht. Darauf werden wir später zurückkommen.

f) Kritik an der "Autoritären Persönlichkeit"

Wie erwähnt stieß die "Kritische Theorie" auf der Suche nach der Quelle für antisemitische und pronazistische Orientierungen auf die "autoritäre Persönlichkeit" (Adorno/Frenkel-Brunswik/Levinson/Sanford 1950) bzw. auf den "autoritären Charakter" (Adorno 1973). Dabei handelt es sich um ein Syndrom von neun Merkmalen, wovon die ersten drei als zentral angesehen wurden: Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit und autoritäre Aggression²³. Dieses Syndrom basiert auf dem - von dem Freud-Schüler Fromm entwickelten - psychoanalytischen Konzept des "sodomasochistischen Charakters" (Fromm 1936: 110 ff.). Danach werden die Grundlagen des autoritä-

23 Die übrigen waren: Anti-Intrazeption, Aberglaube und Stereotypie, Machtdenken und "Kraftmeierei", Destruktivität und Zynismus, Projektivität sowie schließlich Sexualität. Vgl. Adorno 1973: 45.

ren Charakters während der frühkindlichen Sozialisation innerhalb einer (vaterdominierten) autoritären Familie gelegt. Die psychoanalytische Fundierung der autoritären Persönlichkeit wird neuerdings unter der Fragestellung "Sozialisation oder Situation?" (Rippl/Kindervater/Seipel 2000) kritisch diskutiert.

Beispielsweise entwickelte Altemeyer (1988) ein **lerntheoretisches** Konzept, demzufolge sich Autoritarismus in verschiedenen Entwicklungsphasen herausbilden und verstärken könne, eher noch in der Adoleszenz als in der frühen Kindheit. Der Lernprozess sei jedoch zu keiner Zeit abgeschlossen, er vollziehe sich vielmehr ein Leben lang. Oesterreich geht noch einen Schritt weiter und verabschiedet sich gänzlich von der Sozialisationshypothese. Seinen "neuen Autoritarismusansatz" beschreibt er so:

"Der neue Ansatz stellt in das Zentrum eine psychische Reaktion, die durch situationelle Faktoren ausgelöst wird. Die Idee einer situationsspezifischen autoritären Reaktion beschreibt sowohl menschliches Verhalten in kritischen, Angst erzeugenden Situationen als auch die Entwicklung eines Persönlichkeitstypus, der durch die Unfähigkeit, sich aus der autoritären Reaktion zu lösen, gekennzeichnet ist. Die autoritäre Persönlichkeit ist die habitualisierte Bereitschaft, in Krisensituationen mit einer Flucht in den Schutz von Sicherheit bietenden Instanzen zu reagieren." (Oesterreich 1993: 43)

Oesterreich verneint - wie z.B. auch Altemeyer - einen Zusammenhang von autoritärer Erziehung und autoritärer Persönlichkeit. **Autoritarismus ist für ihn eine durch Kontextfaktoren ausgelöste Reaktion** (Oesterreich 1996). Während nach der psychoanalytischen Sichtweise der autoritäre Charakter recht stabil sein sollte, ist er nach der Situationshypothese eher instabil und veränderlich. In der Literatur werden die unterschiedlichsten Kontextvariablen genannt, die von sozioökonomischen Faktoren über kollektive Krisenerfahrungen bis hin zu Unzufriedenheit, Desorientierung und Entfremdung reichen. Hier findet sich auch die Brücke zu Ansätzen, die Autoritarismus in Abhängigkeit von Schichtzugehörigkeit und Bildungsgrad analysieren.

Als "weitgehend ungeklärt" bezeichnen Rippl, Kindervater und Seipel, "ob bedrohliche Situationen die Ursache autoritärer Äußerungen sind oder ob die Bedrohungssituation bereits existierende Charakterstrukturen aktiviert". Unvereinbar mit dem sozialisationstheoretischen Ansatz seien die Konzepte, die "bedrohliche Situationen als alleinige Ursache der Entstehung autoritärer Äußerungen" betrachten. "Vereinbar mit der 'Authoritarian Personality' ist hingegen eine Sichtweise, die davon ausgeht, dass Bedrohungssituationen bereits vorhandene Charakterdispositionen aktivieren." (Rippl/Kindervater/Seipel 2000: 24).

Die Stärke des lerntheoretischen Ansatzes liegt darin, dass er die ahistorische Sichtweise des klassischen psychoanalytischen Konzepts überwindet und eine Brücke zur Unterschichtthese bildet. Zur Erklärung des "Sozialismus von rechts" leistet er freilich keinen Beitrag.

g) Autoritarismus und Rechtsextremismus

Autoritarismus wird in der Forschung oft als eine Dimension des rechtsextremen Einstellungsmusters betrachtet (z.B. Stöss 1993: 87 ff.; ders. 1995: 113; Birsl 1994: 336; Schumann/Winkler 1997: 87 ff.; Stöss/Niedermayer 1998: 6). Dafür gibt es gute Argumente, die sich zurückverfolgen lassen bis zur F(aschismus)-Skala der "Autoritären Persönlichkeit":

"Traditionelle Autoritarismusskalen, wie die F-Skala, können ohne weiteres als Messinstrumente für politisch rechte Einstellungen angesehen werden. Viele der in ihnen enthaltenen Items kehren denn auch regelmäßig in Untersuchungen zur Erfassung des Rechtsextremismus oder Nationalismus wieder." (Oesterreich 1998: 57)

Lederer (1995: 34) teilt unter Berufung auf Wiggershaus (1988: 458) mit, dass der Titel der "Autoritären Persönlichkeit" ursprünglich "The Fascist Character" und dann "The Potential Fascist" lauten sollte. Die dann gewählte Bezeichnung war wohl weniger wissenschaftlich, sondern eher (unter dem Druck des Antikommunismus in der McCarthy-Ära) politisch motiviert:

"Der Titel, unter dem das Buch dann im Januar 1950 herauskam, stellte unverkennbar einen späten Kompromiss dar. Denn nur in Horkheimers Vorwort wurde dieser Begriff verwendet (...) Eine auf die Zeitumstände Rücksicht nehmende Tarnmaßnahme bewirkte so die Anknüpfung an eine Terminologie, die Fromm entwickelt hatte (...) als noch nicht ausdrücklich Faschismus und Antisemitismus auf dem Forschungsprogramm standen."

Rippl, Seipel und Lederer (1995: 102) äußern sich zum Verhältnis von Rechtsextremismus und Autoritarismus unklar:

"Zwar ist der Rechtsextremismus eine radikale Ausformung autoritärer Einstellungen, doch kann er als Fühler für die Popularität latenter autoritärer Einstellungen in der Bevölkerung verstanden werden."

Die Frage, ob Autoritarismus Teil oder Ursache des Rechtsextremismus, ob er abhängige oder unabhängige Variable ist, wird damit freilich nicht beantwortet. Begibt man sich zurück zu den Quellen der Autoritarismusforschung, also zu Fromm, dann sind die Verhältnisse sonnenklar: Der autoritäre Charakter ist Ursache für faschistische Orientierungen, also unabhängige Variable. Diesen Charakter kann man natürlich auch - wie ursprünglich beabsichtigt - als faschistischen Charakter bezeichnen; dann wäre der faschistische Charakter Ursache für faschistische Orientierungen. Das Problem resultiert - wie erwähnt - daraus, dass zweierlei Autoritarismus existiert: Autoritarismus als individualpsychologisches Charaktermerkmal und Autoritarismus als politische Einstellung (die Bestandteil des rechtsextremen Einstellungsmusters ist bzw. sein könnte²⁴). Wenn zwei so unterschiedliche Beobachtungsgegenstände wie der Charaktertypus und der Einstellungstypus mit

24 Diese Unterscheidung machen Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner (2004).

derselben Bezeichnung belegt werden, wird die Besonderheit beider Kategorien sprachlich eingeebnet²⁵.

h) Gibt es einen linken Autoritarismus?

Sieht man einmal von der Studie "German Workers 1929" ab, dann war der Autoritarismus der politischen Linken kaum Gegenstand der frühen Autoritarismus-Studien. Sie befassten sich zwar mit der Unterschicht, mit der Arbeiterschaft oder mit Gewerkschaftsmitgliedern, aber deren Autoritarismus ist nicht notwendigerweise identisch mit dem Autoritarismus *der* Linken.

Die Faschismus-Skala des Instituts für Sozialforschung war (berechtigterweise) dem Vorwurf ausgesetzt, rechte Einstellungen zu messen und linken Autoritarismus auszuklammern. So kritisierte Rokeach (1960) beispielsweise an der "Autoritären Persönlichkeit", dass mit der F-Skala nicht allgemeiner, sondern rechtsgerichteter Autoritarismus gemessen würde. Er bemühte sich daher (letztlich erfolglos) um die Entwicklung eines Autoritarismus-Maßes, das unabhängig von politischen Orientierungen allgemeinen Autoritarismus erfasst. Seine Dogmatismus-Skala beruht auf der Unterscheidung zwischen offenen und geschlossenen Überzeugungssystemen. Dogmatisch eingestellte Menschen zeichneten sich durch ein geschlossenes Überzeugungssystem aus, das als stabiler kognitiver Orientierungsrahmen wirke und Informationen abwehre, die mit den bestehenden Überzeugungen nicht kompatibel sind, bedrohlich erscheinen und Angst erzeugen. Dogmatiker neigten besonders zu undifferenziertem Denken und zur Verherrlichung von Autoritäten (vgl. auch Roghmann 1966). Eine Befragung der Mitglieder des italienischen Abgeordnetenhauses mit der Dogmatismus-Skala gelangte allerdings zu dem Ergebnis, dass die Neofaschisten die höchsten, die Kommunisten die geringsten Werte erzielten (Angabe bei Oesterreich 1996: 59). Auf ähnlichen Überlegungen wie das Dogmatismus-Konzept basiert das Rigidität-Flexibilität-Konzept von Rubenowitz (1963). Rigidität bedeutet dabei die blinde Akzeptanz von Normen, Werten, Verhaltensweisen und Restriktionen, die von Autoritäten vorgegeben werden.

In der Literatur ist allerdings häufig angemerkt worden, dass sich rechte und linke Weltanschauungen hinsichtlich ihrer Inhalte und Ziele so stark unterscheiden, dass eine Übertragung des Autoritarismus-Konzepts unsinnig sei. "Betrachtet man etwa den Aspekt der autoritären Aggression, so richtet sich diese im rechten Lager eindeutig gegen Schwächere und Minderheiten, ein Muster, das im linken Lager so nicht zu finden ist." (Rippl/Kindervater/Seipel 2000: 20, unter Berufung auf Christel und Wulf Hopf). Daher bezeichnete Stone (1980) den linken Autoritarismus dann auch als einen Mythos. Um Missverständnissen vorzubeugen, analysierte Altemeyer (1981) explizit rechts-

25 In unserer Analyse werden wir zwischen Persönlichkeitseigenschaft und politischer Einstellung unterscheiden. Siehe dazu unten Abschn. 4c.

extremen Autoritarismus, seine "left-wing authoritarianism scale" erwies sich nicht als erfolgreich (Altemeyer 1996). Und Oesterreich (1996: 61) konstatierte:

"Nimmt man die Grundidee des Autoritarkonzepts ernst, erklären zu wollen, warum Menschen zur Lösung ihrer individuellen Probleme Autorität suchen und sich den Herrschenden oder den Mächtigen unterwerfen, dann macht in unserer Gesellschaft die Konzipierung eines Left-Wing-Authoritarianism theoretisch wenig Sinn."

Denkbar wäre allerdings, dass sich antikapitalistisch bzw. sozialistisch eingestellte Individuen in den Schutz von solchen Instanzen flüchten, denen zugetraut wird, die Bedrohungen des global agierenden Kapitals durch eine völkisch-nationalistische, protektionistische Politik abzuwehren.

i) Erzeugt autoritäre Herrschaft autoritäre Persönlichkeiten?

Analysen zur Genese von Autoritarismus haben oft auch die Makroebene ins Blickfeld genommen: "Führt ein höherer Autoritarismus des Gesamtstaates als Systemeffekt auch zu höherem Autoritarismus bei den Einzelpersonen?" (Schmidt 1995: 16) Dieses Makro-Mikro-Problem wurde gerade auch nach der deutschen Einheit bezüglich des Autoritarismus in der DDR bzw. in Ostdeutschland diskutiert. Die Erwartung, dass sich Ostdeutsche als ungleich autoritärer erweisen müssten als Westdeutsche, ließ sich empirisch allerdings nie bestätigen. Zwar wurde für die "Ossis" zumeist ein etwas größeres Potenzial als für die "Wessis" gemessen, aber die Differenzen spiegelten kaum den Systemunterschied wider:

"Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich zwar Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bezüglich Autoritarismus in der erwarteten Richtung zeigen, dass die Unterschiede aber vergleichsweise gering sind, wenn man bedenkt, dass in dem einen System autoritäre Werte über 40 Jahre lang gepredigt wurden und in dem anderen - zumindest seit Beginn der 70er Jahre - ein deutlich liberaleres Klima herrschte." (Herrmann/Schmidt 1995: 304)

Oesterreich (1996: 60) teilt mit, dass eine russisch-amerikanische Untersuchung 1994 sogar herausgefunden habe, dass amerikanische Jugendliche autoritärer seien als russische. Er hat seinerseits einige Ost-West-Vergleiche durchgeführt und im Osten auch keinen wesentlich größeren Autoritarismus gefunden als im Westen. Entsprechend seiner, der Situationshypothese folgenden Theorie der autoritären Reaktion interpretiert er seine Befunde so:

"Autorität entsteht nicht automatisch dann, wenn eine Anpassung an Herrschaftsverhältnisse erzwungen wird, sondern wenn verunsicherte und ängstliche Menschen Schutz suchen und sich aus diesem Grunde den herrschenden unterwerfen. (...) Die Gesellschaft der DDR war zwar eine obrigkeitstaatliche Gesellschaft mit vielen Restriktionen, aber sie war eine für den einzelnen überschaubare Gesellschaft. Sie war damit keine bei den Menschen überdurchschnittlich Angst erzeugende Gesellschaft, die eine verstärkte Orientierung an Autoritäten erforderlich gemacht hätte." (Oesterreich 1993: 49 f., 229)

k) Worin besteht das Gegenteil des autoritären Charakters?

Für die hier geplanten Untersuchungen sind auch Variablen von Bedeutung, die Autoritarismus (Rechtsextremismus und möglicherweise sogar Sozialismus) abwehren oder wenigstens doch begrenzen. Denn die Negation eines Begriffs trägt zum Verständnis seines Bedeutungsgehalts bei. Die bisherigen Betrachtungen legen die Vermutung nahe, dass es sich dabei unter anderem um demokratische Orientierungen handeln könnte. Derartige Variablen sollten sich eigentlich aus der Beschreibung der nicht-autoritären Persönlichkeit ergeben. Eine Inspektion der einschlägigen Literatur fördert tatsächlich einige Hinweise zu Tage.

In der "Autoritären Persönlichkeit" werden den "Vorurteilsvollen" (den Menschen mit einem autoritären bzw. - wie es in der Studie heißt - potentiell faschistischen Charakter) die "Vorurteilsfreien" gegenübergestellt. Wie die Vorurteilsvollen werden auch die Vorurteilsfreien in verschiedene Typen unterteilt. Es sind dies (Adorno 1973: 339 ff.):

- der "starre" Vorurteilsfreie,
- der "protestierende" Vorurteilsfreie,
- der "impulsive" Vorurteilsfreie,
- der "ungezwungene" Vorurteilsfreie und
- der genuine Liberale.

Letzterer wird gewissermaßen als vollkommenes Gegenstück zum Autoritären vorgestellt: Er "kann als das aufgefasst werden, was Freud als ideales Gleichgewicht zwischen Über-Ich, Ich und Es ansah" (ebd.: 340). Interessanterweise wird dieser Typ, abweichend von den übrigen Typen, mit einem politischen Begriff belegt. Das Gegenteil von autoritär ist demnach liberal. Diese Vermengung von psychologischer und politischer Terminologie ist Folge der theoretischen und begrifflichen Inkonsistenz, die die gesamte "Autoritäre Persönlichkeit" prägt und noch bis heute nachwirkt. Das ursprüngliche Anliegen der Studie bestand ja darin, politische (faschistische, antisemitische) Orientierungen und Verhaltensweisen psychologisch zu erklären. Offenbar war mit dem genuinen Liberalen das Gegenstück zum Faschisten bzw. Antisemiten gemeint. Damit sollte wohl der **Gegensatz zwischen faschistisch und demokratisch** thematisiert werden.

Inspirierend könnte sich die bereits 1941 erschienene Schrift von Fromm (1990) "Escape from Freedom" ausgewirkt haben. Fromm hatte sich darin bemüht, die Wechselwirkungen zwischen psychologischen und soziologischen Faktoren am Beispiel der Charakterstruktur des "modernen Menschen" herauszuarbeiten. Seine Kernthese lautet, dass die Freiheit im Laufe der Entwicklung der modernen Industriegesellschaft enorm zugenommen und sich damit zu einer Belastung für die Menschen entwickelt habe. Sie neigten dazu, den Freiheitsgewinn durch Flucht ins Autoritäre, Destruktive und Konformistische zu bewältigen ("negative Freiheit"). Es gelte jedoch, diesen Frei-

heitsgewinn im Sinne von "Selbstverwirklichung" und "spontanem Tätigsein" zu nutzen ("positive Freiheit"; ebd.: 185 ff.).

"Die positive Freiheit [führt] zur vollen Verwirklichung der dem Menschen eigenen Möglichkeiten und befähigt ihn, aktiv und spontan zu leben. (...) Der Sieg über autoritäre Systeme aller Art wird nur möglich sein, wenn die Demokratie nicht den Rückzug antritt, sondern die Offensive ergreift und das in die Wirklichkeit umsetzt, was alle jene im Sinn hatten, die in den vergangenen Jahrhunderten für die Freiheit gekämpft haben." (Ebd.: 195, 199)

Im Sinne der Unterscheidung zwischen der psychologischen und der soziologischen Dimension entspricht der Gegensatz von Autoritarismus und Autonomie dem von Faschismus und Demokratie. Autonomie und Demokratie wurden von Fromm unter einer betont individualistischen Perspektive²⁶ abgehandelt. Daran machte sich die Kritik von Jaerisch fest.

Den psychoanalytischen Kern der "Autoritären Persönlichkeit" bildet - wie erwähnt - der sadomasochistische Charakter: Infolge einer rigiden Erziehung während der Kindheit könne kein autonomes Ich entstehen. Daraus folgten die zwanghafte Unterwerfung unter Autoritäten und zugleich ein Hass auf Autoritäten, der auf Minderheiten oder Fremde gelenkt werde. **Grundlage des autoritären Charakters ist mithin Ich-Schwäche. Das Gegenteil wäre Ich-Stärke, die den vorurteilsfreien, toleranten, autonomen, eben nicht-autoritären Charakter verbürgt.** Jaerisch (1975: 147) beschreibt ihn so:

"Er ist fähig zur Intrazeption und zum spontanen Erleben von Ereignissen und sozialen Beziehungen; seine Wahrnehmung wird nicht von Vorurteilen und starren Denkschemata blockiert. Über sich selbst und seine Schwierigkeiten und Konflikte ist er imstande nachzudenken; Unsicherheit und Schwäche vermag er sich einzugestehen und muss sie nicht, wie der Autoritäre, abwehren und durch Zurschaustellung von Stärke kompensieren. Der Nicht-Autoritäre ist zu dieser Art Selbstreflexion in der Lage, weil sein Ich nicht fortlaufend sich an äußeren Normen zu orientieren und ihnen unterzuordnen gezwungen ist und infolgedessen auch die eigenen Triebbedürfnisse leichter zu akzeptieren vermag."

Jaerischs Kritik an den theoretischen Grundlagen des Instituts für Sozialforschung besteht darin, dass Adorno & Co. in der Negation des autoritären Charakters das Ideal bildungsbürgerlicher individueller Ich-Identität und Autonomie gesehen hätten, das nicht auf die Arbeiterklasse übertragbar sei. Die Methoden der "Kritischen Theorie" (derer sie sich selbst bei ihrer Untersuchung bediente), seien mithin nicht geeignet, Autoritarismus bei Arbeitern nachzuweisen.

"These dieser Überlegungen ist, dass bereits die F-Skala zumindest teilweise auch solche Normen und Verhaltensmuster bei Arbeitern als autoritär erscheinen ließ, die weniger triebdynamischen Ursprungs sind als zwangsläufig durch ökonomische Lage, Berufs- und Geschlechtsrollen, vorgegebene Umwelt und Zukunftsperspektiven bedingt werden." (Ebd.: 154)

26 "Die Zukunft der Demokratie hängt von der Verwirklichung des Individualismus ab." (Ebd.: 195)

Noch deutlicher formuliert sie als Resümee ihrer Studie:

"Falsch ist jene Alternative, die hypostasiert: die bürgerliche Familie mit ihren Voraussetzungen des Besitzes und des durch diesen konstituierten Freiraums erzeuge autonome Individuen; Absenz oder Verfall solcher Bedingungen prägen die ohne ein gesichertes Refugium Heranwachsenden zur unterwürfigen Anpassung...

Aber auch nur jenseits der stets auch verhärteten bürgerlichen Individualität entsteht die Solidarität der unterdrückten Klassen. Die emanzipatorischen Kämpfe gegen die bürgerliche Gesellschaft sind von jenen getragen worden, die aufgrund ihrer Klassenlage von den Individuationschancen der Bourgeoisie ausgeschlossen waren...

Den abhängigen Klassen war die individualistische Wahrnehmung ökonomischer und politischer Rechte unmöglich. Sie konnten sich weder als selbstbewusste, in der Öffentlichkeit agierende Citoyens, noch kontemplativ als Privatleute verhalten. Ihre Emanzipation war und ist angewiesen nicht auf den Nachvollzug bürgerlicher, stets auch individueller Emanzipation, sondern auf eine Solidarität, die sich nur über den Bereich der materiellen Produktion und Reproduktion, nicht losgelöst von ihm bilden kann." (Ebd.: 181)

Die ökonomische Konfliktlinie (Sozialismus - Kapitalismus) wird hier unter sozialpsychologischen Gesichtspunkten als Widerspruch von Kollektivismus/Solidarität und Individualismus gedeutet. Da auch Faschismus (auf seine Art und Weise) konsequent antiindividualistisch ist, findet er mit seiner volksgemeinschaftlichen Weltanschauung Andockpunkte bei den Unterschichten:

"Rechtsextreme Propaganda appelliert an einen Kollektivismus, der nicht unmittelbar als den Interessen der unteren Schichten konträr durchschaut werden kann. Es wird ihr in einem gewissen Ausmaß gelingen, selbst solche Dispositionen anzusprechen, die im Gegensatz zu bürgerlich-individualistischen Attitüden den Notwendigkeiten solidarischen Handelns entsprechen. So werden Motive, die als solche zu Recht bestehen, wie der Wunsch nach kollektivem Selbstbewusstsein und kollektiver Anerkennung, von der Ideologie des Rechtsextremismus in einen Kontext gedrängt, in dem sie für die Zwecke einer reaktionären Politik missbraucht werden können." (Ebd.: 128 f.)

Nun ist die Entwicklung zu einer selbstbewussten Persönlichkeit nicht unbedingt gleichzusetzen mit der Ausprägung eines bürgerlich-individualistischen Charakters. Und umgekehrt können autoritäre Dispositionen in gewissem Umfang durchaus funktional und vernünftig sein, wie Oesterreich aus der Perspektive seiner Theorie der autoritären Reaktion darlegt:

"Im Rahmen des Sozialisationsprozesses des Kindes hat die Autoritäre Reaktion jedoch zuallererst eine für die Entwicklung des heranwachsenden Kindes wichtige Funktion. Sie schützt es vor den Gefahren einer von ihm noch nicht allein zu bewältigenden Umwelt. (...) Auch bei Erwachsenen muss eine Schutzsuche in schwer zu bewältigenden Situationen nicht automatisch irrational oder unsinnig sein. Selbst Unterwürfigkeit kann in bestimmten Situationen vernünftiger als Widerstand sein. Wenn das Individuum be-

stimmte Situationen nicht allein bewältigen kann, ist eine Anlehnung an oder Flucht in die Sicherheit von Schutz gewährenden Instanzen durchaus vernünftiges Verhalten." (Oesterreich 1993: 27)

Auch Oesterreich bezeichnet **Autonomie als das Gegenteil von Autoritarismus**. Für ihn besteht die "zentrale Frage der Autoritarismusforschung" allerdings nicht in der Genese von Autoritarismus, "sondern wie im Verlauf dieses Prozesses autoritäre Bindungen, die für das heranwachsende Kind notwendig und auch funktional sind, aufgegeben werden und so etwas wie individuelle Autonomie entsteht" (ebd.: 44). Was unter individueller Autonomie zu verstehen ist, bleibt freilich offen.

3. Schlussfolgerungen

Auf der Suche nach möglichen Gemeinsamkeiten und Unterschieden von Rechtsextremismus (i.e. völkischer Nationalismus) und Sozialismus müssen wir verbreitete Gewissheiten kritisch hinterfragen. Auch wenn (bzw. insoweit) Rechtsextremismus und Sozialismus historisch-politisch als Gegenpole existieren, auch wenn (bzw. insoweit) es sich beim Rechtsextremismus um eine antidemokratische und beim Sozialismus um eine antikapitalistische Weltanschauung handelt, stellen sich mindestens zwei Fragen. Erstens: Bestehen dennoch politisch-programmatische Überschneidungen oder wenigstens doch Berührungspunkte zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus? Verfügt nicht auch der Rechtsextremismus über eine antikapitalistische oder wenigstens doch kapitalismuskritische Komponente? Ist der Sozialismus tatsächlich völlig frei von nationalistischen und ethnozentrischen Erwägungen? Auch wenn man dies vermeint, steht die zweite Frage im Raum: Lassen sich die Verhältnisse der Makro- und Mesoebene umstandslos auf die Mikroebene übertragen?

Am Beispiel des Autoritarismus haben wir gesehen, dass kein zwingender Zusammenhang zwischen Systemmerkmalen und individuellen Mentalitäten besteht. Autoritär verfasste Regime und intermediäre Institutionen erzeugen nicht notwendigerweise autoritäre Persönlichkeiten. **Selbst wenn sich Rechtsextremismus und Sozialismus in der politischen Sphäre hartnäckig bekämpfen, müssen sie im Bewusstsein der Menschen nicht unbedingt einen Gegensatz bilden.**

Entscheidend war beispielsweise nicht die tatsächliche Wirtschafts- und Sozialpolitik des Nationalsozialismus, sondern ob Individuen glaubten oder auch nur hofften, dass er sich gegen das (Groß- oder Finanz-) Kapital richtet und zugleich nationalistische und sozialistische Ziele verfolgt. Es kommt also auf die Wahrnehmungen bzw. Meinungen der Menschen an, nicht auf "objektive" Tatsachen. **Gegenstand unserer Analyse sind also im Grenzbereich von Nationalismus und Sozialismus angesiedelte Orientierungen: Um welche Einstellungen handelt es sich im Einzelnen, wie weit sind sie derzeit in der Bevölkerung verbreitet und warum entwickeln Men-**

schen derartige Einstellungen? Handelt es sich um ein konsistentes Einstellungsmuster oder um eine diffuse Mixtur verschiedener Meinungen, Vorbehalte und Zielvorstellungen?

Hier ist an den Hinweis von Lipset zu erinnern, dass es sich beim Sozialismus ursprünglich um eine Doktrin handelte, in der Demokratie und Antikapitalismus untrennbar miteinander verwoben waren ("Demokratischer Sozialismus"). Im Laufe der Zeit sei diese Verbindung aber brüchig geworden. Die staatssozialistischen Regime waren bekanntlich antikapitalistisch, aber nicht demokratisch und daher im ursprünglichen Sinn des Wortes auch nicht sozialistisch²⁷. Auch im Bewusstsein von Teilen der Arbeiterschaft habe, so Lipset, mit der Konsolidierung demokratischer Systeme ein Bedeutungsverlust der demokratischen Komponente stattgefunden, weil den Arbeitern eher an der Ausweitung des Sozialstaats als an der Stärkung demokratischer Rechte gelegen war.

Damit stellt sich die Frage, welche Vorstellungen die Menschen mit dem Begriff "Sozialismus" verbinden. Steht **Sozialismus** für einen Gegenentwurf zur bestehenden kapitalistischen Gesellschaft, oder für bloße Gegnerschaft zum Kapitalismus, ohne dass sich damit konkrete Alternativvorstellungen verbinden (**Antikapitalismus**), oder handelt es sich dabei nur um Kritik an einzelnen Erscheinungsformen des Kapitalismus bzw. an der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung (**Kapitalismuskritik**²⁸)? Wenn tatsächlich Sozialismus gemeint sein sollte, muss eine positive Beziehung mit demokratischen Orientierungen bestehen, sonst handelt es sich lediglich um "**Pseudozialismus**". Antikapitalismus und Kapitalismuskritik sind dagegen nicht notwendigerweise demokratisch fundiert.

Überhaupt nähren die skeptischen Hinweise vor allem bei Fromm und Lipset Zweifel daran, **ob sich das, was sich die Menschen unter "Sozialismus" vorstellen, in ihrem Bewusstsein überhaupt zu einem konsistenten und stabilen Einstellungsmuster verdichtet.**

Bei der Suche nach möglichen Gemeinsamkeiten zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus auf der Mikroebene kann es sich also bestenfalls um einen, um seine demokratische Komponente verkürzten Sozialismus, also um Pseudozialismus, handeln, oder eben auch nur um Antikapitalismus oder um Kapitalismuskritik. Das Gegenstück zu diesem **rechtsextremen Pseudozialismus** (Antikapitalismus, Kapitalismuskritik) wäre nicht, wie die Rechtsextremisten behaupten, ein linker, marxistisch orientierter sondern ein **demokratischer Sozialismus** (Antikapitalismus, Kapitalismuskritik). Wenn in den eingangs erwähnten Studien ein positiver Zusammenhang zwischen

27 Der Begriff "Demokratischer Sozialismus" wurde 1951 in der Gründungserklärung der Sozialistischen Internationale ("Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus") entwickelt. Er richtete sich explizit gegen die Perversion des Sozialismusbegriffs durch totalitäre Regime.

28 "Die neue Kapitalismuskritik ist nun ganz anders als die alte. 'Ausbeutung' wird akzeptiert. 'Entfremdung' ist kein Thema mehr. 'Profit muss schon sein. Von der 'Expropriation der Expropriateure' ist nirgendwo die Rede. Nicht die Marktwirtschaft als Organisationsidee steht in Frage, sondern die zunehmende Radikalisierung der kapitalistischen Praxis." (Bartels 2006: 245)

Sozialismus und Rechtsextremismus gemessen wurde, könnte es sich dabei um "Pseudosozialismus" gehandelt haben.

Da wir bei der empirischen Analyse, wie gleich noch zu zeigen sein wird, kein konsistentes (pseudo-) sozialistisches Einstellungsmuster identifizieren konnten und weil die Grenze zwischen Antikapitalismus und Kapitalismuskritik empirisch schwer zu fixieren ist, **werden wir als analytischen Oberbegriff künftig nur noch "Kapitalismuskritik" verwenden**. Dieser Begriff schließt Antikapitalismus und Sozialismus ein und präjudiziert in seiner Allgemeinheit nicht die Untersuchungsergebnisse. Präzisierungen sind später in Folge der Datenanalyse möglich.

Bei der Bestimmung der **unabhängigen Variablen**, die auch den Überschneidungsbereich von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik erklären sollen, sind an erster Stelle **autoritäre Persönlichkeitsmerkmale** zu nennen. Wenn mit Autoritarismus bislang auch eher rechtsgerichtete Einstellungen in Verbindung gebracht wurden und die Messung von linkem Autoritarismus nicht erfolgreich war, wollen und sollten wir nicht ausschließen, dass es uns gelingt, derartige Persönlichkeitsmerkmale in allen politischen Richtungen zu ermitteln. Im Sinne von Fromm sollte daher der Versuch unternommen werden, aus Autoritarismus (bzw. Autonomie, Ich-Stärke, Selbstbewusstsein) und (anti-) demokratischen Orientierungen einerseits und Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik andererseits unterschiedliche Mentalitätstypen zu identifizieren. Wenigstens sollte zwischen selbstbewussten, demokratischen Kapitalismuskritikern und autoritären, rechtsextremen Kapitalismuskritikern unterschieden werden.

In der Autoritarismusforschung ist strittig, ob Autoritarismus in Sinne der Frankfurter Schule eher triebdynamisch bedingt ist, oder ob er unter dem Einfluss von speziellen Umweltfaktoren adaptiert wird. Diese schon in der Marienthal-Studie angelegte und dann von Lipset ausgearbeitete Sichtweise macht vor allem **prekäre soziale Lagen und Statusunsicherheit** für Autoritarismus bzw. Rechtsextremismus verantwortlich. Dabei kommt es vermutlich nicht nur auf die objektive Lage, sondern auch darauf an, ob und in welchem Umfang daraus **Unzufriedenheit** erwächst und wie sie von den Individuen verarbeitet wird. Die Marienthal-Studie zeigt, dass dieselben Umweltbedingungen subjektiv sehr unterschiedlich bewältigt werden können. Nach Oesterreich stellt Autoritarismus eine Reaktion auf Angst erzeugende Situationen dar. Insbesondere krisenhafte Umstände könnten zur Flucht in Schutz und Sicherheit versprechende Ideologien oder Instanzen führen. In gewissem Umfang könne Autoritarismus sogar durchaus funktional für die Bewältigung von Problemen sein. In diesem Zusammenhang ist auch an den "Standortnationalismus" von Butterwegge und an den "reaktiven Nationalismus" von Dörre zu erinnern, die eine Abwehrhaltung zur Sicherung des individuellen sozialen Status beschreiben. **Rechtsextreme Kapitalismuskritik könnte sich als eine mögliche Verarbeitungsform von problematischen sozialen Lagen und wirt-**

schaftlich-sozialen und/oder politischen Unzufriedenheiten erweisen, die durch autoritäre Persönlichkeitseigenschaften ermöglicht oder sogar gesteuert wird.

Nach Jaerisch ist der Autoritarismus bei unterprivilegierten Gruppen in erster Linie durch Unzufriedenheit, Verlustängste und Desintegration bedingt. Er ist das Ergebnis von Erfahrungen und Lernprozessen. Der Rechtsextremismus nutze die Notlage der Unterschichten aus, indem er an ihre antiindividualistischen, auf Kollektivität und Solidarität²⁹ gerichteten Dispositionen anknüpfe und sie für seine volksgemeinschaftlichen Absichten missbrauche. Da Solidarität auch zu den Grundwerten des Sozialismus zählt, könnte hier ein weiteres Verbindungsglied zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik liegen.

Abschließend ist noch die Bedeutung des **Links-Rechts-Schemas** zu problematisieren. Die erwähnten Arbeiten des Instituts für Sozialforschung und auch die Marienthal-Studie haben zwar nachgewiesen, dass "links" nicht unbedingt "antifaschistisch" bedeutet. Die ideologisch-politischen Ortsbestimmungen wurden allerdings zumeist an Hand von Organisationszugehörigkeiten oder von Präferenzen für politische Doktrinen (Sozialismus, Kommunismus) vorgenommen. Diese Zuordnung werden wir mittels der Links-Rechts-Selbsteinstufung vornehmen und fragen, ob auf der Einstellungsebene gilt: links gleich sozialistisch und demokratisch, rechts gleich rechtsextrem und antidemokratisch?

Bei den empirischen Analysen gehen wir von folgender **untersuchungsleitenden These** aus: Wir nehmen an, dass wir es mit zwei verschiedenen, sich überlappenden Einstellungsmustern zu tun haben, nämlich mit Rechtsextremismus und mit dem, was wir bislang "Sozialismus" genannt haben. Unter dem Eindruck von sozialem Wandel und Globalisierung bzw. Denationalisierung und den daraus erwachsenden (durch neoliberale Politik noch verstärkten) sozioökonomischen Problemen könnte sich der Überschneidungsbereich insbesondere in der Unterschicht vergrößert und - neben dem "alten", mittelständisch-besitzbürgerlich ausgerichteten Rechtsextremismus und dem demokratischen Sozialismus - zu einem neuen Einstellungsmuster ("völkisch-nationalistischer Sozialismus") verdichtet haben. Die jüngsten Erfolge rechtsextremer Organisationen würden dann darauf beruhen, dass sie sich programmatisch und propagandistisch auf diese neue Mentalität ausgerichtet haben und die vorhandenen Ängste und Unsicherheiten noch populistisch verstärken.

Die hier vorgenommenen empirischen Untersuchungen beruhen auf einer Repräsentativerhebung, die im Rahmen des Projekts "Gewerkschaften und Rechtsextremismus" durchgeführt wurde (Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner 2004). Das Projekt (Laufzeit 2003/04) wurde von der Hans-Böckler-Stiftung und der Otto-Brenner-Stiftung gefördert. Mitarbeiter waren Michael Fichter, Joachim Kreis,

²⁹ Der (ursprünglich aus der katholischen Soziallehre stammende) Begriff "Solidarismus" spielte in der NS-Ideologie eine wichtige Rolle. Otto Strasser (1967) bezeichnete seinen, erstmalig 1931 erschienen "Deutschen Sozialismus" nach 1945 auch als Solidarismus. Und Theodor Geiger (1932: 135) stellte kurz und bündig fest: "Am solidaristischen Denken Hitlers ist nicht zu zweifeln."

Günter Pollach, Bodo Zeuner (Sprecher) und der Autor dieses Beitrags. Befragt wurden insgesamt 4008 Personen. Da sich die folgenden Analysen weithin der Instrumente des Gewerkschaftsprojekts bedienen, orientieren sich die Beschreibungen der Indizes und Skalen mit folgenden Ausnahmen an dem Abschlussbericht dieses Projekts:

Alt	Neu	Neue Bezeichnung
SOZ	KAPKRI	Kapitalismuskritik
SOZPOT	KAPKRPOT	Kapitalismuskritiker (Potenzialbestimmung)
TRADSOZ	ANTIKAP	Antikapitalismus
TRADPOT	ANTIKPOT	Antikapitalisten (Potenzialbestimmung)
SOZGLO	GLOKRI	Globalisierungskritik
GLOPOT	GLOKRPOT	Globalisierungskritiker (Potenzialbestimmung)
REXSOZ	REXKAKRI	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker

4. Empirische Analysen

a) Bemühungen um die Messung von sozialistischen Einstellungen

Systematische Forschungen über sozialistische Einstellungen sind Mangelware. Und die wenigen Studien waren auch nicht gerade erfolgreich. Daher finden sich in der Literatur auch kaum brauchbare Vorlagen für eine Sozialismus-Skala. Die Unterscheidung zwischen einem völkisch-nationalistischen und einem marxistisch fundierten Sozialismus sucht man vergeblich. Einer vor 20 Jahren vom Institut für Demoskopie Allensbach für das Bundesministerium des Innern durchgeführten Extremismus-Studie lag eine Linksextremismus-Skala zu Grunde (Noelle-Neumann/Ring 1984: 32), die vor allem auf Gewaltbereitschaft abhob. Abgesehen einmal davon, dass die Statements heute nicht mehr aktuell sind, liegen auch kaum theoretische und statistische Informationen über das Messinstrument vor. Anlässlich der Bundestagswahl 1994 arbeiteten Falter und Klein (1994: 31) mit einer "Skala zur Messung sozialistischer Vorstellungen", die im DFG-Projekt "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland" (Deutsche Nationale Wahlstudie, DNW) Verwendung fand (Gabriel/Neller 2000; Neller 2000; Neller/Gabriel 2000). Die Skala umfasste sechs Statements:

- Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.
- Der Sozialismus ist eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- Die Arbeiter werden bei uns immer noch ausgebeutet.
- Die Länder der Dritten Welt werden von den Industrieländern rücksichtslos ausgeplündert.

Die letzten drei Statements benutzt Deinert (1997: 177) als "Sozialismus-Index".

Für den "Berlin-Brandenburg-BUS 2002", einer periodischen Bevölkerungsbefragung in der Region³⁰, bemühten sich Stöss und Niedermayer um ein theoretisch fundiertes Messinstrument. Sozialismus-Statements sollten sich in struktureller Hinsicht weniger auf Institutionen und Verfahrensregeln, sondern vor allem auf die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt sowie auf die Verfasstheit der (Welt-)Gesellschaft schlechthin beziehen. Beide Autoren gingen davon aus, dass es sich beim Sozialismus um einen Gesellschaftsentwurf handelt, der sich gegen Kapitalismus und Imperialismus, gegen Faschismus, Konservatismus und Liberalismus richtet. Eine positive Bestimmung des Begriffs sei wegen der Vielfalt der Sozialismusvorstellungen nicht möglich (vgl. z.B. Lehnert 1986; Oertzen 1986). Als Dimensionen des Einstellungssyndroms wurden Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus und Anti-Faschismus angenommen, wobei jeweils zwischen der

30 Genauere Informationen: Stöss/Niedermayer 1997: 9 ff. Zu den Ergebnissen der Befragung von 2002: Niedermayer/Stöss: 2002; Stöss 2002.

Wahrnehmung der kapitalistischen Gesellschaft aus sozialistischer Perspektive und sozialistischen Zielen unterschieden wurde. Auf die Wahrnehmungsebene beziehen sich die Behauptungen, dass die Bundesrepublik nach wie vor eine Klassengesellschaft sei, dass der Kapitalismus antidemokratisch sei und zum Faschismus tendiere und dass der US-amerikanische Imperialismus den Weltfrieden mehr bedrohe als andere Staaten, Regime oder Ideologien. Als Ziele wurden die Verstaatlichung wichtiger Wirtschaftsunternehmen, eine Klassenpartei der Arbeiter, das Machtgleichgewicht von Arbeit und Kapital sowie das Ende der Ausplünderung der Dritten Welt genannt. Schließlich fand noch eine allgemeine Dimension Berücksichtigung, die als "generalisierte Zustimmung zur Idee des Sozialismus" bezeichnet wurde (Statement 6). Die Statements lauten:

1. Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
2. Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
3. Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
4. Die Bundesrepublik entwickelt sich immer mehr zu einem faschistischen Staat.
5. Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
6. Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
7. Was uns fehlt, ist eine wirklich linke Partei, die konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertritt.
8. In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen Besitzenden und Arbeitenden. Die persönliche Stellung hängt davon ab, ob man zu der oberen oder unteren Klasse gehört.
9. Die Arbeitnehmer sollten in den Betrieben genau so viel zu sagen haben, wie die Unternehmer.

Faktorenanalysen ergaben, dass die Statements **kein konsistentes Einstellungsmuster** abbilden. Die Items Nr. 5, 6 und 8 erzwangen vielmehr einen zweiten Faktor gegenüber den übrigen Items, die zu dem Index "traditionalistischer Sozialismus" zusammengefasst wurden. Dieser Index misst nach Auffassung der Autoren Orientierungen, die der Mentalität der Anhänger von Parteien wie der SED, der SEW oder der DKP, also der Verfechter des seinerzeitigen "real existierenden Sozialismus" entsprechen. Die Statements, die auf dem zweiten Faktor hoch laden, wurden zu dem Index "gemäßigter Sozialismus" zusammengefasst.

Bei der Ausarbeitung des Fragebogens für die diesem Papier zugrunde liegende Studie "Gewerkschaften und Rechtsextremismus" (Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner 2004) haben wir uns an den Überlegungen von Stöss und Niedermayer orientiert³¹. Auf der Basis einer Sekundärauswertung ihrer

31 Damals lag uns die Arbeit von Neu (2004) nicht vor, die sich auf eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung aus dem Jahr 1997 stützt (Neu 2004: 223). Diese Studie enthält zehn Statements, die sich "auf die DDR oder im weiteren Sinne auf den Sozialismus beziehen" (Neu 2004: 250 sowie Anm. 818). Aus diesen Statements hat Neu eine Skala gebildet. Genauere Angaben zur Reliabilität und Validität dieser Skala werden allerdings nicht mitgeteilt.

Daten (und der DNW-Daten 1998) sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass Sozialismus tatsächlich kein geschlossenes Einstellungsmuster darstellt, sondern im wesentlichen zwei Dimensionen umfasst, nämlich traditionelle Orientierungen und solche, die eher der globalisierungskritischen bis -feindlichen "ATTAC-Mentalität" entsprechen. Zudem dürfte die "generalisierte Zustimmung zur Idee des Sozialismus" auch Einstellungen erfassen, die den Staatssozialismus der DDR ablehnen. Wir haben daher ein Statement aufgenommen, das (negativ gepolt) auch die Zustimmung zum damaligen "real existierenden Sozialismus" erfasst (SOZ_10). Das Statement Nr. 9 wurde nicht berücksichtigt, weil es nicht auf die wirtschaftliche und politische Ordnung insgesamt sondern auf die industriellen Beziehungen gerichtet ist und im Sinne von paritätischer Mitbestimmung verstanden werden könnte. Die Statements³² der Umfrage lauten:

- SOZ_1 Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
- SOZ_2 Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden.
- SOZ_3 Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
- SOZ_4 Faschistische Tendenzen haben in der Bundesrepublik ein bedrohliches Ausmaß angenommen.
- SOZ_5 Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
- SOZ_6 Der Sozialismus ist im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde.
- SOZ_7 In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.
- SOZ_8 Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.
- SOZ_9 Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.
- SOZ_10 Die Vergangenheit zeigt, dass sich Sozialismus nicht verwirklichen lässt (neg).

Auch in diesem Datensatz korrelieren die Variablen zumeist kaum miteinander. Die Faktorenanalysen ergaben statistisch und inhaltlich kein klares Bild. Und auch bei der Reliabilitätsanalyse erweist sich die Konsistenz der zehn Variablen als mäßig. Cronbachs Alpha beträgt 0,619, ohne SOZ_10³³ (umgepolt) immerhin 0,664, was bei der Anzahl der Variablen aber immer noch nicht befriedigend ist (Tab. 1).

Beim Sozialismus handelt es sich offenbar tatsächlich nicht - anders als beim Rechtsextremismus - um ein konsistentes Einstellungsmuster. Die Statements sind zwar auf Sozialismus gemünzt, nach unzähligen Einzelanalysen und intensiven Diskussionen mit Kollegen sind wir allerdings zu der Überzeugung gelangt, dass wir damit auch gar nicht sozialistische Einstellungen (und schon gar kein Einstellungsmuster) messen, sondern eher **Antikapitalismus bzw. Kapitalismus-**

32 7-stufige Antwortskalen: 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll und ganz zu) sowie 8 (weiß nicht), 9 (k.A.).

33 Alle Koeffizienten für diese Variable fallen extrem schlecht aus. Daher wurde sie nicht in die weiteren Analysen einbezogen.

kritik. SOZ_1 und SOZ_3 stehen wohl noch am ehesten für eine sozialistische Gesellschaftsalternative, SOZ_2, SOZ_5, SOZ_8 und SOZ_9 zielen wohl eher auf Kapitalismuskritik, und SOZ_4, SOZ_6, SOZ_7 und SOZ_8 ließen sich als Indikatoren für Antikapitalismus werten. Anders als in der diesem Papier zugrunde liegenden Studie "Gewerkschaften und Rechtsextremismus" gehen wir heute davon aus, dass der **kleinste gemeinsame Nenner** der zehn Statements, die eine diffuse Mixtur aus Meinungen, Vorurteilen, Vorbehalten und Zielvorstellungen bilden, **Kapitalismuskritik** ist. Dabei ist zu bedenken, dass einige Items auch eine deutliche Ablehnung des Kapitalismus signalisieren und zwei sogar sozialistische Ziele andeuten. In beiden Fällen handelt es sich aber um spezielle Ausformungen von Kapitalismuskritik.

Tabelle 1: Gesamt-Itemstatistik der Sozialismus-Variablen 2003

	Skalenmittelwert, wenn Item weggelassen	Skalenvarianz, wenn Item weggelassen	Korrigierte Item-Skala-Korrelation	Quadrierte multiple Korrelation	Cronbachs Alpha, wenn Item weggelassen
SOZ_1	35,69	66,297	,262	,101	,655
SOZ_2	34,05	64,116	,339	,131	,637
SOZ_3	35,13	63,461	,377	,159	,628
SOZ_4	33,99	67,132	,252	,076	,656
SOZ_5	32,82	68,251	,293	,103	,646
SOZ_6	34,13	63,943	,331	,122	,639
SOZ_7	33,92	61,918	,443	,218	,613
SOZ_8	33,17	65,303	,380	,183	,629
SOZ_9	33,91	64,740	,392	,177	,626

$\alpha = 0,664$

Um die geplanten Analysen durchführen zu können, haben wir uns pragmatisch für folgende Lösung entschieden. Wir bilden zunächst nach dem Likert-Verfahren durch Addition der Werte zwei Indizes:

- **Antikapitalismus (ANTIKAP³⁴)** umfasst die Variablen SOZ_1, SOZ_3 und SOZ_7 und steht für die Gegnerschaft zum Kapitalismus mit pro-sozialistischen Tendenzen:
 - Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.
 - Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt.
 - In der Bundesrepublik bestehen noch die alten Gegensätze zwischen der besitzenden und der arbeitenden Klasse.

³⁴ Bei Begriffen, die in Versalien gesetzt sind, handelt es sich, wenn nicht anders angegeben, um Variablennamen im Datensatz.

- **Globalisierungskritik (GLOKRI)** umfasst die Variablen SOZ_5, SOZ_8 und SOZ_9 und steht für Kritik an einzelnen Aspekten des Kapitalismus, ohne dass sich damit notwendigerweise eine grundsätzliche Ablehnung des Kapitalismus verbindet:
 - Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden.
 - Von der Globalisierung profitieren nur die mächtigen Wirtschaftsinteressen.
 - Die internationalen Finanzmärkte sind Schuld an der weltweit wachsenden sozialen Ungleichheit.

Beide Indizes umfassen die Werte von 3 (schwach) bis 21 (stark). Wenn das arithmetische Mittel (12) als cutting point herangezogen wird³⁵ und alle Befragten mit einem Wert zwischen 13 und 21 als Antikapitalisten bzw. Globalisierungskritiker eingestuft werden, dann betrug der Anteil der Antikapitalisten (**ANTIKPOT**) an allen Befragten in der Bundesrepublik 2003 30 Prozent und der Anteil der Globalisierungskritiker (**GLOKRPOT**) sogar 78 Prozent. Ein etwas anderes Bild ergibt sich bei der kumulativen Potenzialbestimmung: Allen drei Statements zum Antikapitalismus haben sechs Prozent der Befragten zugestimmt³⁶, zwei wurden von 22 Prozent befürwortet, eines von 37 Prozent, und 36 Prozent lehnten alle drei Statements ab. Bei der Globalisierungskritik gab es folgende Zustimmungen: alle drei Statements 35 Prozent, zwei Statements 33 Prozent, ein Statement 25 Prozent, kein Statement acht Prozent. Schließlich wurde aus den Statements SOZ_1 bis SOZ_9 (trotz der unbefriedigenden Kennziffern) additiv der **Index "Kapitalismuskritik" (KAPKRI)** gebildet³⁷. Er umfasst die Werte 9 (schwach) bis 63 (stark). Wird der cutting point auf das arithmetische Mittel (36) gesetzt, dann betrug das kapitalismuskritische Potenzial (**KAPKRPOT**) in der Bundesrepublik 2003 58 Prozent³⁸.

Nach welchem Verfahren auch immer man den Anteil der Befragten bestimmt, die hinsichtlich ihrer Einstellungen als Kapitalismuskritiker einzustufen sind: Das Einstellungspotenzial ist erstaunlich groß (Tab. 2). Globalisierungskritik bildet fast schon einen festen Bestandteil der politischen Kultur in Deutschland (daher auch der geringe Ost-West-Unterschied), Antikapitalismus findet sich bei knapp einem Drittel der Befragten, und Kapitalismuskritik äußern rund 60 Prozent der Bundesbür-

35 Dieses Verfahren wird gelegentlich als willkürlich und daher als wissenschaftlich unzulässig kritisiert. Zu Unrecht. Denn jede Maßeinheit ist willkürlich festgesetzt. Infolge des ständigen und einheitlichen Gebrauchs des Metermaßes (nicht nur) hierzulande haben die Menschen eine ungefähre Vorstellung davon, um welche Distanz es sich handelt. Das Metermaß ist also problemlos kommunizierbar. Das trifft auf Instrumente zur Messung von Einstellungen nicht zu, zumal diesbezüglich selbst in der Wissenschaft Wildwuchs herrscht.

36 Als Zustimmung wurden die Werte 5 bis 7 gewertet.

37 Zur Itemstatistik siehe Tab. 1.

38 Kumuliert ergeben sich folgende Ergebnisse: Keinem Statement zugestimmt: 2%, 1 Statement zugestimmt: 8%, 2: 12%, 3: 13%, 4: 17%, 5: 17%, 6: 14%, 7: 10%, 8: 5%, allen 9 Statements zugestimmt: 2%.

ger. Diese Werte liegen deutlich über dem Rechtsextremismus-Potenzial³⁹: Nach der additiven Rechtsextremismus-Skala REXL mussten 2003 20 Prozent der Befragten als Rechtsextremisten eingestuft werden. Ebenso wie rechtsextreme Einstellungen sind auch alle Varianten der Kapitalismuskritik im Osten weiter verbreitet als im Westen⁴⁰, insbesondere Antikapitalismus findet sich im Osten doppelt so häufig wie im Westen. Dass die "Ossis" den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen kritischer gegenüber stehen als die "Wessis", ist bekannt. Dass knapp die Hälfte von ihnen den Kapitalismus ablehnt, ist angesichts der Erfahrungen mit dem "real existierenden Sozialismus" erstaunlich. Bemerkenswert ist auch die Tatsache, dass kapitalismuskritische, globalisierungskritische und antikapitalistische Einstellungen in erheblichem Umfang **auch in Westdeutschland** existieren. Wir haben es also keineswegs nur mit den Folgen des Systemwechsels sondern auch mit den sozioökonomischen und soziokulturellen Veränderungen in Folge der Globalisierung bzw. Denationalisierung zu tun. Dass die Ostdeutschen stärker zur Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik (Globalisierungskritik, Antikapitalismus) neigen als die Westdeutschen, dürfte auch daran liegen, dass sie beiden Effekten ausgesetzt sind.

	West	Ost	BRD
Kapitalismuskritiker	54	76	58
Globalisierungskritiker	76	85	78
Antikapitalisten	26	47	30

Wie aus der Korrelationsmatrix (Tab. 3) hervorgeht, variiert Kapitalismuskritik (konstruktionsbedingt) fast vollständig mit Globalisierungskritik und Antikapitalismus⁴¹. Antikapitalismus und Globalisierungskritik korrelieren dagegen nur ziemlich stark miteinander. Sie messen schließlich zwei

Tabelle 3: Korrelationsmatrix (r) der Indizes zur Kapitalismuskritik 2003

	KAPKRI	ANTIKAP	GLOKRI
KAPKRI	1	,783	,746
ANTIKAP	,783	1	,367
GLOKRI	,746	,367	1

Die Korrelationen sind auf dem Niveau von 0,01 (2-seitig) signifikant.

39 Zur Messung rechtsextremer Einstellungen siehe Anhang A2, S. 74 ff.

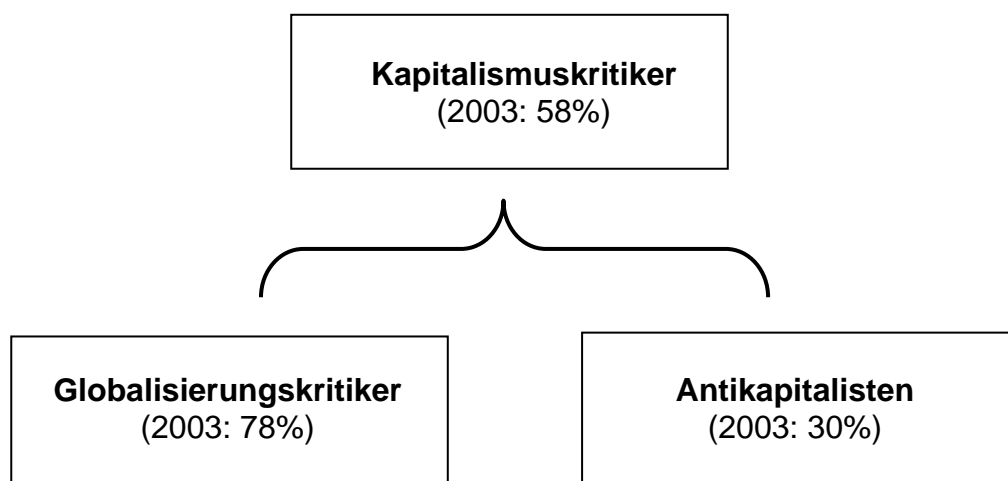
40 Generell gilt: Ostdeutschland einschl. Berlin-Ost, Westdeutschland einschl. Berlin-West.

41 Zur Beschreibung der Beträge des Korrelationskoeffizienten r siehe Anhang A1, S. 73.

verschiedene Aspekte von Kapitalismuskritik, und sie unterscheiden sich übrigens auch deutlich bezüglich ihres Zusammenhangs mit Drittvariablen.

Halten wir fest: Für die nachfolgenden Analysen wurden drei Begriffe bzw. Indizes gebildet:

- **Kapitalismuskritik** ist der **Oberbegriff**. Er umfasst alle kapitalismuskritischen Meinungen, egal, ob sie eine sozialistische Gesellschaft anstreben, den Kapitalismus ablehnen oder nur mit einzelnen Erscheinungsformen der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung unzufrieden sind. Der **Index** wurde aus neun Statements gebildet. Als **Kapitalismuskritiker** werden die Befragten bezeichnet, die einen Indexwert über dem arithmetischen Mittel erreichen. Als Synonyme verwenden wir auch "kapitalismuskritisches Potenzial" oder einfach nur "Kapitalismuskritik".
- **Globalisierungskritik** und **Antikapitalismus** stellen **Unterbegriffe** dar. Sie repräsentieren zwei (sehr) verschiedene Erscheinungsformen der Kapitalismuskritik: Beschwerden über die Praktiken des global agierenden Kapitals einerseits, Gegnerschaft zum Kapitalismus andererseits. Es handelt sich also um eine eher weiche (in der Bevölkerung weit verbreitete) und eine eher harte Kapitalismuskritik. Die beiden **Indizes** sind aus jeweils drei Statements gebildet, die auch Bestandteil des Index Kapitalismuskritik sind. Als **Globalisierungskritiker** bzw. **Antikapitalisten** gelten die Befragten, die einen Indexwert über dem arithmetischen Mittel aufweisen. Als Synonyme sind auch "globalisierungskritisches Potenzial" und "Globalisierungskritik" bzw. "antikapitalistisches Potenzial" und "Antikapitalismus" anzusehen.



b) Zum Zusammenhang von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen

Rechtsextreme Gruppierungen stoßen mit ihrer "volkssozialistischen" Propaganda auf ein erhebliches Potenzial an kapitalismuskritisch eingestellten Personen. Da vor allem diejenigen Kapitalismuskritiker Sympathien für rechtsextreme Angebote hegen dürften, deren Mentalität völkisch-nationalistisch geprägt ist, befassen wir uns nun mit den inhaltlichen Zusammenhängen und Überschneidungen von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen der Bevölkerung.

Dass beide Orientierungen miteinander positiv variieren, wurde bereits erwähnt. Die Rechtsextremismus-Skala REXL⁴² korreliert stark mit dem Index Kapitalismuskritik ($r = 0,406$) und mit dem Index Antikapitalismus ($r = 0,431$), aber nur schwach mit dem Index Globalisierungskritik ($r = 0,244$)⁴³. Das dürfte daran liegen, dass **Globalisierungskritik als "weiche" Form der Kapitalismuskritik** extrem weit in der Bevölkerung verbreitet ist und daher in keiner besonders engen Beziehung zu rechtsextremen (oder anderen speziellen politischen) Einstellungen steht⁴⁴. Bei Kapitalismuskritik (einschl. Globalisierungskritik und Antikapitalismus) handelt es sich also keineswegs um das Gegenteil von Rechtsextremismus. Zwischen beiden Orientierungen besteht vielmehr eine inhaltliche Konvergenz: **Rechtsextremisten neigen zu kapitalismuskritischem, Kapitalismuskritiker zu rechtsextremem Denken**. Selbst die beiden Variablen, von denen wir annehmen, dass sie noch am ehesten für eine sozialistische Gesellschaftsalternative stehen (SOZ_1 und SOZ_3), sind positiv mit REXL assoziiert, SOZ_1 (Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen) allerdings schwächer als SOZ_3 (Wirkliche Demokratie nur ohne Kapitalismus möglich)⁴⁵.

Wir werden nun der Frage nachgehen, ob sich Kapitalismuskritik mit speziellen Elementen des rechtsextremen Einstellungsmusters zu einem **neuartigen Syndrom** verbindet. Die eingangs erwähnte Literatur über die Gelegenheitsstrukturen des zeitgenössischen Rechtsextremismus legt die Schlussfolgerung nahe, dass Kapitalismuskritik vor allem mit Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und autoritären Ordnungsvorstellungen Hand in Hand geht.

Der Übersicht im Anhang A4 (S. 78 ff.) kann entnommen werden, dass die Indizes Kapitalismuskritik und Antikapitalismus mit den 30 Rechtsextremismus-Items zumeist schwach bis ziemlich stark korrelieren. Besondere Schwerpunkte sind nicht zu erkennen. Wie zu erwarten war, erweist sich Globalisierungskritik als relativ unabhängig von rechtsextremen Einstellungen. Auch wenn Kapitalismuskritik, Globalisierungskritik und Antikapitalismus mit den Rechtsextremismus-Indizes in Be-

42 Zur Messung rechtsextremer Einstellungen siehe Anhang A2, S. 74 ff.

43 Zur Beschreibung der Beträge des Korrelationskoeffizienten r siehe Anhang A1, S. 73. Die Koeffizienten sind in Anhang A3, S. 77 ausgewiesen.

44 Das zeigt sich deutlich bei dem Item SOZ_5 ("Die Ausplünderung der Dritten Welt durch die kapitalistischen Industriestaaten muss beendet werden"), das durchgängig auf Zustimmung stößt (also kaum über Varianz verfügt) und daher keine signifikante Korrelation mit der Rechtsextremismus-Skala aufweist (Anhang A3, S. 77).

45 Vgl. Anhang A3, S. 77.

ziehung gesetzt werden (Anhang A5, S. 81), treten keine erwähnenswerten Besonderheiten auf. Für Kapitalismuskritik und Antikapitalismus liegen durchgängig mittlere, für Globalisierungskritik schwache Koeffizienten vor. Kapitalismuskritische (globalisierungskritische, antikapitalistische) Haltungen sind also nicht mit einzelnen Dimensionen des rechtsextremen Einstellungsmusters besonders eng verknüpft. **Für die Annahme, rechtsextreme Einstellungen bei Kapitalismuskritikern (Globalisierungskritikern, Antikapitalisten) richteten sich primär im Sinne von "Standortnationalismus" oder "reaktivem Nationalismus" gegen die Folgen der Globalisierung, gegen Immigration und das international agierende Kapital, haben wir keine Belege gefunden.** Wenn sich kapitalismuskritische (globalisierungskritische, antikapitalistische) Orientierungen mit Rechtsextremismus verbinden, handelt es sich offenbar nicht vorrangig um fremdenfeindliche, wohlstandschauvinistische und nationalistische Abwehrhaltungen zur Sicherung des individuellen sozialen Status. Kapitalismuskritik (Globalisierungskritik, Antikapitalismus) variiert auch nicht besonders selten mit pro-nazistischen oder antisemitischen Einstellungen.

Um herauszufinden, ob Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik eine spezielle Beziehung eingehen, haben wir mittels verschiedener multivariater Verfahren den Versuch unternommen, aus einzelnen Statements zum Rechtsextremismus bzw. zur Kapitalismuskritik (SOZ-Variablen) ein halbwegs konsistentes und valides Instrument zur Messung von rechtsextremer Kapitalismuskritik zu entwickeln. Diese Bemühungen sind kläglich gescheitert. **Ein Einstellungsmuster, das für "deutschen", völkisch-nationalistischen Sozialismus oder dergleichen steht, konnte - jedenfalls mit den zur Verfügung stehenden Daten - nicht identifiziert werden.** Das gilt entsprechend für einen "Anti-Globalisierungs-Rechtsextremismus". Rechtsextreme Einstellungen lassen sich immer wieder zu statistisch reliablen und validen Mustern vereinigen. Das gilt jedoch nicht für kapitalismuskritische ("sozialistische") Einstellungen. Denn sie bilden im Bewusstsein der Befragten offenbar kein konsistentes Bündel, sondern ein Sammelsurium von verschiedenen Meinungen darüber, wie der wirtschaftliche und soziale Status quo zu beurteilen ist, was falsch läuft und worin gegebenenfalls die Alternative besteht. **Was wir hier als Kapitalismuskritik bezeichnen, trägt den Charakter einer allgemeinen Unzufriedenheit bzw. einer diffusen Protesthaltung, die sich mit den unterschiedlichsten Einstellungsmustern verbinden kann und daher ihren Niederschlag in allen politischen Lagern finden dürfte.**

c) Zum Zusammenhang von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen und autoritären Persönlichkeitsmerkmalen

Wie wir im zweiten Abschnitt dargelegt haben, gilt der autoritäre Charakter einigen Autoren als gemeinsames Merkmal, gelegentlich sogar als gemeinsame Quelle, von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. Andere Autoren sehen darin eher eine Brücke zwischen rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen.

Über die Ermittlung von Persönlichkeitseigenschaften, die sich mit einem Ich-schwachen Charakter verbinden, haben wir oben bereits das Nötigste ausgeführt⁴⁶. Umstritten ist, ob Autoritarismus Bestandteil des rechtsextremen Einstellungsmusters (also abhängige Variable) oder Ursache des Rechtsextremismus (also unabhängige Variable) ist.

"Wenn das Konstrukt Autoritarismus als unabhängige Variable tatsächlich einen Beitrag zur Erklärung von rechtsextremen Einstellungen und Orientierungsmustern liefern will, müssen die Operationalisierung der unabhängigen und der abhängigen Variable empirisch klar getrennt sein. Stellen jedoch die aktuellen Autoritarismusskalen eher Messungen von politischen Einstellungen dar, dann kann man sie nicht als Prädiktoren von rechtsextremen politischen Einstellungen verwenden, denn eine solche Erklärung wäre tautologisch und hätte keinerlei Informationsgehalt." (Seipel/Rippl/Kindervater 2000: 268)

Ein Autoritarismusmaß darf sich folglich nicht auf politische Orientierungen gründen. Daher sprechen wir bei der Konstruktion unserer Rechtsextremismus-Skalen auch nicht von autoritären Einstellungen, sondern von "Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur". Dieser Index soll autoritäre, rechtsgerichtete politische Ordnungsvorstellungen erfassen. Um eine Persönlichkeitseigenschaft zu messen, die als unabhängige Variable Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik erklärt, bedarf es eines völlig anderen Messkonzepts. Es sollte von hoher Allgemeinheit sein und sehr grundsätzliche Verhaltensregeln oder Bewertungsmaßstäbe thematisieren. Diese Anforderung erfüllt die Skala "Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem" (**ASKO**) von Siegfried Schumann (2001)⁴⁷. Wir haben dieses Instrument als Indikator für autoritäre Dispositionen ausgewählt, weil es klar definiert, plausibel begründet, einfach handhabbar und empirisch gründlich validiert ist. Daher stellt es einen wichtigen Beitrag zur Messung von autoritären Persönlichkeitseigenschaften dar.

"Eine Kernannahme ist den meisten theoretischen Ansätzen [der Autoritarismusforschung] gemein: 'autoritäre', 'dogmatische' oder 'konservative' Menschen neigen (zumindest ursprünglich) zu Ängstlichkeit, insbesondere in Situationen, die aus ihrer Sicht mit 'Ungewissheit' und Ambiguität verbunden sind - und sie neigen als 'Gegenreaktion' dazu, kognitive Orientierungssysteme zu entwickeln, die dazu beitragen, Ungewissheit und Ambiguität zu mindern." (Schumann 2001: 130, 132)

Als Gegenteil des autoritären, Ich-schwachen Charakters haben wir oben (Abschn. 2k) das autonome, selbstbewusste Individuum ermittelt. Als gewiss nicht optimaler Indikator steht uns dafür im Datensatz der Index "Internal Efficacy" (**EFFIINT**) zur Verfügung. Es misst das subjektive politische Kompetenzgefühl einer Person, also die Selbstzuschreibung von Fähigkeiten, politische Prozesse

46 Zum Forschungsstand siehe auch Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner (2004), Kap. A: 27 ff. u. Kap. D: 204 ff.

47 Anhang A6, S. 82.

erfolgreich zu beeinflussen (Vetter 2000). Wir verwenden dafür die Bezeichnung **"politisches Selbstbewusstsein"**⁴⁸.

ASKO und EFFIINT korrelieren erwartungsgemäß negativ miteinander ($r = -0,188$), zwar nur schwach, aber hochsignifikant: Umso selbstbewusster Personen sind, umso weniger verfügen sie über autoritäre Persönlichkeitseigenschaften. Aus Tabelle 4 geht hervor, dass ASKO zwar ziemlich stark bis stark⁴⁹ (positiv) mit Rechtsextremismus, aber nur kaum bzw. sehr schwach mit Kapitalismuskritik (KAPKRI, GLOKRI, ANTIKAP) korreliert. Autoritäre Persönlichkeitsmerkmale tragen zwar erheblich zur Erklärung von Rechtsextremismus, aber so gut wie nicht zur Erklärung von Kapitalismuskritik bei. Dasselbe gilt, mit negativem Vorzeichen und mit etwas schwächeren Zusammenhängen, für politisches Selbstbewusstsein: Es wirkt der Ausbreitung von Rechtsextremismus entgegen, beeinflusst die Entfaltung von kapitalismuskritischen Haltungen aber so gut wie nicht.

		Tabelle 4: Korrelationen (r) der ASKO-Skala und des politischen Selbstbewusstseins (EFFIINT) mit ausgewählten politischen Orientierungen 2003	
		ASKO	EFFIINT
DIKTA	Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur	,331	-,250
CHAU	Chauvinismus	,345	-,170
AUS	Ausländerfeindlichkeit	,393	-,183
SEM	Antisemitismus	,317	-,164
DARW	Darwinismus	,332	-,181
NS	Verharmlosung des Nationalsozialismus	,272	-,205
WOHL	Wohlstandschauvinismus	,354	-,180
REXL	Rechtsextremismus-Skala	,415	-,227
KAPKRI	Kapitalismuskritik	,109	-,079
GLOKRI	Globalisierungskritik	,044	*,025
ANTIKAP	Antikapitalismus	,134	-,153
LIRE	Links-Rechts-Selbsteinstufung	,170	*-,008

Alle Korrelationen sind hochsignifikant.
* nicht signifikant.

Auch darin sehen wir einen Beleg für unsere These, **dass es sich bei Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik um zwei verschiedene Einstellungsqualitäten handelt**. Da sich Kapitalis-

48 Siehe Anhang A7, S. 82.

49 Zur Beschreibung der Beträge des Korrelationskoeffizienten r siehe Anhang A1, S. S. 73.

muskritik nicht zu einem konsistenten Einstellungsmuster fügt, kann sie auch schwerlich durch Charaktermerkmale (ASKO, EFFIINT) gesteuert sein.

Damit steht unsere untersuchungsleitende These (siehe S. 36) auf schwachen Füßen. Wir haben es offenbar nicht mit zwei verschiedenen, sich überlappenden Einstellungsmustern und schon gar nicht mit einem neuen Syndrom ("völkisch-nationalistischer Sozialismus") zu tun. Denn bei Kapitalismuskritik handelt es sich schlicht um eine weit verbreitete diffuse Protesthaltung. Und damit erübrigt sich auch die Antwort auf die Frage, ob Autoritarismus die Vermittlung zwischen beiden Einstellungsmustern leistet. Bei der Ausarbeitung des Untersuchungskonzepts haben wir die Bedeutung des Autoritarismus für unsere Fragestellung offenbar völlig überschätzt.

d) Zur den Ursachen von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen

Zur Erklärung von Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und Antikapitalismus wurden 12 aussichtsreiche Variablen⁵⁰ ermittelt:

- autoritäre Persönlichkeitsmerkmale,
- politisches Selbstbewusstsein,
- Zustimmung zur Idee der Demokratie,
- Unzufriedenheit mit der Demokratie in der Bundesrepublik,
- Parteiverdrossenheit,
- politische Apathie,
- wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit,
- objektive Schichtzuordnung,
- Modernität des Arbeitsplatzes,
- Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses,
- Berufsprestige und
- Arbeitsunzufriedenheit.

Da für Globalisierungskritik nur in einem Fall (Parteiverdrossenheit) eine wenigstens schwache Korrelation⁵¹ ermittelt wurde (was aus den früher genannten Gründen auch nicht verwunderlich ist), wird dieser Index aus den folgenden Betrachtungen ausgeklammert. **Unsere pauschale Charakterisierung der Kapitalismuskritik als diffuse Protesthaltung trifft ganz besonders auf Globalisierungskritik zu.**

Die Korrelationskoeffizienten in Anhang A9 (S. 85) zeigen für rechtsextreme Einstellungen das gewohnte Bild: Das Ausmaß des Rechtsextremismus wächst vor allem mit der Zunahme von auto-

50 Siehe Anhang A8, S. 83 f.

51 Zur Beschreibung der Beträge des Korrelationskoeffizienten r siehe Anhang A1, S. S. 73.

ritären Persönlichkeitseigenschaften, mit der Ablehnung der Idee der Demokratie und mit abnehmender Schichtzugehörigkeit, dann aber auch mit zunehmender politischer Apathie, mit sinkendem Berufsprestige, mit wachsender Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, mit steigender Parteiverdrossenheit etc.

Während mit der Rechtsextremismus-Skala 11 der 12 Erklärungsfaktoren mindestens schwach korrelieren, gilt das beim Index Kapitalismuskritik nur für vier Erklärungsfaktoren: Parteiverdrossenheit, Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, objektive Schichtzuordnung und Arbeitsunzufriedenheit. Der Index Antikapitalismus schneidet besser ab: Mit ihm korrelieren neun der 12 Erklärungsfaktoren mindestens schwach⁵²: Vor allem Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, objektive Schichtzuordnung, Arbeitsunzufriedenheit, Ablehnung der Idee der Demokratie sowie wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit. Wie bereits erwähnt, besteht kein Zusammenhang zwischen den drei Indizes zur Kapitalismuskritik und Persönlichkeitsmerkmalen (ASKO, EFFIINT).

Gewissermaßen als Fußnote sei vermerkt, dass Kapitalismuskritik (KAPKRI, ANTIKAP) nicht nur mit der Unzufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland wächst, sondern auch mit der Ablehnung der Demokratie als Idee schlechthin. Die statistischen Zusammenhänge fallen zwar nur schwach aus, aber der antidemokratische Impetus ist unverkennbar. Die Befunde von Lipset sind also zu ergänzen: Kritik am Kapitalismus geht Hand in Hand mit der Kritik an der Demokratie.

Als gemeinsame Ursachen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik (KAPKRI, GLOKRI, ANTIKAP) erweisen sich grob gesagt Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Gegebenheiten sowie ein geringer sozialer Status. Das Kernproblem besteht also weniger in der objektiven materiellen Lage der Menschen, sondern in der subjektiven Verarbeitung des eigenen Status.

Die Erklärungskraft jedes einzelnen der 12 Faktoren im Kontext der übrigen 11 Faktoren lässt sich mittels Regressionsanalysen berechnen. Dominierende Einflussgrößen sind (nach Stärke geordnet) für

- die Skala **Rechtsextremismus**: Ablehnung der Demokratie als Idee, autoritäre Persönlichkeitseigenschaften und wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit;
- den Index **Kapitalismuskritik**: Parteiverdrossenheit, Arbeitsunzufriedenheit und Ablehnung der Demokratie als Idee;
- den Index **Antikapitalismus**: Ablehnung der Demokratie als Idee, Arbeitsunzufriedenheit und objektive Schichtzuordnung.

52 Darunter befinden sich allerdings keine starken oder ziemlich starken Zusammenhänge.

Als Antipoden erweisen sich damit Rechtsextremismus und Antikapitalismus. Beiden gemeinsam ist Demokratiefeindschaft. Beim Rechtsextremismus verbindet sie sich mit Autoritarismus und wirtschaftlich-sozialer Unzufriedenheit, bei Antikapitalismus mit Arbeitsunzufriedenheit und Schichtzuordnung. Bei der Interpretation des Unterschieds ist zu bedenken, dass die 12 Faktoren 35,5 Prozent der Varianz der Rechtsextremismus-Skala, aber nur 19,3 Prozent der Varianz des Index Antikapitalismus aufklären. **Sehr grob gesagt besteht der Unterschied darin, dass Rechtsextremismus stärker durch Charaktermerkmale, Antikapitalismus stärker durch den sozialen Status geprägt ist.**

e) Zur Bedeutung des Links-Rechts-Schemas

Nun widmen wir uns der Frage, ob sich der Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik im Licht des Links-Rechts-Schemas⁵³ differenzierter darstellt. Nach herrschender Lehre lässt sich die "generelle politische Orientierung" einer Person besonders gut anhand der Selbstplatzierung auf einer Links-Rechts-Skala bestimmen (Küchler 1996: 259). Fuchs und Kühnel bezeichnen das Links-Rechts-Schema daher als ein "Super-Issue":

"Das Links/Rechts-Schema ist ein effizienter Mechanismus der Vereinfachung komplexer politischer Sachverhalte durch symbolische Generalisierung. Die Herausbildung solcher abstrakter Mechanismen ist vor allem in differenzierten politischen Systemen ein funktionales Erfordernis zur Orientierung und Kommunikation der Bürger in der politischen Welt." (Fuchs/Kühnel 1987: 217)

Was aber bedeuten Rechts und Links? In der Literatur findet sich keine klare Antwort auf diese Frage. Nach Fuchs und Klingemann (1990) hat das Schema eine Vielzahl von Bedeutungen, die stark von den vorherrschenden Konflikten in einer Gesellschaft abhängen. In Westeuropa seien diese Konflikte hauptsächlich sozialstruktureller und religiöser Natur. Da es sich bei der ideologischen Selbstidentifikation um ein hoch generalisiertes Konzept handele, biete die Literatur eine Fülle von "theories about the irrelevance, persistence, transformation and pluralisation of the meaning of left and right" (Knutsen 1995: 63). Gleichwohl würde man nach dem herkömmlichen Verständnis der politischen Geografie erwarten, dass sich Kapitalismuskritiker, Globalisierungskritiker und erst recht Antikapitalisten politisch-ideologisch eher links, Rechtsextremisten eher rechts einstufen. Die Links-Rechts-Skala (LIRE) sollte daher mit den Statements und Indizes zur Kapitalismuskritik negativ, mit den Rechtsextremismus-Indizes bzw. mit der Rechtsextremismus-Skala positiv korrelieren.

53 Die Links-Rechts-Selbsteinstufung (LIRE) wurde in der hier verwendeten Umfrage wie üblich mit folgender Frage erhoben: "Viele Leute verwenden die Begriffe Links und Rechts, wenn es darum geht, unterschiedliche Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala zwischen 1 und 10 einstufen? 1 bedeutet links, und 10 bedeutet rechts". Die Skala hat einen Wertebereich von 1 bis 10. Für Tabellen wurde eine Kurzfassung erzeugt: Links (Werte 1-3), Mitte-Links (Werte 4-5), Mitte-Rechts (Werte 6-7), Rechts (Werte 8-10).

Aus Anhang A3 (S. 77) kann entnommen werden, dass die Indizes zur Kapitalismuskritik de facto nicht mit der Links-Rechts-Skala korrelieren. Zwischen Rechtsextremismus und der ideologischen Selbstidentifikation besteht dagegen eine fast mittlere, positive Assoziation, wie Anhang A5 (S. 81) berichtet. Was immer mit der Links-Rechts-Skala im Einzelnen gemessen wird: Kapitalismuskritische Einstellungen werden von ihr überhaupt nicht, rechtsextreme Einstellungen immerhin in mäßigem Umfang erklärt. **Kapitalismuskritik ist also nicht nur kein Alleinstellungsmerkmal der Linken. Mehr noch: Wer sich heute links einordnet, folgt nicht notwendigerweise kapitalismuskritischen Überlegungen, und wer sich rechts verortet, pflegt nicht unbedingt rechtsextremeres Gedankengut.**

Da die Links-Rechts-Selbsteinstufung keinen Einfluss auf Kapitalismuskritik ausübt, könnte vermutet werden, dass die starke positive Korrelation zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik abhängig von der Position der Befragten auf der Links-Rechts-Skala ist, dass bei der Linken Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik negativ korrelieren, dafür aber in der Mitte und bei der Rechten sehr starke positive Zusammenhänge bestehen. Dies trifft jedoch nicht zu. Zwar wird die Verbindung zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik immer enger, je weiter rechts sich die Befragten auf dem Links-Rechts-Kontinuum einstufen, aber auch bei der Linken sind schwache bis ziemlich starke positive Korrelationen zu verzeichnen.

Mit anderen Worten: Das Links-Rechts-Schema trägt nicht zur Abgrenzung von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik bei. Das liegt nicht an der Erklärungskraft der Links-Rechts-Skala. Vielmehr bestätigen auch diese Befunde, dass es sich bei der Kapitalismuskritik um eine diffuse Protesthaltung handelt, die sich in allen politisch-ideologischen Richtungen findet.

f) Schnittmengen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik

Zur Erinnerung: 2003 waren 20 Prozent der Bevölkerung rechtsextrem, 58 Prozent kapitalismuskritisch, 78 Prozent globalisierungskritisch und 30 Prozent antikapitalistisch eingestellt. Wegen der unterschiedlichen Gruppengrößen lassen sich die Überschneidungsbereiche auf die Anzahl der Rechtsextremisten und auf die Anzahl der Kapitalismuskritiker prozentuieren. Als **Schnittmengen** bezeichnen wir die Befragten, die sowohl rechtsextreme als auch kapitalismuskritische (globalisierungskritische, antikapitalistische) Orientierungen aufweisen. Die Potenziale können der Übersicht auf der folgenden Seite entnommen werden.

Wenn die Rechtsextremisten zum Ausgangspunkt der Betrachtung gemacht werden, dann zeigt sich, dass die rechtsextremen Organisationen mit ihren volkssozialistischen Ideen auf erhebliche Resonanz bei ihren Adressaten stoßen: Rund 90 Prozent der rechtsextrem eingestellten Personen verfügen auch über kapitalismuskritische bzw. globalisierungskritische Orientierungen, und immer-

hin noch die Hälfte von ihnen weist antikapitalistische Haltungen auf. Umgekehrt wird aber auch deutlich, dass sich die vorhandene Kapitalismuskritik nur teilweise mit rechtsextremem Denken verbindet: Das gilt für 30 Prozent der Kapitalismuskritiker, für 24 Prozent der Globalisierungskritiker und für 38 Prozent der Antikapitalisten. **Rechtsextremisten sind also zumeist auch kapitalismuskritisch orientiert, während Kapitalismuskritiker wesentlich seltener zum Rechtsextremismus neigen.**

Die **tatsächlichen Schnittmengen** betragen bei der rechtsextremen Kapitalismuskritik 17 Prozent, bei der rechtsextremen Globalisierungskritik 18 Prozent und beim rechtsextremen Antikapitalismus 11 Prozent.

Überschneidungsbereiche und Schnittmengen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik 2003

2003 waren

85 Prozent der Rechtsextremisten **kapitalismuskritisch** eingestellt,
91 Prozent der Rechtsextremisten **globalisierungskritisch** eingestellt und
54 Prozent der Rechtsextremisten **antikapitalistisch** eingestellt.

Umgekehrt waren

30 Prozent der **Kapitalismuskritiker** rechtsextrem eingestellt,
24 Prozent der **Globalisierungskritiker** rechtsextrem eingestellt und
38 Prozent der **Antikapitalisten** rechtsextrem eingestellt.

Schnittmengen:

Rechtsextreme Kapitalismuskritik fand sich bei 17 Prozent der Befragten,
rechtsextreme Globalisierungskritik fand sich bei 18 Prozent der Befragten und
rechtsextremer Antikapitalismus fand sich bei 11 Prozent der Befragten.

Nun vergleichen wir das rechtsextreme Einstellungspotenzial, das kapitalismuskritische Einstellungspotenzial und die Schnittmenge von beiden, also die rechtsextremen Kapitalismuskritiker, anhand von ausgewählten sozialstrukturellen Merkmalen⁵⁴. Hier die wesentlichen Ergebnisse:

- Frauen neigen stärker zu Rechtsextremismus und etwas stärker zu Kapitalismuskritik als Männer. Rechtsextreme Kapitalismuskritik findet sich bei Frauen sogar anderthalb Mal so häufig wie bei Männern. Der Geschlechterunterschied gilt eher für den Westen als für den Osten.
- Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik nehmen mit wachsendem Alter zu, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß: Über die vier ausgewiesenen Altersgruppen⁵⁵ wächst das Rechtsextremismuspotenzial von 12 Prozent auf 36 Prozent und das Potenzial der rechtsextremen Kapitalismuskritiker von 10 Prozent auf 30 Prozent, was in beiden Fällen eine Verdreifachung bedeutet. Der Anteil der Kapitalismuskritiker nimmt nur von 53 Prozent auf 66 Prozent zu. Jedenfalls sind junge Leute nicht besonders anfällig für die hier betrachteten politischen Orientierungen.
- Bei den Erwerbs- bzw. Berufsgruppen verzeichnen die Arbeitslosen, die einfachen Arbeiter und die Rentner bei allen der politischen Orientierungen überdurchschnittliche Prozentwerte. Nahezu immun gegen Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik sind die Beamten und die verantwortlichen Angestellten. Für rechtsextreme Kapitalismuskritik haben auch die Selbständigen keinen Sinn.
- Wenn die Befragten nach Bildung und Einkommen in drei Schichten eingeteilt werden, erweist sich die Unterschicht als besonders aufgeschlossen für Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik. Die Mittelschicht verzeichnet bei beiden Orientierungen unterdurchschnittliche Ergebnisse, und die Oberschicht ist kaum anfällig für Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik.

Zusammenfassend lässt sich Folgendes feststellen:

Erstens: Wie Rechtsextremismus finden sich auch Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik **in Ostdeutschland wesentlich häufiger als in Westdeutschland**. Das gilt bis auf wenige Ausnahmen für alle hier betrachteten sozialstrukturellen Merkmale. Die Erfolgchancen des organisierten Rechtsextremismus sind also im Osten besser als im Westen. Das liegt - wie erwähnt - daran, dass die Ostdeutschen nicht nur den Folgen der Globalisierung sondern auch denen des Systemwechsels ausgesetzt sind. Die Ost-West-Unterschiede sind quantitativer aber nicht qualitativer Natur, die Strukturmerkmale und die Ursachen sind in beiden Landesteilen weit hin deckungsgleich.

54 Tabellen im Anhang A10 bis A12, S. 86 ff.

55 16-24, 25-44, 45-64 und älter als 64 Jahre.

Zweitens: Wie immer der soziale Status einer Person bestimmt wird, ob mittels der objektiven Schichteinstufung oder nach sozialstrukturellen Merkmalen: **Sowohl beim Rechtsextremismus als auch bei der rechtsextremen Kapitalismuskritik handelt es sich überwiegend um ein Unterschichtenphänomen.** Anfällig sind vor allem Personen mit einem problematischen Sozialen Status. Dies gilt nicht für Kapitalismuskritik, die zwar ebenfalls in der Oberschicht den geringsten Prozentsatz aufweist. Aber fast die Hälfte der Oberschicht besteht aus Kapitalismuskritikern!

Drittens: Abgesehen einmal davon, dass kapitalismuskritische Einstellungen in allen hier betrachteten Gruppen deutlich stärker ausgeprägt sind als rechtsextreme Einstellungen und mithin auch nicht so stark polarisieren wie diese, unterscheidet sich die Sozialstruktur von Rechtsextremisten und Kapitalismuskritikern nicht prinzipiell. Das dürfte vor allem darauf beruhen, dass beide - wie bereits dargestellt - über **gemeinsame Ursachen** verfügen: Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen sowie ein geringer sozialer Status. Zwar neigt derzeit nur knapp ein Drittel der Kapitalismuskritiker zum Rechtsextremismus. Aber das muss nicht so bleiben. Wenn

"ein überwältigender Kapitalismus nicht in der Lage ist, soziale Integration zu sichern, geschweige denn soziale Kohäsion zu erzeugen, die wesentliche Voraussetzungen friedvollen Zusammenlebens in einer Gesellschaft mit ihren Mehrheiten und Minderheiten, starken und schwachen Gruppen darstellen" (Heitmeyer 2006: 17),

dann dürfte der organisierte Rechtsextremismus gute Expansionschancen haben. Denn die gemeinsamen Ursachen und Strukturmerkmale von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen bieten den rechtsextremen Organisationen vor allem dann weitere Anknüpfungspunkte, wenn in Folge von fortschreitender Desintegration die Hinwendung zu völkisch-nationalistischen Vorstellungen innerhalb des kapitalismuskritischen Potenzials zunimmt.

Viertens: Die Prozentanteile für die einzelnen sozialstrukturellen Merkmale stimmen bei den Rechtsextremisten und bei den rechtsextremen Kapitalismuskritikern grosso modo überein. **Das rechtsextreme Einstellungspotenzial ist fast vollständig mit kapitalismuskritischen Orientierungen verbunden**, und zwar über alle sozialen Gruppen hinweg. Nur eine, quantitativ bedeutungslose, Gruppe macht eine Ausnahme: die Selbständigen. Das bedeutet, dass die besitzbürgerlich-mittelständischen Kräfte im Bereich des organisierten Rechtsextremismus - insbesondere bei der DVU und den Republikanern, aber auch in Teilen der West-NPD - kaum auf Resonanz bei ihrer Basis stoßen dürften. **Das NPD-Konzept eines völkisch-nationalistischen Antikapitalismus bzw. Sozialismus trifft dagegen exakt die (Protest-) Stimmung ihrer Adressaten.**

Dass es sich bei der Kapitalismuskritik um eine diffuse Protesthaltung handelt, die sich in allen politisch-ideologischen Lagern findet, zeigt sich besonders bei der **Wahlabsicht** der Befragten (Anhang A13, S. 89): Kapitalismuskritische Orientierungen wiesen 2003 (mit Ausnahme der

FDP⁵⁶) über die Hälfte der Anhänger aller Bundestagsparteien auf. Den größten Anteil verzeichnete die PDS mit 80 Prozent. Selbst bei den Unionsparteien machten die Kapitalismuskritiker 52 Prozent, im Osten sogar 70 Prozent aus. Die Kombination von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen fand sich bundesweit am häufigsten bei den Nichtwählern (22%), gefolgt von den Anhängern der CDU/CSU (20%) und denen der SPD (18%). Das entspricht ungefähr - wiederum mit Ausnahme der FDP - der Belastung der Parteianhänger mit Rechtsextremisten. Entgegen anders lautenden Vermutungen findet sich die Mischung von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Haltungen bei den PDS-Anhängern nicht besonders häufig (13%).

Da die Fallzahlen für die Wahlabsicht zugunsten rechtsextremer Parteien sehr gering sind, wird als Indikator für die Nähe zu diesen Parteien die Wahlbereitschaftsfrage⁵⁷ herangezogen. Danach bestand 2003 etwa die Hälfte der potenziellen Rechtsaußenwähler aus Rechtsextremisten bzw. aus rechtsextremen Kapitalismuskritikern. Der Anteil der Kapitalismuskritiker betrug sogar 73 Prozent.

Bislang haben wir rechtsextreme und kapitalismuskritische Einstellungen und die Schnittmenge aus beiden, eben rechtsextreme Kapitalismuskritik, miteinander verglichen. Abschließend werden wir rechtsextreme Kapitalismuskritik mit einer anderen Schnittmenge, nämlich mit rechtsextremem Antikapitalismus, vergleichen. Beide Schnittmengen unterscheiden sich deutlich: Während rechtsextreme Kapitalismuskritik alle Rechtsextremisten einschließt, die irgendwelche Vorbehalte gegenüber dem Kapitalismus hegen, umfasst rechtsextremer Antikapitalismus nur die Rechtsextremisten, die den Kapitalismus ablehnen und teilweise sogar sozialistische Neigungen aufweisen. Rechtsextreme Antikapitalisten stehen dem Kapitalismus also wesentlich distanzierter gegenüber als rechtsextreme Kapitalismuskritiker, sie sind besonders systemfeindlich eingestellt. Ihr Anteil an den Befragten beträgt 11 Prozent, der der Kapitalismuskritiker 18 Prozent.

Aus Anhang A14 (S. 90) ist zu entnehmen, dass zwischen beiden Gruppen zwar ein quantitativer, aber kein qualitativer Unterschied besteht: Frauen sind anfälliger als Männer, Arbeitslose, einfache Arbeiter und Rentner sind jeweils überproportional vertreten, und in beiden Fällen handelt es sich überwiegend um ein Unterschichtenphänomen. Rechtsextreme Kapitalismuskritiker und rechtsextreme Antikapitalisten sind besonders häufig unter den Nichtwählern (22% bzw. 17%) und unter den Anhängern der beiden Großparteien zu finden: CDU/CSU 20 Prozent bzw. 10 Prozent; SPD 18 Prozent bzw. 14 Prozent (Anhang A15, S. 91). Bei den rechtsextremen Kapitalismuskritikern ist die Union die Mehrheitspartei, bei den rechtsextremen Antikapitalisten die SPD (Anhang A16, S. 92). Rund 70 Prozent beider Gruppen optieren für CDU/CSU oder SPD, knapp ein Fünftel sind Nichtwähler. Bemerkenswert ist, dass in beiden Gruppen die Präferenz für sonstige Parteien (dazu

56 In Ostdeutschland waren allerdings 52 Prozent der FDP-Anhänger kapitalismuskritisch eingestellt.

57 "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?"

zählen die rechtsextremen Parteien) mit zwei Prozent außerordentlich gering ist. Allerdings kann sich jeweils ein Viertel vorstellen, auch einmal eine rechtsextreme Partei zu wählen. Dass beide Gruppen - wenn auch in unterschiedlicher Gewichtung - über das gesamte politisch-ideologische Spektrum streuen, berichtet Anhang A17 (S. 93): Von den Befragten, die sich selbst links einstufen, sind 11 Prozent rechtsextreme Kapitalismuskritiker und sieben Prozent rechtsextreme Antikapitalisten. Bei der Rechten fallen die Anteile jeweils drei Mal so hoch aus (32% bzw. 21%), und in der Mitte betragen sie 17 Prozent bzw. 11 Prozent.

Aus dem Befund, dass etwa jeweils 70 Prozent der rechtsextremen Kapitalismuskritiker und der rechtsextremen Antikapitalisten bei Wahlen die beiden Volksparteien präferieren und dass ihre Wahlabsicht zugunsten der rechtsextremen Parteien minimal ist, ziehen wir die Schlussfolgerung, **dass Personen mit rechtsextremen Einstellungen immer noch weithin in das demokratische Parteiensystem integriert sind.** Dabei ist allerdings zu bedenken, dass Rechtsextremisten ihre tatsächliche Wahlabsicht in Umfragen nur selten offenbaren. Daher dürfte es sich kaum um einen Zufall handeln, dass die Prozentangaben für Unentschiedene und Nichtwähler bei beiden Gruppen (24% bzw. 25%) nahezu exakt mit ihrer Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien übereinstimmen (23% bzw. 26%). Auf die wahlberechtigte Bevölkerung umgerechnet handelt es sich bei den rechtsextremen Kapitalismuskritikern um 3,1 Prozent und bei den rechtsextremen Antikapitalisten um 2,3 Prozent. **Betrachtet man die rechtsextremen Kapitalismuskritiker und die rechtsextremen Antikapitalisten mit Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien als ihren harten Wählerkern, dann betrug der rechtsextreme Wähleranhang 2003 bundesweit zwischen zwei und etwas über drei Prozent.** Betrachtet man nur die rechtsextremen Antikapitalisten (unabhängig von ihrer Wahlbereitschaft) als Mobilisierungsreservoir, dann erhöhen sich die Wahlchancen des Rechtsextremismus für 2003 auf bis zu 11 Prozent. **Folgt man dieser Modellrechnung, dann hängen rechtsextreme Wahlergebnisse in erster Linie davon ab, in welchem Umfang sich rechtsextreme Einstellungen mit kapitalismuskritischen Protest verbinden und inwieweit es den demokratischen Parteien gelingt, die Ursachen für rechtsextreme Kapitalismuskritik zu beseitigen bzw. erkennbar einzudämmen.**

g) Schnittmengen von Demokratie und Kapitalismuskritik

Im Interesse der politischen Ausgewogenheit werden wir uns zum Schluss noch mit der Kategorie "demokratischer Sozialismus" befassen. Ursprünglich glaubten wir, dass es sich beim Sozialismus, ebenso wie beim Rechtsextremismus, um ein konsistentes Einstellungsmuster handelt. Weiterhin nahmen wir an, dass ein Überschneidungsbereich zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus existiert, in dem sich ein neues Einstellungssyndrom ("völkisch-nationalistischer Sozialismus") herausgebildet hat, dessen sozialistische Anteile als "pseudosozialistisch" charakterisiert und gegen

einen demokratischen Sozialismus abgegrenzt wurden. Dass Sozialismus positiv mit rechtsextremen und negativ mit demokratischen Einstellungen korreliert, schloss unserer Meinung nach nicht aus, dass Schnittmengen zwischen Sozialismus und Demokratie bestehen und dass dieser demokratische Sozialismus negativ mit Rechtsextremismus variiert. Jetzt wissen wir, dass diese Ausgangsvermutungen in mehrfacher Hinsicht unzutreffend sind: Erstens gibt es gar kein sozialistisches Einstellungsmuster (jedenfalls konnten wir keines ermitteln). Was wir mit den Sozialismus-Statements gemessen haben, hat sich zweitens als diffuse kapitalismuskritische Protesthaltung entpuppt. Daher ließ sich drittens auch kein "völkisch-nationalistischer Sozialismus" im Sinne eines konsistenten Syndroms identifizieren. Wir haben es nach wie vor mit dem bekannten rechtsextremen Einstellungsmuster zu tun. Neu ist lediglich, dass fast alle Rechtsextremisten kapitalismuskritische Auffassungen vertreten. Daraus folgt viertens, dass wir lediglich herausfinden können, inwieweit sich Kapitalismuskritik mit demokratischen Orientierungen verbindet. **Es geht also um die Potenzialbestimmung von demokratischer Kapitalismuskritik, demokratischer Globalisierungskritik und demokratischem Antikapitalismus.**

Tabelle 5: Schnittmengen von Demokratie und Kapitalismuskritik nach Gebiet 2003 (%)			
	Generalisierte Akzeptanz der Demokratie		
	sehr stark	stark	zusammen
Kapitalismuskritiker			
BRD	42	29	71
West	45	27	72
Ost	33	36	69
Globalisierungskritiker			
BRD	48	29	77
West	51	27	78
Ost	35	36	71
Antikapitalisten			
BRD	34	32	66
West	36	29	65
Ost	28	37	65

Demokratische Orientierungen messen wir mit der Variable "Generalisierte Akzeptanz der Demokratie". Befragte, die sich "sehr für die Idee der Demokratie" ausgesprochen haben, bezeichnen

wir als "sehr stark demokratisch eingestellt", Befragte, die "ziemlich für die Idee der Demokratie" waren, bezeichnen wir als "stark demokratisch eingestellt"⁵⁸.

Tabelle 5 weist aus, dass rund drei Viertel der Kapitalismuskritiker bzw. der Globalisierungskritiker sehr stark bzw. stark demokratisch eingestellt sind. Das gilt entsprechend für zwei Drittel der Antikapitalisten. Die durch Kritik am Kapitalismus gekennzeichnete Protesthaltung ist mithin überwiegend demokratisch fundiert⁵⁹. Während die drei Varianten rechtsextremer Kapitalismuskritik in Ostdeutschland stärker vertreten sind als in Westdeutschland, besteht bei den drei Varianten demokratischer Kapitalismuskritik kein Ost-West-Unterschied. Der macht sich erst bemerkbar, wenn zwischen sehr starken und starken demokratischen Orientierungen differenziert wird. Sehr stark demokratisch ausgerichtete Kapitalismuskritiker (Globalisierungskritiker, Antikapitalisten) finden sich eher unter den Westdeutschen, "nur" stark demokratisch geprägte Kapitalismuskritiker (Globalisierungskritiker, Antikapitalisten) finden sich eher unter den Ostdeutschen.

Fazit: Kritik am bzw. Gegnerschaft zum Kapitalismus geht zumeist Hand in Hand mit der Zustimmung zur Idee der Demokratie. Die Verknüpfung mit rechtsextremen Einstellungen findet dagegen vergleichsweise selten statt.

5. Ergebnis und Diskussion

Unsere untersuchungsleitende These behauptet, dass sich unter dem Eindruck von sozialem Wandel und Globalisierung bzw. Denationalisierung und den daraus erwachsenden (durch neoliberale Politik noch verstärkten) sozioökonomischen und soziokulturellen Problemen im Grenzbereich von rechtsextremen und sozialistischen Einstellungen ein neues Einstellungsmuster ("völkisch-nationalistischer Sozialismus") herausgebildet hat, das die Grundlage für die neuerlichen Erfolge des organisierten Rechtsextremismus bildet. Als Verbindungsglied zwischen Rechtsextremismus und Sozialismus vermuteten wir autoritäre Persönlichkeitsmerkmale. Die empirischen Analysen (Umfragedaten aus dem Jahr 2003) bestätigen diese Annahmen nur teilweise:

- Aus den zehn zur Verfügung stehenden Sozialismus-Statements lässt sich kein konsistentes Einstellungsmuster destillieren. Da wir schon früher mit teilweise anderen Statements dieselbe Erfahrung gemacht haben, gehen wir davon aus, dass es sich beim Sozialismus, anders als beim Rechtsextremismus, nicht um ein Einstellungssyndrom handelt. Weiterhin sind wir zu der Überzeugung gelangt, dass wir mit den Statements gar nicht Sozialismus sondern Kapitalis-

58 Die dritte zustimmende Antwortvorgabe ("etwas für die Idee der Demokratie") wird nicht berücksichtigt. Vgl. Anhang A8, S. 83.

59 Dass viele Kapitalismuskritiker (Globalisierungskritiker, Antikapitalisten) unzufrieden mit der Performanz der Demokratie in Deutschland sind, ist in diesem Zusammenhang ohne Bedeutung.

muskritik messen und dass es sich dabei um eine diffuse Protesthaltung handelt, die für diverse Unzufriedenheiten mit den bestehenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik steht.

- Für die folgenden Analysen haben wir zunächst aus neun der zehn Sozialismus-Statements den Index **Kapitalismuskritik** gebildet. Weiterhin wurden jeweils drei Statements ausgekoppelt und zu den Indizes **Globalisierungskritik** und **Antikapitalismus** zusammengefügt. Der Index Antikapitalismus kommt dem, was wir unter Sozialismus verstehen, noch am nächsten. Kapitalismuskritik ist mithin der Oberbegriff, Globalisierungskritik und Antikapitalismus stellen Unterbegriffe dar. Wenn nur von Kapitalismuskritik die Rede ist, dann sind die beiden Unterbegriffe eingeschlossen.
- Kapitalismuskritik fand sich 2003 bei 58 Prozent der Befragten (West: 54%, Ost: 76%), Globalisierungskritik äußerten 78 Prozent (West: 76%, Ost: 85%), und der Anteil der Antikapitalisten betrug 30 Prozent (West: 26%, Ost: 47%). Rechtsextreme Einstellungen hatten 20 Prozent der Deutschen (West: 18%, Ost: 27%). Welche Variante auch immer betrachtet wird: Kapitalismuskritische Haltungen sind wesentlich weiter verbreitet als rechtsextreme Einstellungen. Wie diese sind auch die drei Varianten der Kapitalismuskritik im Osten deutlich häufiger anzutreffen als im Westen. Denn die Ostdeutschen sind mit den Folgen einer doppelten Umbruchsituation konfrontiert: Globalisierung und Systemwechsel.
- Die drei Indizes zur Kapitalismuskritik korrelieren positiv mit der Rechtsextremismus-Skala. Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik bilden also nicht etwa einen Gegensatz, sie sind durchaus miteinander vereinbar: Rechtsextremisten neigen zu kapitalismuskritischem, Kapitalismuskritiker zu rechtsextremem Denken. (Nota bene: Das gilt auch für den Index Antikapitalismus.)
- Allerdings ist der Versuch gescheitert, aus Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik ein halbwegs reliables und valides Instrument zur Messung eines "völkisch-nationalistischen Sozialismus" zu konstruieren. Ein Einstellungsmuster, das im Sinne der rechtsextremen Ideologie für deutschen, völkischen oder für Volkssozialismus steht, existiert in der Realität offenbar nicht. Das dürfte daran liegen, dass es sich bei Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik um zwei verschiedene Einstellungsqualitäten handelt: Während Rechtsextremismus alle Bedingungen eines in sich geschlossenen Einstellungsmusters erfüllt, stellt Kapitalismuskritik eine diffuse Protesthaltung dar, die nicht an eine bestimmte Weltanschauung gebunden ist. Das schließt nicht aus, dass zwischen beiden eine statistische Schnittmenge besteht, aber diese Schnittmenge steht eben nicht für ein neuartiges Überzeugungssystem sondern für Rechtsextremisten, die kapitalismuskritische Auffassungen vertreten.

- Bilden Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik auch zwei unterschiedliche Einstellungsqualitäten, so müssen sie doch durch Drittvariablen (Determinanten) miteinander verbunden sein, denn sonst würden sie nicht positiv miteinander korrelieren. Als Gemeinsamkeiten haben wir Unzufriedenheit mit den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen in der Bundesrepublik sowie einen geringen bzw. problematischen sozialen Status ermittelt. Die Ursachenanalyse förderte aber auch Unterschiede zu Tage. Besonders erwähnenswert erscheint uns, dass zwar Rechtsextremismus aber nicht Kapitalismuskritik durch autoritäre Persönlichkeitseigenschaften geprägt ist. Autoritarismus stellt also entgegen unseren Ausgangsvermutungen kein Bindeglied zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik dar. Grob gesagt besteht der Unterschied darin, dass Rechtsextremismus stärker durch Persönlichkeitsmerkmale, Kapitalismuskritik (insbesondere Antikapitalismus) stärker durch den sozialen Status erklärt wird.
- Entscheidend für die Entwicklung von rechtsextremen bzw. kapitalismuskritischen Einstellungen ist also nicht der objektive soziale Status, sondern die subjektive Verarbeitung der sozialen Lage, also die politischen Konsequenzen, die daraus gezogen werden. Diese hängen im Falle des Rechtsextremismus, nicht aber bei der Kapitalismuskritik, mit autoritären Charaktermerkmalen zusammen. Ob es sich beim Autoritarismus um eine durch Kontextfaktoren ausgelöste Reaktion oder um in der frühkindlichen Sozialisation erworbene Charakterdispositionen handelt, kann mit unseren Daten nicht beantwortet werden.
- Mittels der Links-Rechts-Selbsteinstufung lassen sich Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik nicht gegeneinander abgrenzen. Denn Kapitalismuskritik ist kein Alleinstellungsmerkmal der Linken. Wer sich heute links einordnet, folgt nicht notwendigerweise kapitalismuskritischen Überlegungen, und wer sich rechts einstuft, pflegt nicht notwendigerweise rechtsextremes Gedankengut. Dass Kapitalismuskritik nicht mit der ideologischen Selbstverortung korreliert, zeigt einmal mehr, dass es sich dabei nicht um eine politisch gerichtete Orientierung, sondern um eine Protesthaltung handelt.
- Nun zu den Überschneidungsbereichen und Schnittmengen von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik: 2003 waren 85 Prozent der Rechtsextremisten kapitalismuskritisch, 91 Prozent globalisierungskritisch und 54 Prozent antikapitalistisch eingestellt. Über rechtsextreme Orientierungen verfügten 30 Prozent der Kapitalismuskritiker, 24 Prozent der Globalisierungskritiker und 38 Prozent der Antikapitalisten. Rechtsextremisten sind also zumeist auch kapitalismuskritisch geprägt, während Kapitalismuskritiker wesentlich seltener zum Rechtsextremismus neigen (die überwiegende Mehrheit akzeptiert die Demokratie). Als Schnittmengen bezeichnen wir die Befragten, die sowohl rechtsextreme als auch kapitalismuskritische (globalisierungskritische, antikapitalistische) Einstellungen aufweisen. Rechtsextreme Kapitalismuskritik fand sich

bei 17 Prozent, rechtsextreme Globalisierungskritik bei 18 Prozent und rechtsextremer Antikapitalismus bei 11 Prozent der Befragten.

- Die vergleichende Betrachtung des rechtsextremen Einstellungspotenzials, des kapitalismuskritischen Einstellungspotenzials und der Schnittmenge von beiden, also der rechtsextremen Kapitalismuskritiker, ergibt folgendes Bild:
 - Alle drei Beobachtungsobjekte finden sich im Osten wesentlich häufiger als im Westen.
 - Rechtsextremisten und rechtsextreme Kapitalismuskritiker stimmen in Bezug auf ihre sozialstrukturellen Merkmale weithin überein und unterscheiden sich diesbezüglich deutlich von den Kapitalismuskritikern.
 - Sowohl beim Rechtsextremismus als auch bei der rechtsextremen Kapitalismuskritik handelt es sich um ein Unterschichtenphänomen. Das gilt nicht für Kapitalismuskritik, die auch in der Mittelschicht und selbst in der Oberschicht stark vertreten ist.
 - Das rechtsextreme Einstellungspotenzial ist über alle sozialen Gruppen hinweg fast vollständig mit kapitalismuskritischen Orientierungen verbunden (Ausnahme: die Selbständigen). Die besitzbürgerlich-mittelständischen Kräfte im rechtsextremen Lager dürften also kaum auf Resonanz bei der rechtsextremen Basis stoßen. Der völkisch-nationalistische Antikapitalismus bzw. Sozialismus der NPD trifft dagegen exakt die (Protest-) Stimmung ihrer Adressaten.
- Dass es sich bei der Kapitalismuskritik um eine diffuse Protesthaltung handelt, die sich in allen politisch-ideologischen Lagern findet, zeigt sich auch bei der Wahlabsicht der Befragten: Mit Ausnahme der FDP wiesen über die Hälfte der Anhänger aller Bundestagsparteien kapitalismuskritische Einstellungen auf. Rechtsextremismus und rechtsextreme Kapitalismuskritik hingegen polarisierten das Parteiensystem zwischen den gegen rechtsextreme Tendenzen immunen Bündnisgrünen und den Unionsparteien, die sich mit 24 Prozent (Rechtsextremisten) bzw. 20 Prozent (rechtsextreme Kapitalismuskritiker) als vergleichsweise anfällig erwiesen. Besonders viele Rechtsextremisten bzw. rechtsextreme Kapitalismuskritiker fanden sich auch unter den Nichtwählern.
- Bei der Abschätzung der Wahlchancen von rechtsextremen Parteien orientieren wir uns an den Anteilen der rechtsextremen Kapitalismuskritiker (17%) bzw. der rechtsextremen Antikapitalisten (11%) an der (wahlberechtigten) Bevölkerung. Da rund 70 Prozent beider Gruppen 2003 eine Präferenz für die beiden großen Volksparteien äußerten und die angegebene Wahlabsicht zugunsten von rechtsextremen Parteien minimal war, gehen wir davon aus, dass beide Gruppen weithin in das demokratische Parteiensystem integriert sind. Allerdings erklärte jeweils rund ein Viertel der rechtsextremen Kapitalismuskritiker und der rechtsextremen Antikapitalisten

ten, dass sie sich vorstellen könnten, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen (Wahlbereitschaft). Auf alle Wahlberechtigten umgerechnet bedeutete dies, dass das Wählerreservoir der rechtsextremen Parteien 2003 zwischen zwei Prozent (rechtsextreme Antikapitalisten) und etwas über drei Prozent (rechtsextreme Kapitalismuskritiker) gelegen haben dürfte. Betrachtet man nur die rechtsextremen Antikapitalisten (unabhängig von ihrer Wahlbereitschaft) als Mobilisierungsreservoir, dann erhöhen sich die Wahlchancen des Rechtsextremismus für 2003 auf bis zu 11 Prozent.

Bei der Interpretation der Befunde würden wir gerne auf Vergleichsdaten aus früheren Untersuchungen zurückgreifen, die freilich nicht zur Verfügung stehen. Daher können wir nur vermuten, dass der Zulauf zu den neonazistischen Organisationen (dazu zählt seit Mitte/Ende der neunziger Jahre auch die NPD) nicht durch eine Ausweitung des rechtsextremen Einstellungspotenzials oder durch die Entstehung eines neuen, völkisch-nationalistisch-sozialistischen Einstellungsmusters verursacht wurde, sondern schlicht und einfach dadurch, dass die Rechtsextremisten - wie die Bevölkerung insgesamt - immer kapitalismuskritischer geworden sind. Hinzu kommt, dass sich der Rechtsextremismus heute überwiegend auf die Unterschicht stützt, die besonders zu Kapitalismuskritik neigt. Während sich die NPD diesem Trend in Programm und Propaganda anpasste, haben ihn die Republikaner verschlafen. Die DVU bemühte sich zwar mit reißerischen Parolen um ein soziales Image, aber weder ihre Repräsentanten noch ihr Vorsitzender und millionenschwerer Eigentümer waren in der Lage, dieses Bild über längere Zeit hinweg glaubhaft zu kommunizieren. So konnte sich die NPD mit Unterstützung der Kameradschaften zum "Gravitationsfeld" im rechtsextremen Lager (so das Bundesamt für Verfassungsschutz) entwickeln.

Die Erfolgchancen der NPD hängen vor allem davon ab, in welchem Umfang sich rechtsextreme Einstellungen mit kapitalismuskritischem, hauptsächlich wohl antikapitalistischem, Protest verbinden und wie die demokratischen Parteien mit diesem Protest umgehen. Dass die NPD derzeit im Osten mehr reüssiert als im Westen, liegt daran, dass diese Verbindung im Bewusstsein der Ostdeutschen häufiger stattfindet als bei den Westdeutschen. Nun sollte man annehmen, dass gerade in Ostdeutschland die "Linke"/PDS das Gros des kapitalismuskritischen Potenzials absorbiert. Damit wird allerdings unterstellt, dass es sich bei der Kapitalismuskritik um eine politisch linksgerichtete Orientierung handelt, was aber nicht zutrifft. Kapitalismuskritiker bilden die zumeist überwiegende Mehrheit unter den Anhängern aller Parteien (die Spannweite reicht von 52% bei der FDP bis zu 86% bei der "Linken"/PDS). Und daher sind auch alle Parteien für die Beseitigung der Ursachen für die massive Unzufriedenheit mit den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen verantwortlich. Da die Verbindung von rechtsextremen und kapitalismuskritischen Einstellungen im Osten weiter verbreitet ist als im Westen, wäre zu erwarten, dass sich gerade die Ost-Parteien

besonders intensiv für soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit einsetzen. Das ist offenbar aber nicht der Fall.

Wie dem auch sei: Die NPD ist von der wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Performanz der demokratischen Parteien abhängig. Die wohlfahrtsstaatliche Absicherung der Risiken der Globalisierung und der enormen Belastungen in Folge des Systemwandels im Osten bilden eine wesentliche Voraussetzung für soziale Integration und friedvolles Zusammenleben.

Literatur

- Adorno, Theodor W. (1973): Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt a. Main: Suhrkamp.
- Adorno, Theodor W./Else Frenkel-Brunswik/Daniel J. Levinson/R. Nevitt Sanford (1950): The Authoritarian Personality, New York: Harper & Row.
- Altemeyer, Bob (1981): Right-Wing Authoritarianism, Winnipeg: The University of Manitoba Press.
- Altemeyer, Bob (1988): Enemies of Freedom. Understanding Right-Wing Authoritarianism, San Francisco usw.: Jossey-Bass.
- Altemeyer, Bob (1996): The Authoritarian Specter, Harvard: Harvard University Press.
- Arendt, Hannah (1962): Elemente und Ursprünge totalitärer Herrschaft, 2. Aufl., Frankfurt a. Main: Europäische Verlagsanstalt.
- Artus, Helmut M. (2003): Autoritäre Persönlichkeit. Zur Aktualität eines Konzepts, Bonn: Informationszentrum Sozialwissenschaften.
- Bach, Roland (2000): Zur nationalen und sozialen Demagogie der extremen Rechten, in: Klaus Kinner/Rolf Richter (Hrsg.): Rechtsextremismus und Antifaschismus. Historische und aktuelle Dimensionen, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 215-250.
- Backes, Uwe/Eckhart Jesse (1996): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Neuausg., Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bartels, Hans-Peter (2006): Warum Kapitalismuskritik heute so schwer fällt - und notwendiger denn je ist, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, S. 243-251 (Edition Suhrkamp 2093).
- Birsl, Ursula (1994): Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie, Opladen: Leske + Budrich.
- Bonß, Wolfgang (1980): Kritische Theorie und empirische Sozialforschung: Anmerkungen zu einem Fallbeispiel, in: Erich Fromm: Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 7-46.
- Breuer, Stefan (1999): Grundpositionen der deutschen Rechten (1871-1945), Tübingen: Edition Diskord.
- Butterwegge Christoph (1998a): Abschied vom Sozialstaat: Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus als geistig-politische Anknüpfungspunkte des Rechtsextremismus, in: Wolfgang Gessenharter/Helmut Fröchling (Hrsg.): Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen: Leske + Budrich, S. 147-161.
- Butterwegge, Christoph (1998b): Marktradikalismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus - die Sinnkrise des Sozialen als Nährboden der extremen Rechten, in: Christoph Butterwegge/Rudolf Hickel/Ralf Ptak (Hrsg.): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin: Elefanten Press, S. 121-159.
- Deinert, Rudolf Günter (1997): Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit und Extremwahl. Ein Vergleich zwischen westdeutscher Rechts- und ostdeutscher PDS-Wahl, St. Augustin: Gardez!-Verlag.
- Deppe, Frank/Witich Roßmann (1981): Wirtschaftskrise, Faschismus, Gewerkschaften. Dokumente zur Gewerkschaftspolitik 1929-1933, Köln: Pahl-Rugenstein.
- Dörre, Klaus (2001): Globalisierung - Ende des rheinischen Kapitalismus?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, S. 63-90 (Edition Suhrkamp 2093).
- Dörre, Klaus (2006): Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft - Ursache einer rechtspopulistischen Unterströmung?, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge - Widersprüche - Gegenstrategien, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 153-166 (Reihe: Texte; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 29).
- Dörre, Klaus/Klaus Kraemer/Frederic Speidel (2004): Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit - Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? Hypothesen und empirische Befunde, in: Joachim Bi-

- schoff/Klaus Dörre/Elisabeth Gauthier u.a.: Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien, Hamburg: VSA, S. 77-118.
- Dohse, Rainer (1974): Der Dritte Weg. Neutralitätsbestrebungen in Westdeutschland zwischen 1945 und 1955, Hamburg: Holsten Verlag.
- Dupeux, Louis (1985): "Nationalbolschewismus" in Deutschland 1919-1933. Kommunistische Strategie und konservative Dynamik, München: Beck.
- Ehrlichmann, Lothar (2000): Systemanalyse den Vorrang geben, in: Deutsche Stimme, 25. Jg., Nr. 1, S. 11.
- Falter, Jürgen W. (1991): Hitlers Wähler, München: Beck.
- Falter, Jürgen W./Markus Klein (1994): Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51-52, S. 22-34.
- Fest, Joachim (1973): Hitler. Eine Biographie, Frankfurt a. Main usw.: Ullstein.
- Fest, Joachim (2003): War Adolf Hitler ein Linker?, in: Die Tageszeitung v. 27./28.9., S. 13.
- Fromm, Erich (1936): Sozialpsychologischer Teil, in: Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung, Paris: Librairie Felix Alcan, S. 77-135.
- Fromm, Erich (1980): Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung, bearb. u. hrsg. v. Wolfgang Bonß, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Fromm, Erich (1990): Die Furcht vor der Freiheit, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.
- Fuchs, Dieter/Hans-Dieter Klingemann (1990): The Left-Right-Schema, in: M. Kent Jennings u.a.: Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies, Berlin/New York: de Gruyter, S. 203-234.
- Fuchs, Dieter/Steffen M. Kühnel (1990): Die evaluative Bedeutung ideologischer Selbstidentifikation, in: Max Kaase/Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 217-252.
- Gabriel, Oscar W./Katja Neller (2000): Einleitung: Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, S. 9-38.
- Gallus, Alexander (2001): Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945-1990, Düsseldorf: Droste.
- Gansel, Jürgen W. (2001): Nationalismus als Zwingherr des Globalkapitalismus, in: Deutsche Stimme, 26. Jg., H. 9, S. 22.
- Gansel, Jürgen W. (2005): Die Nation als soziale Schutz- und Solidargemeinschaft. Über die Gleichzeitigkeit von De-Nationalisierung und Re-Nationalisierung im Globalisierungszeitalter, in: Deutsche Stimme, 30. Jg., Nr. 12, S. 17.
- Geiger, Theodor (1932): Die soziale Schichtung des deutschen Volkes, Stuttgart: Enke.
- Gollner-Goldnenfels, Heinz (1972): Die Kristallisation einer Idee. Volksbezogener Sozialismus, Nürnberg: Denk mit! - Verlag.
- Greiffenhagen, Martin (1977): Das Dilemma des Konservatismus in Deutschland, München: Piper.
- Greven, Thomas (2006): Rechtsextreme Globalisierungskritik: Anti-globaler Gegenentwurf zu Neoliberalismus und Global Governance, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 15-29.
- Grumke, Thomas/Andreas Klärner (2006): Rechtsextremismus, die soziale Frage und Globalisierungskritik. Eine vergleichende Studie zu Deutschland und Großbritannien seit 1990, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung - Forum Berlin.
- Herrmann, Andrea/Peter Schmidt (1995): Autoritarismus, Anomie und Ethnozentrismus, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen: Leske + Budrich, S. 287-319.

- Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, S. 497-534 (Edition Suhrkamp 2093).
- Heitmeyer, Wilhelm (2006): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und Reaktionen in der Bevölkerung aus 2002 bis 2005, in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände. Folge 4, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, S. 15-36 (Edition Suhrkamp 2454).
- Hopf, Wulf (2000): Soziale Schichtung und Autoritarismus. Oder: Sind Arbeiter besonders autoritär? in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich, S. 93-118.
- Jaerisch, Ursula (1975): Sind Arbeiter autoritär? Zur Methodenkritik politischer Psychologie, Frankfurt a. Main/Köln: Europäische Verlagsanstalt.
- Jahoda, Marie/Paul F. Lazarsfeld/Hans Zeisel (1978): Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch über die Wirkungen lang andauernder Arbeitslosigkeit, Frankfurt a. Main: Suhrkamp.
- Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe - Positionen - Praxisfelder, 2. Aufl., Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Kaindl, Christina (2006): Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts - Erfolgskonzepte für die extreme Rechte?, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge - Widersprüche - Gegenstrategien, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 60-75 (Reihe: Texte; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 29).
- Kissenkoetter, Udo (1978): Gregor Straßer und die NSDAP, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Klemperer, Klemens von (1957): Germany's New Conservatism. Ist History and Dilemma in the Twentieth Century, Princeton: Princeton University Press.
- Knutsen, Oddbjørn (1995): Value Orientations, Political Conflicts and the Left-Right Identification, in: European Journal of Political Research, 27. Jg., H. 5, S. 63-93.
- Krebs, Pierre (1982): Die europäische Wiedergeburt. Aufruf zur Selbstbesinnung, Tübingen: Grabert-Verlag (Veröffentlichungen des Thule-Seminars: Reihe Thule-Forum, Bd. 2).
- Küchler, Manfred (1996): Xenophobie im internationalen Vergleich, in: Jürgen W. Falter/Hans-Gerd Jaschke/Jürgen R. Winkler (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, PVS-Sonderheft 27, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 248-262.
- Kühnl, Reinhard (1966): Die nationalsozialistische Linke 1925-1930, Meisenheim am Glan: Hain.
- Kühnl, Reinhard (1971): Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus - Faschismus, Reinbek: Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Kühnl, Reinhard (1982): Der Einfluss rechtsradikalen Gedankenguts auf die Arbeitnehmer, in: Blick nach rechts, Sonderausgabe 7, September (hrsg. v. Presseausschuss Demokratische Initiative, PDI).
- Lederer, Gerda (1995): Die "Autoritäre Persönlichkeit": Geschichte einer Theorie, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen: Leske + Budrich, S. 25-58.
- Lehnert, Detlef (1986): Sozialismus (Begriffsgeschichte), in: Thomas Meyer u.a. (Hrsg.): Lexikon des Sozialismus, Köln: Bund-Verlag, S. 561-564.
- Liepelt, Klaus (1967): Anhänger der neuen Rechtspartei. Ein Beitrag zur Diskussion über das Wählerreservoir der NPD, in: Politische Vierteljahresschrift, 8. Jg., H. 1, S. 237-271.
- Linz, Juan J. (2000): Totalitäre und autoritäre Regime, hrsg. v. Raimund Krämer, Berlin: Berliner Debatte Wissenschaftsverlag.
- Lipset, Seymour Martin (1962): Soziologie der Demokratie, Neuwied/Berlin: Luchterhand.
- Loch, Dietmar (2001): Die radikale Rechte in den westlichen Demokratien: "Geschlossen" gegen die "offene Gesellschaft"?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, S. 463-496 (Edition Suhrkamp 2093).

- Lukács, Georg (1955): Die Zerstörung der Vernunft, Berlin: Aufbau-Verlag.
- Mohler, Armin (1972): Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Ein Handbuch, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Moreau, Patrick (1984): Nationalsozialismus von links. Die "Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten" und die "Schwarze Front" Otto Straßers 1930-1935, Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Mosse, George L. (1979): Die völkische Revolution. Über die geistigen Wurzeln des Nationalsozialismus, Königstein/Ts.: Athenäum.
- Neller, Katja (2000): Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland 1994 und 1998, in: ZA-Informationen 47, S. 29-35.
- Neller, Katja/Oscar W. Gabriel (2000): Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland: Die Deutsche Nationale Wahlstudie 1998, in: Markus Klein/Wolfgang Jagodzinski/Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.): 50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklungen, Befunde, Perspektiven, Daten, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 542-563.
- Neu, Viola (2004): Das Janusgesicht der PDS. Wähler und Partei zwischen Demokratie und Extremismus, Baden-Baden: Nomos.
- Neugebauer, Gero (2000): Extremismus - Rechtsextremismus - Linksextremismus: Einige Anmerkungen zu Begriffen, Forschungskonzepten, Forschungsfragen und Forschungskonzepten, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 368, Bonn, S. 13-37 (Buchhandelsausg. Leske + Budrich).
- Niedermayer, Oskar/Richard Stöss (2002): Politische Einstellungen in der Region Berlin-Brandenburg, Arbeitspapier, 28 S., nur im Internet verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschng.htm#BBBUS2002>.
- Noelle-Neumann, Elisabeth/Erp Ring (1984): Das Extremismus-Potenzial unter jungen Leuten in der Bundesrepublik Deutschland 1984, Bonn: Der Bundesminister des Inneren.
- Oertzen, Peter von (1986): Sozialismus, in: Thomas Meyer u.a. (Hrsg.): Lexikon des Sozialismus, Köln: Bund-Verlag, S. 564-567.
- Oesterreich, Detlef (1993): Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen. Eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West, Weinheim/München: Juventa.
- Oesterreich, Detlef (1996): Flucht in die Sicherheit. Zur Theorie des Autoritarismus und der autoritären Reaktion, Opladen: Leske + Budrich.
- Oesterreich, Detlef (1998): Ein neues Maß zur Messung autoritärer Charaktermerkmale, in: Zeitschrift für Sozialpsychologie, 29. Jg., H. 1, S. 56-64.
- Paetel, Karl O. (1965): Versuchung oder Chance? Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus, Göttingen usw.: Musterschmidt.
- Peters, Jan (Hrsg.)(1980): Nationaler "Sozialismus" von rechts, Berlin: Klaus Guhl.
- Pfahl-Traughber, Armin (2004): Droht die Herausbildung einer Antiglobalisierungsbewegung von rechtsextremistischer Seite? Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin: Hrsg., S. 98-135 (Texte zur Inneren Sicherheit).
- Pfahl-Traughber, Armin (2006): Globalisierung als Agitationsthema des organisierten Rechtsextremismus in Deutschland. Eine Analyse zu inhaltlicher Bedeutung und ideologischen Hintergründen, in: Thomas Greven/Thomas Grumke (Hrsg.): Globalisierter Rechtsextremismus? Die extremistische Rechte in der Ära der Globalisierung, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 30-51.
- Ptak, Ralf (1999): Die soziale Frage als Politikfeld der extremen Rechten. Zwischen marktwirtschaftlichen Grundsätzen, vormodernem Antikapitalismus und Sozialismus-Demagogie, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.): Braune Gefahr. DVU - NPd - REP. Geschichte und Zukunft, Berlin: Elefanten Press, S. 97-145.
- Raschke, Joachim (1998): Die Erfindung von Links/Rechts als politisches Richtungsschema, in: Michael Greven/Herfried Münkler/Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): Bürgersinn und Kritik. Festschrift für Udo Bernbach zum 60. Geburtstag, Baden-Baden: Nomos, S. 185-206.

- Reich, Wilhelm (1934): Massenpsychologie des Faschismus, 2. Aufl., Kopenhagen: Trobris.
- Rippl, Susanne/Angela Kindervater/Christian Seipel (2000): Die autoritäre Persönlichkeit: Konzept, Kritik und neuere Forschungsansätze, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich, S. 13-30.
- Rippl, Susanne/Christian Seipel/Gerda Lederer (1995): Wandel des Autoritarismus bei Jugendlichen in Westdeutschland 1945-1991, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen: Leske + Budrich, S. 102-135.
- Rogmann, Klaus (1966): Dogmatismus und Autoritarismus. Kritik der theoretischen Ansätze und Ergebnisse dreier westdeutscher Untersuchungen, Meisenheim a. Glan: Hain.
- Rokeach, Milton (1960): The Open and the Closed Mind. Investigations into the Nature of Belief Systems and Personality Systems, New York: Basic Books.
- Roßmüller, Sascha (1999): Wege zur deutschen Volkswirtschaft. Soziale Gerechtigkeit ist nur durch wirkliche Volkswirtschaft und nicht durch Klassenkampf zu verwirklichen, in: Deutsche Stimme, 24. Jg., Nr. 12, S. 6.
- Rubenowitz, Sigvard (1963): Emotional Flexibility-Rigidity as a Comprehensive Dimension of Mind, Stockholm: Almqvist & Wiksell.
- Schmidt, Peter (1995): Einleitung, in: Gerda Lederer/Peter Schmidt (Hrsg.): Autoritarismus und Gesellschaft. Trendanalysen und vergleichende Jugenduntersuchungen 1945-1993, Opladen: Leske + Budrich, S. 12-21.
- Schmollinger, Horst W. (1984): Die Sozialistische Reichspartei, in: Richard Stöss (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2274-2336.
- Schüddekopf, Otto-Ernst (1972): Nationalbolschewismus in Deutschland 1918-1933. Frankfurt a. Main usw.: Ullstein [Die erste Auflage erschien 1960 u.d.T. "Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik".]
- Schumann, Siegfried (2001): Persönlichkeitsbedingte Einstellungen zu Parteien. Der Einfluss von Persönlichkeitseigenschaften auf Einstellungen zu politischen Parteien, München/Wien: Oldenbourg.
- Schumann, Siegfried/Jürgen R. Winkler (Hrsg.) (1997): Jugend, Politik und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz. Ergebnisse eines empirischen Modellprojekts, Frankfurt a. Main usw.: Peter Lang.
- Schwab, Jürgen (2002): Volks-Staat statt Weltherrschaft. Das Volk - Maß aller Dinge, Tübingen: Hohenrain.
- Seipel, Christian/Susanne Rippl/Angela Kindervater (2000): Probleme der empirischen Autoritarismusforschung, in: Susanne Rippl/Christian Seipel/Angela Kindervater (Hrsg.): Autoritarismus. Kontroversen und Ansätze der aktuellen Autoritarismusforschung, Opladen: Leske + Budrich, S. 261-280.
- Singer, Hartwig (1970): Sozialismus von "Rechts". Ein historischer Abriss, Junges Forum, Nr. 2, April.
- Sontheimer, Kurt (1962): Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München: Nymphenburger Verlagshandlung.
- Stein, Conrad C. (2001): Die Geheime Weltmacht. Die schleichende Revolution gegen die Völker. Plädoyer für einen national-sozialen Kapitalismus, Tübingen: Hohenrain.
- Stone, William F. (1980): The Myth of Left-Wing Authoritarianism, in: Political Psychology, H. 2, S. 3-19.
- Stöss, Richard (1980): Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Stöss, Richard (1983a): Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik - Eine Theorie, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 13-309.
- Stöss, Richard (1983b): Die Deutsch-Soziale Union, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 1, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1243-1278.

- Stöss, Richard (1984a): Die Freie Sozialistische Partei, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 1382-1396.
- Stöss, Richard (1984b): Die Unabhängige Arbeiter-Partei, in: Ders. (Hrsg.): Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980, Bd. 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2337-2360.
- Stöss, Richard (1993): Rechtsextremismus in Berlin 1990, Berliner Arbeitshefte und Berichte zur sozialwissenschaftlichen Forschung Nr. 80.
- Stöss, Richard (1995): Bestimmungsfaktoren des Rechtsextremismus, in: Hans-Dieter Klingemann/Lutz Erbring/Nils Diederich (Hrsg.): Zwischen Wende und Wiedervereinigung, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 102-131.
- Stöss, Richard (2001): Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Region Berlin – Brandenburg im Mai/Juni 2000. Mit einem Anhang: Gewerkschaften und Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 4, Berlin.
- Stöss, Richard (2002): Politische Einstellungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern, Arbeitspapier, 77 S., nur im Internet verfügbar: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/forschung.htm#BBBUS2002>.
- Stöss, Richard (2004): Globalisierung und rechtsextreme Einstellungen, in: Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Extremismus in Deutschland. Erscheinungsformen und aktuelle Bestandsaufnahme, Berlin: Hrsg. 2004, S. 82-97 (Texte zur Inneren Sicherheit).
- Stöss, Richard (2007): Rechtsextremismus im Wandel, 2. Aufl., Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Stöss, Richard/Michael Fichter/Joachim Kreis/Bodo Zeuner (2004): Projekt Gewerkschaften und Rechtsextremismus. Abschlussbericht, Berlin: Freie Universität Berlin, nur im Internet verfügbar: http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_anfang.htm.
- Stöss, Richard/Oskar Niedermayer (1997): Harold-Hurwitz-Survey 1995 (Berlin-BUS). Analysen zur Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin am 22. Oktober 1995, Berlin: Freie Universität Berlin, Fachbereich Politische Wissenschaft, Otto-Stammer-Zentrum für Empirische Politische Soziologie, im Internet: <http://www.polwiss.fu-berlin.de/osz/dokumente/BROSCH95.DOC>.
- Stöss, Richard/Oskar Niedermayer (1998): Rechtsextremismus, politische Unzufriedenheit und das Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien in der Bundesrepublik im Frühsommer 1998, Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 1, Berlin.
- Strasser, Otto (1967): Aufbau des Deutschen Sozialismus (Solidarismus), 3. Aufl., München: Verlag Deutsche Freiheit. [Die 1. Aufl. erschien 1931 im Verlag Wolfgang Richard Lindner in Leipzig ohne d. Zusatz "Solidarismus".]
- Thieme, Tom (2007): Extremistische Parteien im postkommunistischen Osteuropa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 43, S. 21-26.
- Unger, Rüdiger (1975): "Sozialismus von rechts" - Gibt's das?, in: Mut Nr. 100, Dezember, S. 40-45.
- [ver.di (2006)]: Arbeitsgruppe "Rechtsextremismus" in ver.di Berlin-Brandenburg: Rechte Gespenster? Die extreme Rechte im Anti-Hartz-Protest; Versammlungsrecht für Nazis?; Sozialstaat "nur für Deutsche"?; Rechtsextreme Gewerkschaftsmitglieder; Entsolidarisierung und Unterwanderung; Zwei Beispiele aus der Geschichte, Berlin: ver.di Berlin-Brandenburg, AG Rechtsextremismus.
- Vetter, Angelika (2000): Frischer Wind in einer alten Beziehung? Political Efficacy und die Bundestagswahl 1998, in: Jürgen Falter/Oscar W. Gabriel/Hans Rattinger (Hrsg.): Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich, Opladen: Leske + Budrich, S. 79-109.
- Voigt, Udo (2000): Bekenntnis zur Volksgemeinschaft - Plädoyer für den nationalen Sozialstaat, in: Deutsche Stimme, 25. Jg., Nr. 8, S. 2.
- Waldstein, Thor von (1998): 16 Thesen zum Kapitalismus. Dem Geld dienen oder dem Volk?, in: Nation und Europa, 48. Jg., Nr. 10, S. 13-15.
- Wiegel, Gerd (2006): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland Fehlanzeige? Volksgemeinschaft und "Antikapitalismus" als Erfolgsrezept der NPD, in: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge - Widersprüche - Gegenstrategien, Berlin: Karl Dietz Verlag, S. 76-83 (Reihe: Texte; Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bd. 29).
- Wiggershaus, Rolf (1988): Die Frankfurter Schule, München: Deutscher Taschenbuch Verlag.

Zitlmann, Rainer (1989a): Hitler - Selbstverständnis eines Revolutionärs, 2. Aufl., Stuttgart: Klett-Cotta.

Zitlmann, Rainer (1989b): Adolf Hitler. Eine politische Biographie, 2. Aufl., Göttingen: Muster-Schmidt.

Zürn, Michael (2001): Politische Fragmentierung als Folge der gesellschaftlichen Denationalisierung?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt a. Main: Suhrkamp, S. 111-139 (Edition Suhrkamp 2093).

Anhang

A1: Beschreibung der Beträge des Korrelationskoeffizienten Pearsons r

n.s.	Nicht signifikant; es besteht kein signifikanter Zusammenhang.
0,00 - 0,09	Es liegt keine bzw. keine nennenswerte Korrelation vor (keine Assoziation, kein Zusammenhang), die Variablen korrelieren nicht miteinander.
0,10 - 0,19	Es liegt eine sehr schwache, sehr geringe Korrelation vor.
0,20 - 0,29	Es liegt eine schwache, geringe Korrelation vor.
0,30 - 0,39	Es liegt eine mittlere (ziemlich starke) Korrelation vor.
0,40 - 0,49	Es liegt eine starke Korrelation vor.
0,50 - 0,69	Es liegt eine sehr starke Korrelation vor.
0,70 - 0,89	Es liegt eine fast vollständige, fast perfekte Korrelation vor.
0,90 - 1	Es liegt eine vollständige, perfekte Korrelation vor.

A2: Statements, Indizes und Skalen zum Rechtsextremismus

Bei rechtsextremen Einstellungen handelt es sich um antidemokratisches Denken, das die Eigen- gruppe (Rasse, Ethnie, Nation) bevorzugt oder gar für höherwertig erklärt und zugleich Fremd- gruppen abwertet, diskriminiert oder ausgrenzt, ihnen im Extremfall sogar die Existenzberechti- gung abspricht. Mit anderen Worten: Nationalismus und Ethnozentrismus bilden zwei Seiten der- selben Medaille⁶⁰. **Als inhaltliche Kurzbeschreibung für Rechtsextremismus verwenden wir daher auch die Formel "völkischer Nationalismus"**. Bei Jaschke (2001: 30) findet sich folgende Definition, die dies zum Ausdruck bringt:

"Unter 'Rechtsextremismus' verstehen wir die Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Akti- onen, organisiert oder nicht, die von der rassistisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Men- schen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der Menschenrechts-Deklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen. Unter 'Rechtsextre- mismus' verstehen wir insbesondere Zielsetzungen, die den Individualismus aufheben wollen zugunsten einer völkischen, kollektivistischen, ethnisch homogenen Gemeinschaft in einem starken Nationalstaat und in Verbindung damit den Multikulturalismus ablehnen und entschieden bekämpfen."

Das rechtsextreme Einstellungsmuster besteht nach unserem Verständnis aus sechs Dimensio- nen. Für jede Dimension wurde den Befragten fünf Statements vorgelegt. Die fünf Statements wurden additiv zu einem Index zusammen gefügt.

1. Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur (DIKTA)

- | | |
|---------|--|
| DIKTA_1 | Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform. |
| DIKTA_2 | Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert. |
| DIKTA_3 | Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen scha- den dem Volksganzen. |
| DIKTA_4 | Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemein- schaft insgesamt verkörpert. |
| DIKTA_5 | Wahlen sind nur dann gut, wenn dadurch keine Linken an die Macht kommen. |

60 Zum Forschungsstand: Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner (2004), Kap. A: 24 ff.

2. Chauvinismus (CHAU)

- CHAU_1 Es sollte Ziel der deutschen Politik bleiben, die verlorenen Gebiete jenseits von O-der und Neiße wiederzugewinnen.
- CHAU_2 Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- CHAU_3 Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.
- CHAU_4 Das oberste Ziel der deutschen Politik sollte es sein, Deutschland die Macht und Geltung zu verschaffen, die ihm zusteht.
- CHAU_5 Andere Völker mögen wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.

3. Ausländerfeindlichkeit (AUS)

- AUS_1 Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.
- AUS_2 Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.
- AUS_3 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- AUS_4 Wer als Ausländer in Deutschland bleiben will, muss die deutsche Kultur übernehmen.
- AUS_5 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.

4. Antisemitismus (SEM)

- SEM_1 Die Juden arbeiten mehr als andere Menschen mit üblen Tricks, um das zu erreichen, was sie wollen.
- SEM_2 Wir müssen uns dagegen wehren, dass die Juden dauernd das schlechte Gewissen der Deutschen ausnutzen.
- SEM_3 Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
- SEM_4 Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.
- SEM_5 Die Juden sind nicht ganz unschuldig, wenn sie gehasst und verfolgt werden.

5. Sozialdarwinismus (DARW)

- DARW_1 Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
- DARW_2 Wie in der Natur sollte sich in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
- DARW_3 Es gibt wertvolles und unwertes Leben.
- DARW_4 Wir betreiben zu viel Aufwand für die Betreuung und Pflege von Behinderten.
- DARW_5 Geisteskranken sollte man verbieten, Kinder zu bekommen.

6. Verharmlosung des Nationalsozialismus (NS)

- NS_1 Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind in der Geschichtsschreibung weit übertrieben worden.
- NS_2 Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
- NS_3 Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.
- NS_4 Wir sollten endlich einen Schlussstrich unter die Nazi-Vergangenheit ziehen.
- NS_5 Andere Völker haben in ihrer Geschichte mindestens genauso viel Schuld auf sich geladen wie die Deutschen in der Nazi-Zeit.

Jedes Statement wurde mit einer 7-stufigen Antwortskala (1 "stimme überhaupt nicht zu" bis 7 "stimme voll und ganz zu" sowie 8 "weiß nicht, 9 "k.A.") versehen. Als Ergänzung dazu enthält der Fragebogen folgende Zusatz-Statements, die allerdings nicht bei der Konstruktion der Rechtsextremismus-Skalen berücksichtigt wurden:

- ZUS_1 Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.
- ZUS_2 Der Standort Deutschland muss vor der Konkurrenz durch billige Arbeitskräfte aus dem Ausland geschützt werden.
- ZUS_3 Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

Diese Statements zielen auf primär sozial ausgerichtete Fremdenfeindlichkeit. Zwei davon sind Bestandteil des Index "Wohlstandschauvinismus", der eine Variante von Ausländerfeindlichkeit darstellt:

Wohlstandschauvinismus (WOHL)

- AUS_3 Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- AUS_5 Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.
- ZUS_1 Die Ausländer haben Schuld an der Arbeitslosigkeit in Deutschland.
- ZUS_3 Es gehört zu den Aufgaben der Gewerkschaften, Arbeitsplätze in erster Linie für Deutsche zu verteidigen.

Eine ausführliche Begründung für die Konstruktion der **Rechtsextremismus-Skala REXL**, der Indizes und die wichtigsten statistischen Kennziffern findet sich bei Stöss/Fichter/Kreis/Zeuner (2004), Kap. B. Bei der Skala und den Indizes wurden - soweit nichts anderes angegeben - die Messwerte oberhalb des Skalenmittelwerts (arithmetisches Mittel) als Zustimmung bzw. als Einstellungspotenzial (**-POT**) gewertet. Für "rechtsextremes Einstellungspotenzial" verwenden wir im Zusammenhang mit Einstellungen auch die Bezeichnungen "Rechtsextremisten" oder einfach nur "Rechtsextremismus".

A3: Korrelationen der Statements und Indizes zur Kapitalismuskritik mit der Rechtsextremismus-Skala (REXL) und der Links-Rechts-Skala (LIRE) 2003

		REXL	LIRE
SOZ_1	Korrelation nach Pearson	,274	-,032
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,044
	N	3280	3856
SOZ_2	Korrelation nach Pearson	,170	-,071
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3277	3826
SOZ_3	Korrelation nach Pearson	,358	-,061
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3260	3811
SOZ_4	Korrelation nach Pearson	,130	-,164
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3283	3850
SOZ_5	Korrelation nach Pearson	,034	-,138
	Signifikanz (2-seitig)	,052	,000
	N	3286	3871
SOZ_6	Korrelation nach Pearson	,193	-,136
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3275	3842
SOZ_7	Korrelation nach Pearson	,273	-,052
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,001
	N	3282	3834
SOZ_8	Korrelation nach Pearson	,220	-,003
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,836
	N	3274	3811
SOZ_9	Korrelation nach Pearson	,257	-,016
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,342
	N	3250	3761
KAKPRI	Korrelation nach Pearson	,406	-,136
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3172	3567
ANTIKAP	Korrelation nach Pearson	,431	-,065
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3246	3752
GLOKRI	Korrelation nach Pearson	,244	-,068
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000
	N	3234	3702

A4: Korrelationen der Rechtsextremismus-Statements mit den Indizes zur Kapitalismuskritik 2003

		KAPKRI	ANTI-KAP	GLOKRI
DIKTA_1	Korrelation nach Pearson	,195	,269	,056
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,001
	N	3643	3842	3794
DIKTA_2	Korrelation nach Pearson	,205	,250	,110
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3659	3864	3822
DIKTA_3	Korrelation nach Pearson	,233	,173	,182
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3642	3838	3798
DIKTA_4	Korrelation nach Pearson	,363	,370	,200
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3657	3862	3814
DIKTA_5	Korrelation nach Pearson	,207	,200	,167
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3621	3801	3773
CHAU_1	Korrelation nach Pearson	,192	,277	,036
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,029
	N	3634	3822	3778
CHAU_2	Korrelation nach Pearson	,161	,170	,125
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3660	3857	3817
CHAU_3	Korrelation nach Pearson	,305	,274	,212
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3646	3850	3809
CHAU_4	Korrelation nach Pearson	,285	,233	,244
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3653	3848	3810
CHAU_5	Korrelation nach Pearson	,283	,295	,177
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3637	3829	3791
AUS_1	Korrelation nach Pearson	,218	,254	,131
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3656	3860	3819
AUS_2	Korrelation nach Pearson	,208	,218	,110
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3656	3850	3818
AUS_3	Korrelation nach Pearson	,257	,258	,170
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3660	3860	3824

		KAPKRI	ANTIKAP	GLOKRI
AUS_4	Korrelation nach Pearson	,227	,253	,147
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3660	3865	3824
AUS_5	Korrelation nach Pearson	,274	,306	,154
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3647	3835	3798
SEM_1	Korrelation nach Pearson	,249	,270	,166
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3543	3704	3676
SEM_2	Korrelation nach Pearson	,220	,195	,160
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3631	3808	3774
SEM_3	Korrelation nach Pearson	,264	,264	,192
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3565	3736	3692
SEM_4	Korrelation nach Pearson	,291	,303	,167
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3548	3720	3683
SEM_5	Korrelation nach Pearson	,267	,233	,218
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3599	3754	3729
DARW_1	Korrelation nach Pearson	,245	,243	,159
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3659	3864	3820
DARW_2	Korrelation nach Pearson	,176	,205	,069
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3653	3857	3816
DARW_3	Korrelation nach Pearson	,251	,286	,133
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3635	3832	3798
DARW_4	Korrelation nach Pearson	,040	,133	-,012
	Signifikanz (2-seitig)	,016	,000	,446
	N	3636	3833	3792
DARW_5	Korrelation nach Pearson	,234	,179	,192
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3564	3736	3716
NS_1	Korrelation nach Pearson	,182	,241	,082
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3619	3796	3771
NS_2	Korrelation nach Pearson	,235	,265	,105
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3628	3811	3779

		KAPKRI	ANTIKAP	GLOKRI
NS_3	Korrelation nach Pearson	,204	,250	,087
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3608	3788	3742
NS_4	Korrelation nach Pearson	,211	,194	,152
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3660	3864	3822
NS_5	Korrelation nach Pearson	,239	,194	,224
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3634	3823	3791
ZUS_1	Korrelation nach Pearson	,231	,262	,126
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3659	3859	3811
ZUS_2	Korrelation nach Pearson	,270	,236	,175
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3655	3851	3803
ZUS_3	Korrelation nach Pearson	,347	,383	,181
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3650	3848	3809

A5: Korrelationen der Rechtsextremismus-Indizes und -Skala mit den Indizes zur Kapitalismuskritik und mit der Links-Rechts-Skala 2003

		KAPKRI	ANTIKAP	GLOKRI	LIRE
DIKTA	Korrelation nach Pearson	,386	,406	,228	,230
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3577	3742	3710	3768
CHAU	Korrelation nach Pearson	,356	,363	,226	,236
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3592	3757	3722	3742
AUS	Korrelation nach Pearson	,332	,366	,203	,253
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3635	3812	3784	3819
SEM	Korrelation nach Pearson	,325	,317	,225	,239
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3426	3541	3534	3515
DARW	Korrelation nach Pearson	,320	,347	,193	,193
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3520	3681	3660	3684
NS	Korrelation nach Pearson	,337	,363	,204	,215
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3518	3658	3637	3661
WOHL	Korrelation nach Pearson	,363	,401	,203	,183
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3633	3816	3768	3808
REXL	Korrelation nach Pearson	,406	,431	,244	,299
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000	,000
	N	3172	3246	3234	3222

A6: Die Skala "Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem" (ASKO)

Die ASKO-Skala besteht aus je zwei Catchphrases pro Item, wovon jeweils eines auszuwählen ist:

- ASKO_1 stetiger Wandel oder fest gefügte Verhältnisse*
- ASKO_2 Ruhe und Ordnung* oder Bewegung und Neuerungen
- ASKO_3 Veränderungsfreudigkeit oder Traditionsverbundenheit*
- ASKO_4 neue Ideen oder altbewährte Anschauungen*
- ASKO_5 feste Regeln* oder Improvisation
- ASKO_6 Erhaltung des Althergebrachten* oder Reformen
- ASKO_7 überraschende Situationen oder klare, eindeutige Verhältnisse*
- ASKO_8 Einordnung und Unterordnung* oder Aufbegehren
- ASKO_9 neue, bisher unbekannte Dinge oder bekannte Dinge*

Die Formulierung der Catchphrases haben keinen erkennbaren Links-Rechts-Bias. ASKO korreliert allerdings sehr schwach positiv mit der Links-Rechts-Skala (s. oben Tab. 4, S. 48). Der Wertebereich der Skala liegt zwischen Null und Neun. Wer keinen Schlüsselbegriff (oben mit einem * versehen) genannt hat, der auf Affinität zu einem stabilen kognitiven Orientierungssystem hindeutet, erhält eine Null, wer alle neun genannt hat, erhält eine Neun. Zum Zweck der vergleichenden Potenzialbestimmung wurde die Variable **ASKOPOT** gebildet. Dazu zählen alle Befragten, die mindestens fünf Schlüsselbegriffe genannt haben. Über autoritäre Persönlichkeitseigenschaften verfügten danach 2003 21 Prozent der Befragten (West: 19%; Ost: 26%).

A7: Internal Efficacy

Das Efficacy-Konzept (Vetter 2000) benutzen wir als Indikator für **politisches Selbstbewusstsein**. Zur Messung von Internal Efficacy stehen drei Statements zur Verfügung⁶¹:

- EFFI_1 Die ganze Politik ist so kompliziert, dass jemand wie ich nicht versteht, was vorgeht (neg).
- EFFI_2 Ich traue mir zu, in einer Gruppe, die sich mit politischen Fragen befasst, eine aktive Rolle zu übernehmen.
- EFFI_3 Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.

Daraus wurde (nach Umpolung des ersten Items) additiv der **Index EFFIINT** gebildet, der die Werte 3 bis 21 umfasst.

61 7-stufige Antwortskalen: 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll und ganz zu) sowie 8 (weiß nicht), 9 (k.A.).

A8: Variablen zur Erklärung von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik

- ASKO: s. Anhang A6, S. 82.
- EFFIINT: s. Anhang A7, S. 82.
- DEMOGA: **Generalisierte Akzeptanz der Demokratie**, oder auch: Zustimmung zur Idee der Demokratie;
Statement (umgepolt): "Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zur Idee der Demokratie sagen?" (sehr für die Idee der Demokratie; ziemlich für die Idee der Demokratie; etwas für die Idee der Demokratie; etwas gegen die Idee der Demokratie; ziemlich gegen die Idee der Demokratie; sehr gegen die Idee der Demokratie; weiß nicht; k.A.). Wertebereich von 1 (sehr dagegen) bis 6 (sehr dafür).
- DEMOUNZ: **Demokratieunzufriedenheit**;
mit folgenden Ausprägungen:
(3) demokratieverdrossen: mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden;
(2) politikverdrossen: mit der Verfassungsordnung der Bundesrepublik zufrieden, mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik aber unzufrieden;
(1) zufrieden: mit der Verfassungsordnung und mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik zufrieden.
- PARTVER: **Parteiverdrossenheit**;
niedrig - hoch;
gebildet aus folgendem Statement:
"Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht."
- POLAPA: **Politische Apathie**;
niedrig - hoch;
Politisches Interesse umgepolt.
- WISOUNZ: **Wirtschaftlich-soziale Unzufriedenheit**;
niedrig - hoch;
gebildet aus folgende Fragen (berücksichtigte Ausprägungen: ►) :
"Werden sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren verbessern, ► verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben?"
"Werden sich Ihre persönlichen Lebensverhältnisse in der nächsten Zeit verbessern, ► verschlechtern oder werden sie unverändert bleiben?"
"Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu oder geht es da im großen und ganzen ► eher ungerecht zu?"
"Unabhängig davon, wie gerecht es in einer Gesellschaft zugeht, gibt es bevorzugte und benachteiligte Menschen oder Bevölkerungsgruppen. Was meinen Sie: Gehören Sie selbst zu den Menschen oder zu einer Bevölkerungsgruppe, die in unserer Gesellschaft ► stark benachteiligt, ► etwas benachteiligt, weder benachteiligt noch bevorzugt, etwas bevorzugt oder stark bevorzugt wird?"
"Wenn Sie für sich persönlich die Bilanz nach der Wiedervereinigung ziehen, wozu zählen Sie sich dann alles in allem: zu den Gewinnern, zu den ► Verlierern oder weder zur einen noch zur anderen Gruppe?"

- SCHICHTR: **Objektive Schichtzuordnung;**
gebildet aus Bildung und Einkommen:
Unterschicht (niedrige Bildung und niedriges Einkommen),
Mittelschicht (mittlere Bildung und mittleres Einkommen),
Oberschicht (hohe Bildung und hohes Einkommen).
- MODARB: **Modernität des Arbeitsplatzes (nur Berufstätige);**
niedrig - hoch;
Frage:
"In welchem Umfang wenden Sie bei Ihrer persönlichen Arbeit moderne Steuerungs- oder Informations- und Kommunikationstechnologien an? Tun Sie das immer, sehr häufig, häufig, gelegentlich, selten oder nie?" (*Int.: gemeint sind computergestützte Programmsteuerung, Datenerfassung, Datenübertragung, Informationsverarbeitung etc.*);
für MODARB umgepolt.
- PREKARI: **Prekarität des Beschäftigungsverhältnisses (nur Berufstätige);**
niedrig - hoch;
gebildet aus Fragen zu Art und Umfang der Beschäftigung.
- BERPRE4: **Berufsprestige (nur Berufstätige);**
niedrig - hoch;
gebildet aus Fragen zur Erwerbs- und Berufstätigkeit.
- ARBUNZ: **Arbeitsunzufriedenheit (nur Berufstätige);**
niedrig - hoch;
gebildet aus folgenden Statements:
"Mein jetziges Einkommen entspricht meiner Leistung" (neg);
"Der Stress bei meiner Arbeit belastet mich sehr";
"Meine Tätigkeit ist uninteressant";
"Bei Entscheidungen, die meine Arbeit betreffen, habe ich ausreichend Mitspracherecht" (neg.);
"Meine Leistung wird nicht anerkannt";
"Mein Verhältnis zu meinen Kollegen ist gut" (neg.);
"Mein Verhältnis zu meinen Vorgesetzten ist gut" (neg.);
"Ich habe keine Aufstiegsmöglichkeiten".

A9: Korrelationen von Kapitalismuskritik, Antikapitalismus und Rechtsextremismus mit ausgewählten erklärenden Variablen 2003

		KAPKRI	ANTIKAP	REXL
ASKO	Korrelation nach Pearson	,109	,134	,415
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3661	3866	3289
EFFIINT	Korrelation nach Pearson	-,079	-,153	-,227
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3650	3849	3286
DEMOGA	Korrelation nach Pearson	-,180	-,264	-,412
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3657	3858	3284
DEMOUNZ	Korrelation nach Pearson	,245	,285	,276
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3616	3812	3259
PARTVER	Korrelation nach Pearson	,292	,200	,275
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3658	3863	3289
POLAPA	Korrelation nach Pearson	,123	,219	,284
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3661	3866	3289
WISOUNZ	Korrelation nach Pearson	,229	,264	,268
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3661	3866	3289
SCHICHTR	Korrelation nach Pearson	-,241	-,279	-,354
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	3416	3602	3085
MODARB	Korrelation nach Pearson	-,139	-,134	-,245
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	1972	2050	1808
PREKARI	Korrelation nach Pearson	,157	,210	,254
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	1977	2055	1811
BERPRE4	Korrelation nach Pearson	-,175	-,232	-,276
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	1968	2046	1803
ARBUNZ	Korrelation nach Pearson	,237	,265	,153
	Signifikanz (2-seitig)	,000	,000	,000
	N	1840	1904	1685

Die Beschreibung der erklärenden Variablen findet sich in Anhang A8.

A10: Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik bei den Geschlechtern und Altersgruppen nach Gebiet 2003 (%)

	Rechtsextremisten	Kapitalismus- kritiker	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker
BRD	20	58	17
nur West	18	54	15
nur Ost	27	76	25
Männer	17	51	14
nur West	15	46	11
nur Ost	26	72	24
Frauen	23	66	21
nur West	21	62	20
nur Ost	29	81	26
16-24 Jahre	12	53	10
nur West	10	50	9
nur Ost	20	71	20
25-44 Jahre	14	56	13
nur West	13	53	12
nur Ost	19	69	17
45-64 Jahre	23	59	18
nur West	20	52	16
nur Ost	30	80	28
Über 64 Jahre	36	66	30
nur West	34	62	28
nur Ost	44	87	41

Lesebeispiel: Von den Männern in der Bundesrepublik waren 2003 17 Prozent rechtsextrem, 51 Prozent kapitalismuskritisch und 14 Prozent zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch eingestellt.

A11: Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik bei Erwerbs- bzw. Berufsgruppen nach Gebiet 2003 (%)

	Rechtsextremisten	Kapitalismus- kritiker	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker
Arbeitslose	33	71	29
nur West	33	62	28
nur Ost	34	77	31
Einfache Arbeiter	26	76	25
nur West	25	74	25
nur Ost	18	85	18
Facharbeiter	19	56	18
nur West	15	51	14
nur Ost	31	71	30
Einfache Angestellte	12	56	11
nur West	11	50	10
nur Ost	16	76	14
Verantwortliche Angestellte	8	52	7
nur West	7	49	5
nur Ost	15	68	14
Beamte	2	29	1
nur West	*0	27	*0
nur Ost	*9	67	*7
Selbständige	17	45	7
nur West	16	45	6
nur Ost	13	50	12
Rentner	34	67	29
nur West	33	61	26
nur Ost	42	89	40
Sonst. Nichterwerbspers.	15	56	14
nur West	15	55	14
nur Ost	17	70	16

* Geringe Fallzahlen.

A12: Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik bei den sozialen Schichten^{a)} nach Gebiet 2003 (%)

	Rechtsextremisten	Kapitalismus- kritiker	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker
Unterschicht	32	71	30
nur West	30	68	28
nur Ost	41	85	38
Mittelschicht	14	54	12
nur West	12	49	9
nur Ost	23	73	22
Oberschicht	8	45	7
nur West	7	39	6
nur Ost	12	68	11

a) Zur Schichteinstufung s. Anhang A8, S. 84.

Lesebeispiel: 30 Prozent der Angehörigen der Unterschicht in Westdeutschland waren 2003 rechtsextrem, 68 Prozent waren kapitalismuskritisch und 28 Prozent waren sowohl rechtsextrem als auch kapitalismuskritisch eingestellt.

A13: Rechtsextremismus, Kapitalismuskritik und rechtsextreme Kapitalismuskritik bei den Anhängern der Bundestagsparteien (Wahlabsicht) und bei den Nichtwählern sowie bei den Befragten mit Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei nach Gebiet 2003 (%)

	Rechtsextremisten	Kapitalismuskritiker	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker
CDU/CSU	24	52	20
nur West	21	47	17
nur Ost	39	70	37
SPD	20	59	18
nur West	18	54	17
nur Ost	24	77	21
FDP	14	25	6
nur West	15	21	*6
nur Ost	*8	52	*8
B90/G	*1	65	*1
nur West	*2	65	*2
nur Ost	*1	69	*1
PDS	14	80	13
nur West	*	71	*
nur Ost	17	86	17
Nichtwähler	23	67	22
nur West	20	63	19
nur Ost	31	81	29
Wahlber. Rechtsextrem. ^{a)}	50	73	43
nur West	51	73	43
nur Ost	45	72	40

* Geringe Fallzahlen.

a) Die **Wahlbereitschaftsfrage** lautet: "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?"

Lesebeispiel: Von den Befragten in der Bundesrepublik, die 2003 eine Wahlabsicht für die Unionsparteien bekundeten, waren 24 Prozent rechtsextrem, 52 Prozent kapitalismuskritisch und 20 Prozent zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch eingestellt.

A14: Rechtsextreme Kapitalismuskritik und rechtsextremer Antikapitalismus bei den Geschlechtern, Erwerbs- bzw. Berufsgruppen und Schichten^{a)} 2003 (%)

	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker	Rechtsextreme Antikapitalisten
BRD	17	11
Männer	14	9
Frauen	21	13
Arbeitslose	29	20
Einfache Arbeiter	25	18
Facharbeiter	18	9
Einfache Angestellte	11	6
Verantwortliche Angestellte	7	5
Beamte	1	0
Selbständige	7	1
Rentner	29	18
Sonst. Nichterwerbspers.	14	15
Unterschicht	30	20
Mittelschicht	12	6
Oberschicht	7	3

a) Zur Schichteinstufung s. Anhang A8, S. 84.

A15: Rechtsextreme Kapitalismuskritik und rechtsextremer Antikapitalismus bei den Anhängern der Bundestagsparteien (Wahlabsicht) und bei den Nichtwählern sowie bei den Befragten mit Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei 2003 (%)

	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker	Rechtsextreme Antikapitalisten
CDU/CSU	20	10
SPD	18	14
FDP	6	*3
B90/G	*1	*1
PDS	13	10
Nichtwähler	22	15
Wahlber. Rechtsextrem. ^{a)}	43	31

* Geringe Fallzahlen.

- a) Die **Wahlbereitschaftsfrage** lautet: "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?"

Lesebeispiel: Von den Befragten in der Bundesrepublik, die 2003 eine Wahlabsicht für die Unionsparteien bekundeten, waren 20 Prozent zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch und 10 Prozent zugleich rechtsextrem und antikapitalistisch eingestellt. Von den Befragten, die eine Wahlbereitschaft für rechtsextreme Parteien erkennen ließen, waren 43 Prozent rechtsextreme Kapitalismuskritiker und 31 Prozent rechtsextreme Antikapitalisten.

A16: Die Wahlabsicht von rechtsextremen Kapitalismuskritikern und rechtsextremen Antikapitalisten für die Bundestagsparteien sowie deren Wahlbereitschaft für eine rechtsextreme Partei 2003 (%)

	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker	Rechtsextreme Antikapitalisten
CDU/CSU	42	32
SPD	28	36
FDP	1	*1
B90/G	*0	*1
PDS	3	3
Sonstige	2	2
Unentschieden	8	7
Nichtwähler	16	18
Wahlber. Rechtsextrem. ^{a)}	23	26

* Geringe Fallzahlen.

- a) Die **Wahlbereitschaftsfrage** lautet: "Könnten Sie sich unter Umständen vorstellen, bei einer Bundestagswahl oder bei einer Landtagswahl auch einmal die DVU, die NPD oder die Republikaner zu wählen?"

Lesebeispiel: Von den rechtsextremen Kapitalismuskritikern wollten 2003 42 Prozent die CDU/CSU, 28 Prozent die SPD, 1 Prozent die FDP usw. wählen, 8 Prozent waren noch unentschieden, welche Partei sie wählen würden, und 16 Prozent wollten sich nicht an der Wahl beteiligen. 23 Prozent der rechtsextremen Kapitalismuskritiker konnten sich vorstellen, auch einmal eine rechtsextreme Partei zu wählen.

A17: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach rechtsextremer Kapitalismuskritik und rechtsextremem Antikapitalismus 2003 (%)

	Rechtsextreme Kapitalismuskritiker	Rechtsextreme Antikapitalisten
Links	11	7
Mitte-Links	17	10
Mitte-Rechts	17	12
Rechts	32	21

Lesebeispiel: 11 Prozent der Befragten, die sich 2003 als links einstuften, waren zugleich rechtsextrem und kapitalismuskritisch und 7 Prozent waren zugleich rechtsextrem und anti-kapitalistisch eingestellt.